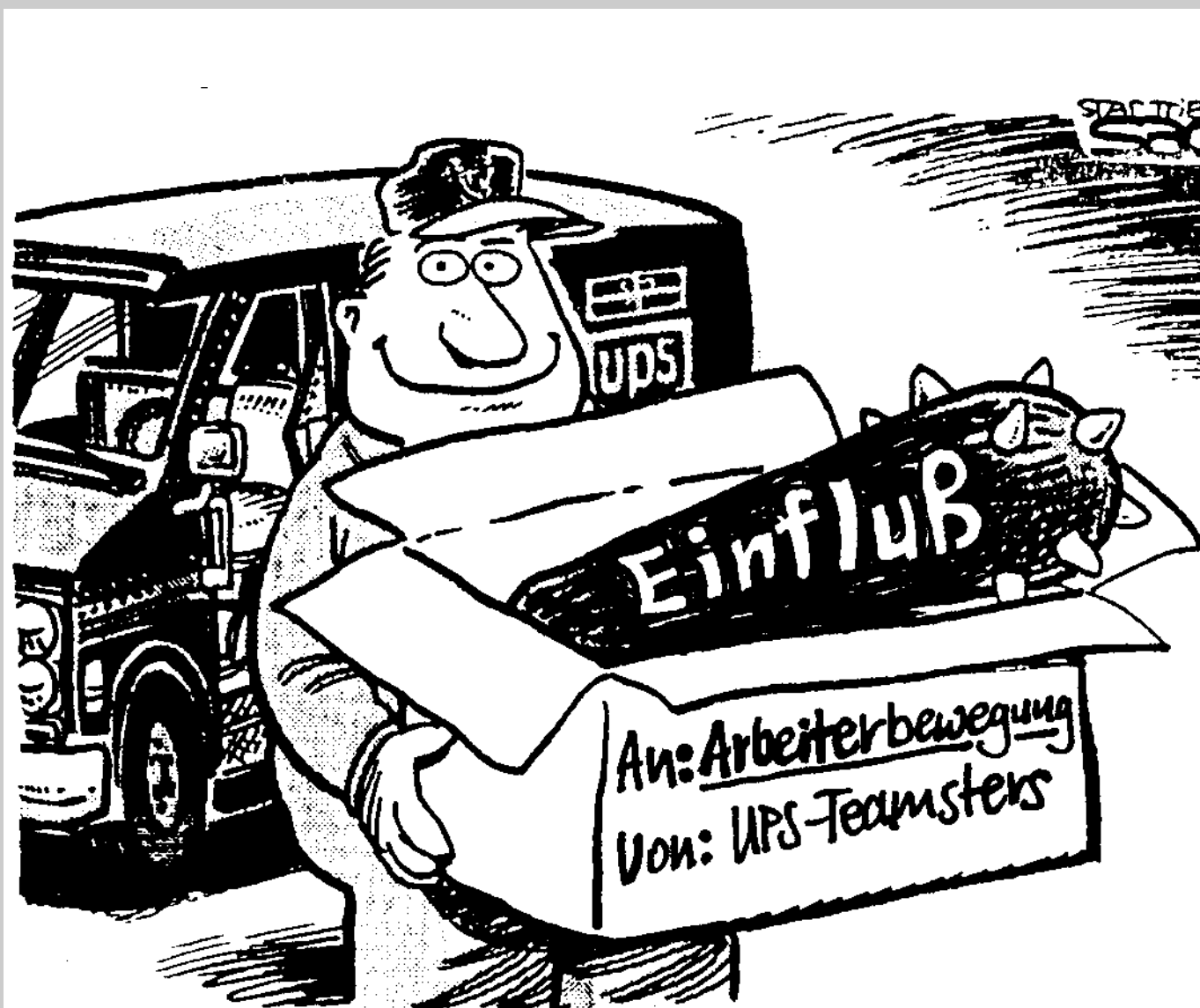


Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



Eine Lieferung aus den USA...

- ◆ Zu den Wahlen in Hamburg
- ◆ Diskussion um den Euro
- ◆ Der Streik bei UPS in USA
- ◆ Zur Diskussion: Wie weiter in den Gewerkschaften?
- ◆ 2 x zum Politbüroprozeß
- ◆ PDS im Streit nicht nur um das Plakat in HH
- ◆ Taxi-Verbot für Ausländer in Sachsen
- ◆ Bericht aus dem Oderbruch
- ◆ »Junge Welt« kontra »jungle World«
- ◆ Buchbesprechung: Inge Viett-Biografie

Zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen

Seit 1993, dem Zeitpunkt der letzten Senatswahl, hat sich die soziale Lage in HH verschärft. Dies gilt vor allem in einem Punkt. Der Anteil der dauerhaft Armen ist deutlich gestiegen. Zu dieser Kategorie zählen mittlerweile ca. 10% der Bevölkerung, und zwar nicht nur Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, sondern z.T. auch ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen und solche, die in ungesicherten Arbeitsverhältnissen für äußerst niedrige Stundenlöhne arbeiten müssen. Diese Verfestigung von Armut in Teilen der Bevölkerung hat die Wahl geprägt.

Sie hat entscheidend dazu beigetragen, daß die innere Sicherheit zum zentralen Thema des Wahlkampfes geworden ist, und auch für das relativ gute Abschneiden der DVU gesorgt.

Die Entscheidung von Voscherau, die innere Sicherheit zum Kernthema der Wahl zu machen, stellte den Versuch dar, die zunehmende Kriminalität besonders unter Kindern und Jugendlichen (sie ist 1996 bundesweit um 13,2% auf über 130.000 Fälle gestiegen) und die daraus resultierende Verunsicherung der Bürger wahltaktisch auszuschlachten. Mit dem Ruf nach »Law and Order« ist dabei von den wirklichen Ursachen der steigenden Kinder- und Jugendkriminalität, der dauerhaften Verarmung, abgelenkt worden. Daß Kinder und Jugendliche, die auf der einen Seite erleben, daß sie keine berufliche Perspektive haben und Armut ein Dauerzustand für sie ist, auf der anderen Seite durch die Fernsehsender stärker als je zuvor mit den Angeboten der Konsumwelt konfrontiert werden, versuchen, sich ihren Teil vom Kuchen dann auf nichtlegale Weise zu beschaffen, kann eigentlich nicht verwundern.

Das Kalkül von Voscherau ist nicht aufgegangen. Profitiert von seinem Ruf nach »Recht und Ordnung« (nach britischem Vorbild: »*law and order is a labour issue*«) hat nicht die SPD, sondern haben die CDU und die DVU. Die CDU hat die Stimmen in den verunsicherten Mittelschichten gewonnen, die DVU vor allem bei jüngeren Arbeitern und bei Kleinbürgern, die sich von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg bedroht fühlen. Während die SPD in den »sozialen Brennpunkten«, Stadtteilen mit hohem Anteil von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, von 1991: 54% auf 1993: 46% und 1997: 40% fiel, erreichten DVU und Republikaner zusammen in diesen Stadtteilen 1991: 2%, 1993: 11% und 1997 ebenfalls 11%.

Angesichts der Festigung des rechtsradikalen und neonazistischen Lagers kann es nicht beruhigen, daß die DVU mit 4,97% knapp, um ca. 200 Stimmen, an der 5%-Hürde

gescheitert ist. In den Bezirken Mitte, Wandsbek, Bergedorf und Harburg ist ihr der Einzug in die Bezirksversammlungen gelungen.

Die Zersplitterung der Parteien spiegelt die Zerrissenheit der Gesellschaft und ihre Öffnung nach rechts wider. Dies kommt u.a. im Nebeneinander von CDU, FDP und den CDU- bzw. FDP-Abspaltungen Statt-Partei, »Bund freier Bürger« und Republikaner zum Ausdruck. Das Beispiel der Statt-Partei zeigt, wie schnell sich eine solche, von konservativen Bürgern gegründete Formation, die in erster Linie gegen die Korruption in den bürgerlichen Parteien und der Verwaltung angetreten war, vernutzt.

Der SPD ist es mit ihrem Wahlkampf nicht gelungen, den Verfall ihres Ansehens in der arbeitenden Bevölkerung zu stoppen. Das Gefühl, daß es den etablierten Politikern um nichts mehr geht, als um den Erhalt von Einfluß und Posten, daß nicht einmal mehr ein aufrechtes Bemühen, die Probleme anzugehen, erkennbar ist und die Themen wie innere Sicherheit oder Arbeitslosigkeit im Grunde austauschbar sind, stößt immer größere Teile der Bevölkerung ab. Wenn links keine Kraft erkennbar ist, wenden sich diejenigen, die schon an den Rand gedrängt sind oder Angst vor dem sozialen Abstieg haben, den antiparlamentarischen Parolen der Rechten zu.

Dabei öffnet die Politik der SPD selber die Tür für die Rechtsentwicklung: Ihre ausschließliche Orientierung auf den Kapitalismus, ihre Anbiederung an die Forderungen des Kapitals, die schleichende oder fortgeschrittene Zerstörung sozialer Einrichtungen bei zunehmender Verelendung, von der Schließung von Bücherhallen und Krankenhäusern über die Privatisierung von Kindergärten bis zum Fehlen von Druckräumen für Heroinabhängige, die Auslagerung von



INHALT

NGG: Streik für 100% – Verhandlungen über Abschlüsse . . .	2
Vom Tarifpoker zur politischen Auseinandersetzung	3
Rechtsberatung durch ein Unternehmerblatt	5
Streiflichter von der Zentr. Vertrauensleutekonferenz	5
Korrespondenzen zur Lohnfortzahlung	
Opel-Bochum: 24 Std. standen die Bänder still	8
Mercedes-Bremen: Wuchtiger Abwehrkampf	10
Mercedes-Harburg: ...keine Sonderschicht	26
IG Medien Hamburg: Intergewerkschaftliches Treffen . . .	13
Stellungnahmen und Berichte	
Berlin: Proteste gegen Streichungen in den Schulen	15
Zur Diskussion um den DGB-Programmewurf	18
Zur Diskussion um das Buch	
»Hitlers willige Vollstrecker«	21
Liverpool: Docker immer noch im Ausstand	29
Österreich: Wagnisniederlage der SPÖ	30
Nord-Irland:Friedensverhandlungen gescheitert?	33

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübbecke
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
GFSA e.V. · Postbox 106426 · D-20043 Hamburg

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14-16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Betriebsteilen aus dem öffentlichen Dienst, die analog der Wirtschaft als Mittel zur Haushaltssanierung angepriesen wird, führen dazu, daß sich der Teil ihrer Wähler von ihr abwendet, der keine Chance mehr auf einen »sozialpartnerschaftlich« ausgestatteten Arbeitsplatz sieht. Zwar schimpfen auch die kleinbürgerlich denkenden Teile der Gesellschaft, die noch nicht ausgegrenzt sind, über die sichtbaren Auswirkungen des Sozialabbaus – um im nächsten Atemzug die Verschlinkung des Staates zu fordern und gegen die Beamten zu wettern. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge werden nicht gesehen, die Angst vor dem sozialen Abstieg läßt aber auch hier den Ruf nach autoritären und einfachen Lösungen laut werden.

Die verschärfte Konkurrenz in der Gesellschaft zeigt sich in einer »brachialen Grundstimmung« die Voscherau auf seinen Wahlveranstaltungen beobachten konnte und die ihn erschreckt hat, genauso wie in der Zunahme von Gewalt unter Jugendlichen. Gerade die Perspektive von 18- bis 25-jährigen ungelerten Arbeitern besteht in ungesicherten, schlecht bezahlten Jobs. Von den unter 25jährigen männlichen Wählern haben laut taz-Hamburg (22.9.97) 15% DVU gewählt, dreimal soviel wie der Bevölkerungsdurchschnitt.

Die PDS, die in Hamburg gegen den Widerstand ihres Bundesvorstands angetreten war, konnte sich gegen den Negativtrend der Bundespartei um ca. 1000 Stimmen auf 5.350 oder 0,7% der Wähler verbessern (siehe dazu die Korrespondenzen weiter hinten im Heft, d.Red.).

Bei den antifaschistisch orientierten Jugendlichen wendet sich der überwiegende Teil jedoch den Grünen zu. Eine Probeabstimmung an einer Hamburger Oberstufe, bei der alle Parteien zur Wahl standen, ergab 75% für die GAL und 20% für die PDS. Angesichts des Opportunismus der Grünen werden sich die Hoffnungen, die sich die Jugendlichen über diese Partei noch machen, aber auch als Illusionen erweisen. Bei der Schwäche der außerparlamentarischen Linken und der Radikalisierung eines Teils der Jugendlichen nach rechts liegt darin eine große Gefahr. Der einzige Ausweg liegt

den sich die Hoffnungen, die sich die Jugendlichen über diese Partei noch machen, aber auch als Illusionen erweisen. Bei der Schwäche der außerparlamentarischen Linken und der Radikalisierung eines Teils der Jugendlichen nach rechts liegt darin eine große Gefahr. Der einzige Ausweg liegt

**AM 14. SEPTEMBER
DEMONSTRIERTEN
CA. 3500 MENSCHEN
GEGEN NEONAZISMUS
UND RECHTS-
RADIKALISMUS.
»PRO DEMONSTRANT
IN POLIZIST«
SCHRIEB DIE PRESSE.**

darin, die Probleme der arbeitenden Bevölkerung ernst zu nehmen und sie dort, wo sie sich zur Wehr setzt, zu unterstützen, wie bei den Auseinandersetzungen um das Hafens Krankenhaus oder den Betriebsbesetzungen in Boizenburg.

Die Stimmenanteile im einzelnen.

Hamburgweit fiel die SPD, 1991 noch mit absoluter Mehrheit regierend, von 1993: 40,4% auf jetzt 36,2% der Wähler, was einem Verlust von über 43.000 Stimmen gegenüber der letzten Wahl entspricht. Die CDU konnte demgegenüber ca. 40.000 Stimmen hinzu gewinnen und ihren seit 1986 andauernden Abwärtstrend stoppen. Weil sie mit 30,7% jedoch gegenüber ihrem Hamburger Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl 4,2% verlor, hielt sich die Zufriedenheit auch im Lager der Union in Grenzen.

Die Wahlbeteiligung liegt in Hamburg seit 1991 stabil bei knapp unter 70%, in den »sozialen Brennpunkten« jedoch um 5 - 15% niedriger. Das bürgerlich-parlamentarische Lager aus SPD, CDU, FDP, Statt-Partei und Grünen konnte zusammen 59,9% der Wahlberechtigten Hamburger an sich binden, was einem Verlust von 0,5% gegenüber 1993 entspricht. Die im Parlament vertretenen Parteien vereinigen gerade 54,9% der Wahlberechtigten auf sich. Der Anteil der gültigen Stimmen, die durch die 5%-Hürde von einer parlamentarischen Vertretung ausgeschlossen werden, beträgt 19,2% oder 160.000 Wähler. Die rechtsradikalen Parteien DVU, Republikaner, ÖDP, NPD und der vom ex-FDPLer Brunner angeführte »Bund freier Bürger« erhielten 68.500 Stimmen, was 5,7% der Wahlberechtigten (8,2% der Wähler) entspricht; gegenüber 1993 ein Zuwachs von knapp 0,4% der Wahlberechtigten oder 2.800 Stimmen. Innerhalb des rechten Lagers kam es zu einer Verschiebung von den Republikanern (-2,9% der Wähler) zur DVU (+2,1% der Wähler), die wesentlich offener antiparlamentarisch und neonazistisch auftritt als die Republikaner. Daneben konnte der »Bund freier Bürger« mit 1,3% der Wähler bzw. 10.900 Stimmen einen gewissen Erfolg erzielen, der allerdings eher auf bürgerliche Wähler und ihre Angst vor dem Euro zurückzuführen sein dürfte.

7.10.97, HH ■



Widerstand gegen den Euro – aber wie?

Eines der Themen, die die Gemüter der deutschen Öffentlichkeit derzeit am meisten erhitzen, ist zweifellos der Euro. Die Skepsis großer Teile der Bevölkerung, ob er denn genau so »hart« sein werde wie die DM, prägt die aktuellen Diskussionen bis weit in die Gewerkschaften hinein. Ohne über das Niveau von Stammtischgerede hinauszureichen, wird in der Regel nur darüber debattiert, was mit den Sparguthaben oder den Lebensversicherungen passieren werde, wenn der Euro kommt. Das gilt auch für die meisten Diskussionen in den Betrieben und den Gewerkschaften. Es geht selbst hier vielfach nicht so sehr um die sozialen Kürzungen, die für die Erfüllung der Maastricht-Kriterien von der Bundesregierung beschlossen oder angekündigt worden sind, sondern in erster Linie um den »weichen Euro«, der die »harte Mark« abzulösen droht.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch nicht wenige Beschäftigte vor allem in den Großkonzernen, die sich von der Einführung des Euro eine Festigung der dominierenden Position der deutschen Wirtschaft in Europa und damit eine Sicherung ihres vergleichsweise hohen Lebensstandards versprechen. Diese Mischung aus sozialen Ängsten, DM-Nationalismus und der Hoffnung, zu den Gewinnern der wirtschaftlichen Konkurrenz zu zählen, macht eine sachliche, politische Diskussion über die reale Bedeutung des Euro bzw. der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion ausgesprochen schwer und zugleich dringend erforderlich.

Die Geschichte des Euro

Zwei Weltkriege, das Entstehen des sozialistischen Blocks und der Verlust der kolonialen Basis hatten vor allem in denjenigen großen europäischen Mächten, die bis dahin gegeneinander um die Vorherrschaft in Europa und in der Welt gekämpft hatten (wenn auch in unterschiedlichem Tempo und in unterschiedlichem Ausmaß, dennoch in ähnlicher Art und Weise) die Erkenntnis wachsen lassen, daß Voraussetzung für ihren weiteren Welteinfluß ein gemeinsamer Wirtschaftsblock sei. Diese Überlegung bildete die Grundlage der römischen Verträge, also der alten EWG, ebenso wie die der EG und der EU. Eine gemeinsame Währung wurde allerdings erst Ausgangs der 60er Jahre erstmals auf die Tagesordnung gesetzt. 1970 bekam der luxemburgische Ministerpräsident Werner den Auftrag, entsprechende Planungen auszuarbeiten. In den Turbulenzen, die sich aus dem Ende der ökonomischen US-Hegemonie auf dem Weltmarkt und den widerstreitenden ökonomischen Interessen zwischen den westeuropäischen Industriestaaten und den USA in der Folgezeit ergaben, erlitt dieses Projekt (wie auch das in Bretton Woods geschaffene Weltwährungssystem) aber Schiffbruch.

Um nicht völlig auf die Vorteile der Planungssicherheit durch feste Währungskurse verzichten zu müssen, wurde deshalb 1978/79 in »Kerneuropa« das »Europäische Währungssystem« entwickelt, welches die Auf- und Abwertungen der beteiligten Währungen in Grenzen halten sollte. Beherrscht wurde es von der führenden Wirtschaft der EG, der der BRD. Faktisch wurde die DM 1983 zur europäischen Leitwährung und die Bundesbank zur heimlichen europäischen Zentralbank. Ihre Zinsentscheidungen bestimmten

das Verhalten aller anderen Zentralbanken. Sie konnten sich dem Kurs der Bundesbank nur noch um den Preis starker Währungsverluste auf den internationalen Devisenmärkten widersetzen. Insbesondere in Frankreich war daher das Interesse stark, diese ökonomische Abhängigkeit einzugrenzen und zumindest auf politischer Ebene wieder stärkeren Einfluß auf die Formulierung der zukünftigen Wirtschaftsstrategie zu erlangen. Wenn man sich den wirtschafts- und finanzpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung und der Bundesbank aufgrund der wirtschaftlichen Macht der BRD schon nicht wirksam entziehen konnte, wollte man an ihrer Formulierung zumindest beteiligt sein. Ökonomisch war Frankreich als zweitstärkste Wirtschaftsmacht innerhalb der EG zwar nur Juniorpartner, sein weltpolitisches Potential war damals aber immer noch größer als das der BRD, die aus den bekannten Gründen eng in die NATO-Struktur eingebunden und außenpolitisch nur begrenzt handlungsfähig war. Dieses französische Bestreben drückte sich darin aus, daß der (französische) EG-Präsident Jaques Delors sich seit 1984 stark für eine Währungsunion engagierte und 1989 einen Bericht ausarbeiten ließ, mit welchem der Grundstein für Maastricht bzw. den Euro gelegt wurde.

Ähnlich wie der oben angesprochene Werner-Plan sah sich auch der Delors-Plan alsbald veränderten Zeitläuften gegenüber, welche dieses Mal allerdings die eingeschlagene Richtung bestärkten. Die weltpolitischen Veränderungen, die ihren Anfang in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 nahmen, verdeutlichten die Notwendigkeit der Herausbildung der »Europäischen Währungsunion«. Insbesondere drei Momente gilt es zu beachten: Zunächst hatte sich die Stellung Deutschlands innerhalb Europas verändert. Vordem war es zwar ein ökonomischer Riese, politisch aber ein Zwerg. Nun stand die Möglichkeit im Raum, daß sich dieser Zustand nachhaltig ändern könne. Es ist nicht nur Ausdruck der Deutschen-Furcht der Tories, wenn der vormalige britische Schatzkanzler Norman Lamont über Maastricht und die Währungsunion schreibt: »Für die Kernländer Europas gründet sich das Vorhaben auf Furcht – der Furcht der anderen Länder vor Deutschland und der Furcht der deutschen Führer vor Deutschlands Vergangenheit. Die Furcht vor Deutschland war das wichtigste Argument derer, die beim französischen Referendum über den Vertrag von Maastricht ein 'oui' empfahlen.«¹⁾

Zweitens wurde der wirtschaftliche Einfluß Deutschlands in Europa noch dominierender. Normalerweise hätte die darniederliegende Konjunktur Anfang der 90er Jahre in den meisten europäischen Ländern zu einer Zinssenkung führen müssen. Weil Deutschland für die eingegliederten Bundesländer aber händeringend Geld brauchte und die »Vereinigung« eine deutsche Sonderkonjunktur zur Folge hatte, stiegen die Zinsen in Deutschland, was zur Folge hatte, daß auch in den anderen Ländern die Zinsen bewußt hochgehalten werden mußten, damit nicht allzuviel Kapital nach Deutschland abfloß. Die sowieso bereits vorhandenen finanziellen Turbulenzen wurden zusätzlich angeheizt, weil in dieser Situation internationale Spekulanten sich auf die Währungen der beiden Länder warfen, welche am stärksten mit ökonomischen Problemen zu kämpfen hatten: Großbritannien und Italien. Dem massiven Abwertungsdruck konnte

das 'Europäische Währungssystem' in seiner bisherigen Form nicht standhalten, so daß es soweit reformiert wurde, daß es seiner wichtigsten Aufgabe: 'Planungssicherheit durch Währungsstabilität' heute nur noch in weiten Grenzen nachkommen kann. All das machte noch einmal deutlich, wie wichtig eine stärkere politische Einbindung Deutschlands durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion für die anderen westeuropäischen Staaten geworden war.

Drittens schließlich hatte sich die Position der EU selbst verändert. Solange der Blockgegensatz die internationale Politik bestimmte, mußten Interessengegensätze zwischen den USA und den EU-Ländern so ausgetragen werden, daß das gemeinsame Interesse gegenüber dem Sozialismus nicht in Gefahr geriet. Diese Scheu konnte nun teilweise wegfallen. Die EU-Länder konnten in der Konkurrenz mit den USA (und auch Japan) aggressiver auftreten.

Um die Stellung der EU in der härter werdenden Globalisierungs-Konkurrenz zu verbessern, mußten aber die internen Reibungsverluste verringert werden. Das Überleben unterschiedlicher Währungen wurde für das Kapital zunehmend zu einem überflüssigen Kostenfaktor: Zum einen ist dabei an die direkten Aufwendungen zu denken: Es kostet nicht nur Zeit und Mühe, die Währungen umzutauschen, sondern für den Tausch müssen Gebühren bezahlt werden. Ein weiterer Kostenfaktor sind eventuelle Kursverluste. Um sich hiergegen zu wappnen, müssen teure 'Währungs-Sicherungsgeschäfte' eingegangen werden. Laut Schätzungen der EU-Kommission entstehen jährlich Transaktionskosten in Höhe von etwa 26 bis 38 Milliarden DM. Nach anderen Angaben sind es sogar 100 Mrd. DM pro Jahr. Der Finanzvorstand von Daimler Benz, Gentz, rechnet bei Einführung des Euro allein für diesen Konzern mit jährlichen Einsparungen von 100 Mio. DM, denen eine einmalige Kostenbelastung für den Umstellungsprozeß von 200 Mio. DM gegenübersteht.

Zu diesen Kosten, die sich ziemlich exakt berechnen lassen, kommen noch solche, die zwar negativ in Erscheinung treten, von denen aber keiner wirklich genau sagen kann, welche Größenordnung sie tatsächlich haben. Zum Beispiel wäre eine gemeinsame Währung nicht so anfällig gegenüber Schwankungen der Devisenkurse, ein Faktor, der insbesondere in den letzten Jahren durch großdimensionierte Währungsspekulationen an Bedeutung gewonnen hat. Welche negative Durchschlagskraft so etwas haben kann, zeigte sich aus deutscher Sicht beispielhaft an der Aufwertung der DM 1995. Die politischen und finanziellen Schwierigkeiten Mexikos zogen die mit ihr über die NAFTA verbundene USA mit in den Strudel. Weil internationale Anleger befürchteten, die USA hätten nicht genügend Kraft, um das Problem alsbald lösen zu können, flohen sie aus dem Dollar in die Deutsch-Mark. Deren immense Aufwertung glich auf den

internationalen Märkten preismäßig all die Produktivitätssteigerungen der deutschen Konzerne aus, welche jene innenpolitisch unter so vielen Schwierigkeiten erfochten hatten. Deutsche Waren wurden 'zu teuer'. Ein europaweiter einheitlicher Währungsraum hätte einen besseren Schutz gegenüber solchen Turbulenzen bieten können.

Außerdem, so die Hoffnung vieler Unternehmen, könnte mit der Einführung einer gemeinsamen Währung ein Signal gesetzt werden für eine weitere Vereinheitlichung auf anderen Feldern wie etwa bei den Normen, wo die immer noch erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen europäischen Staaten – die verschiedenen Steckerformen sind da nur ein Beispiel - die Seriengrößen massiv einschränken und damit Kosten verursachen, die europäische Konzerne in der Konkurrenz mit US-amerikanischen zurückwerfen. Schließlich könnte man nur mit einem vereinten Europa versuchen, auch ein politisches Gegengewicht zu den (trotz verlorener ökonomischer Hegemonie) in politischer Hinsicht weiterhin dominierenden USA zu bilden. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, spricht das in einem Plädoyer für die schnelle Einführung des Euro sehr deutlich aus: »Wenn es überhaupt noch jemand schafft, Amerika als einzige Supermacht der Welt auf internationale Regeln wie etwa in der Handelspolitik zu verpflichten, dann doch wir – wir Europäer!«³⁾

Deshalb stehen die deutschen Großunternehmen auch fast einmütig hinter der Einführung des Euro. Nach einer Umfrage der Düsseldorfer WGZ-Bank »überwiegt« nur im Mittelstand »Skepsis und Gleichgültigkeit gegenüber dem Euro«⁴⁾. Der BDI fordert dagegen »die schnelle Einführung des Euro. Dabei sollten auch die sonst so hochgehängten Konvergenzkriterien flexibler ausgelegt werden«⁵⁾. Die Hoffnungen richten sich dabei zunächst vor allem auf eine Beendigung der Währungsschwankungen. »Die Einführung des Euro dürfte zu einer wachsenden Attraktivität des Produktionsstandorts Deutschland führen«, erwartet die Forschungstochter der Deutschen Bank, die DB Research, denn »die künstliche Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Wechselkursentwicklung der jüngeren Vergangenheit könnte sich nicht wiederholen«. Das gelte ganz besonders für den »deutschen Maschinenbau (...), dessen Vorteile dann im internationalen Wettbewerb wieder stärker zum Tragen kämen. Zu den größten Euro-Gewinnern dürften auch andere stark exportorientierte Branchen gehören«⁶⁾. Daher verspricht sich auch die deutsche Elektro- und Elektronikindustrie von der Währungsunion »eine wesentliche Stärkung der internationalen Position der deutschen Elektrownahmen«⁷⁾, und in einer Stellungnahme der chemischen Industrie heißt es ausdrücklich: »Die deutsche chemische Industrie wird wegen ihrer internationalen Ausrichtung von einer stabilitätsorientierten Währungsunion erheblich profitieren«.⁸⁾

Die ökonomischen Grundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion

Die oben geschilderten französischen Interessen bildeten den Anlaß, das Projekt einer Währungsunion zu diesem Zeitpunkt zu starten. Die Formulierung des Projektes und die Annahme auf europäischer Ebene im Juni 1989 ist aber nur zu begreifen auf Basis der weltwirtschaftlichen Veränderungen in den 80er Jahren, also dessen, was man heute unter dem Begriff der 'Globalisierung' diskutiert.

1 Die Zeit vom 1.12.1995

2 Managermagazin 5/97

3 Die Zeit vom 5.9.1997

4 Die Woche vom 14.3.1997

5 Junge Welt vom 13./14.7.1996

6 FR vom 16.7.1996

7 FAZ vom 12.7.1996

8 Verband der chemischen Industrie: Europäische Währungsunion: Wirtschaftspolitische Bewertung - Praktische Umsetzung in den Unternehmen, Frankfurt 1996, S. 6

Auf das Ende des Wirtschaftsmodells der Nachkriegsära reagierten die westlichen Länder damit, daß sie wesentliche Elemente ihrer Binnen-Ökonomie veränderten (Elektronische Revolution, Rationalisierung auf allen Ebenen, Reduzierung der sozialstaatlichen Elemente) und zugleich massiver

Tabelle 1:
Anteil der Exporte am Sozialprodukt einzelner Regionen von 1960 bis 1990⁽⁹⁾

	1960	1990
OECD	12,7	18,5
Kanada	10,6	15,8
USA	5,2	9,8
Japan	10,7	12,1
EG 12	19,5	28,1
Deutschland	19,0	32,0
Frankreich	14,5	22,6
Großbritannien	20,9	24,6
	13,0	21,0

auf den Weltmarkt drängten. Zwischen Anfang der 70er Jahre und Mitte der 90er Jahre verachtete sich weltweit die Produktion. Die Exporte stiegen jedoch um das 12fache, so daß der Exportanteil am Bruttosozialprodukt (wie auch der der Importe) erheblich in die Höhe ging (s. Tab 1), die Direktinvestitionen im Ausland nahmen um das 17fache, die grenzüberschreitenden Finanztransaktionen sogar um mehr als das 40fache zu.⁹⁾

Auch weit entfernte Abnehmerländer bekamen für den deutschen Export dadurch ein erhebliches Gewicht¹⁰⁾: Nach Japan exportierte die BRD 1980 Waren im Wert von 3,9 Mrd. DM, 1995 schon für 18,8 Mrd. DM. Der Export in die USA hatte 1980 einen Wert von 21 Mrd. DM, 1995 einen von 54 Mrd. DM. Trotz dieser großen Steigerungsraten und der enormen Höhe der absoluten Beträge ist dennoch gleichzeitig der Anteil am gesamten Export, der in Länder außerhalb der EU geht, deutlich gesunken.

So ging die Bedeutung des US-Exports für Deutschland zwischen 1985 und 1995 z.B. von 10,3% auf 7,4% zurück.¹²⁾ Die Zunahme des Exports in die EU-Länder übertraf diejenige in die USA oder andere Länder außerhalb der EU in ihrem Umfang erheblich. Wegen der niedrigeren Transportkosten, besserer Kenntnis der Länder, geringeren Mentalitätsunterschieden etc. intensivierten sich vor allem die wirtschaftlichen Kontakte zwischen den Ländern der europäischen Union. Ähnliches galt mit Abstrichen auch für Nordamerika und Ostasien. Ergebnis dieses Prozesses war die deutliche Herausbildung von Konturen eines europäischen, eines ostasiatischen und eines nordamerikanischen Marktes.

Bei den späteren NAFTA-Staaten USA, Kanada und Mexiko stieg der Anteil am Export, der auf andere NAFTA-Staaten entfällt, zwischen 1980 und 1992 von 44,9% auf 60,8%.¹³⁾ Der Anteil der japanischen Exporte in Fernostländern nahm von 1992 bis 1995 von 34,4% auf 43,6% zu¹⁴⁾, und die Exporte der späteren EU-Länder, die 1958 erst zu 37,2% in andere westeuropäische Länder gingen; entfielen 1993 bereits zu 56,8% auf den Handel zwischen den EU-Ländern¹⁵⁾ (s. Tab. 2 und Tab. 3). Die Verhältnisse in Europa haben sich in den letzten 25 Jahren also fast umgekehrt.

Tabelle 2:
Aufteilung des Weltexports in Prozent⁽¹⁶⁾

	1980	1990	1992
Weltexport (Mrd. US-Dollar)	1973,0	3485,0	3731,0
■ Anteil Westeuropas	40,2	46,0	47,0
■ Anteil der NAFTA-Länder	14,7	16,3	17,2
■ Anteil Asiens	12,8	22,5	24,3
■ Anteil der Triade	67,6	84,8	88,5
■ Anteil des innereuropäischen am gesamten westeuropäischen Export	67,4	72,6	71,9
■ Anteil des Intra-NAFTA-am gesamten NAFTA-Export	44,9	42,3	60,8
■ Anteil des innerasiatischen am gesamten asiatischen Export	50,8	45,8	44,5
■ Anteil des intraregionalen Exports am Weltexport	40,2	50,6	55,1
■ Anteil des intraregionalen am gesamten Triadenexport	59,4	59,7	62,3

Nicht nur der Export stieg, auch die Abhängigkeit von anderen Ökonomien nahm zu. Wurden 1978 noch »Vorleistungen« für die eigene Fertigung in Höhe von 110 Mrd. DM importiert, hatten diese 1994 schon einen Wert von 307 Mrd. DM. Der Anteil der Importe an allen »Vorleistungen« der deutschen Wirtschaft wuchs in diesem Zeitraum von 17,2% auf 28,8%.¹⁸⁾ In der »Verarbeitenden Industrie« betrug der Anteil 1996 bereits 29,8%, im Fahrzeugbau 30% und in der Chemieindustrie sogar 45%.¹⁹⁾

Um in der Konkurrenz unter den drei kapitalistischen Zentren besser bestehen zu können, lag es Ende der 80er Jahre deshalb nahe, in einem nächsten Schritt die rein ökonomisch schon gewachsenen regionalen Verbindungen auch politisch abzusichern und auszubauen. Zwischen Mexiko, Kanada und den USA wurde die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA gebildet, in Europa wurden der Binnenmarkt und die Währungsunion aus der Taufe gehoben.

9 Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft 2.1.'97, S. 3
10 Fischer Weltalmanach '96, Frankfurt 1995, Sp. 1081

11 Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, Dezember 1983 ff.

12 Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, Dezember 1988 ff.

13 eigene Berechnung nach der Tabelle 'NAFTA-Exporte', in: OECD, Monthly Statistics of Foreign Trade, March 1995 ff.

14 eigene Berechnung nach der Tabelle 'Japan-Exporte', in: OECD, Monthly Statistics of Foreign Trade, March 1995 ff.

15 Zahlen aus Tabelle Nr. 47, S. 192, im: Statistischen Anhang von: Europäische Wirtschaft [Europäische Kommission/Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen] Nr. 60/1995: Grundzüge der Wirtschaftspolitik 1995

16 Jörg Huffschild: Globalisierung oder Blockbildung? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1994, S. 1012

17 s. Anm. 15

18 Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 29.6.1995, S. 1

19 Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 3.8.1995, S. 5

20 Die Zeit vom 1.11.1996

Tabelle 3:
EG-Ausfuhren 1958 und 1993 in Prozent der Gesamtausfuhr ¹⁷⁾

Ausfuhren nach:	Intra-EG- Handel		USA+ Kanada		Japan		Entwicklungs- länder (o. OPEC)		Welt (ohne EG)	
	1958	1993	1958	1993	1958	1993	1958	1993	1958	1993
Ausfuhren aus:										
Belgien u. Luxemburg	55,4	73,0	10,5	5,1	0,6	1,1	14,7	9,2	44,6	27,0
Dänemark	59,3	52,3	10,0	5,8	0,2	4,0	7,0	8,0	40,7	47,7
Deutschland	37,9	47,6	8,5	8,4	0,9	2,6	16,1	9,9	62,1	52,4
Frankreich	30,9	59,8	6,7	7,7	0,3	1,9	25,6	14,2	69,1	40,2
Griechenland	50,9	55,9	13,9	5,0	1,4	0,9	6,3	12,1	49,1	44,1
Großbritannien	21,7	49,3	14,6	14,3	0,6	2,2	26,6	12,3	78,3	50,7
Irland	82,4	69,1	6,4	9,9	0,0	3,7	1,4	4,8	17,6	30,9
Italien	34,5	53,3	11,1	8,5	0,3	1,9	8,7	12,6	65,5	46,7
Niederlande	58,3	71,3	6,4	4,8	0,4	1,0	13,1	7,8	41,7	28,7
Portugal	38,9	74,9	9,4	5,2	0,5	0,8	40,3	7,3	61,1	25,1
Spanien	46,8	62,2	11,4	5,1	1,7	0,8	15,8	18,7	53,2	37,8

Die Proteste gegen die Währungsunion

Die geplante Euro-Einführung ist für die Masse der Bevölkerungen in den betroffenen Ländern bereits deutlich spürbar. Überall leidet sie unter den Sparmaßnahmen, die die verschiedenen Regierungen unter Hinweis auf die Aufnahmekriterien beschlossen und durchgesetzt haben. Der Euro wird dementsprechend von vielen Europäern für diese unpopulären Maßnahmen verantwortlich gemacht. Obwohl es in den meisten EU-Ländern nach Meinungsumfragen dennoch Mehrheiten für die Einführung des Euro gibt, existieren unter dem Motto „gegen Maastricht“ auch mehr oder minder einflussreiche Kampagnen gegen die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die daran beteiligten Kräfte sind in der Regel sehr heterogen. So sind etwa in Frankreich gleichzeitig der Front National und die Mehrheit der KPF gegen den Euro, in Italien der linke Flügel der Partito della Rifondazione comunista und in Großbritannien die Mehrheit der Tories. Insgesamt überwiegen bei den Gegnern des Euro allerdings eher rechte oder nationalistische Kräfte. Dies gilt auch für Deutschland, wo die Proteste gegen den Euro vor allem von rechtsradikalen Parteien wie der DVU oder den Republikanern und rechten bürgerlichen Politikern wie Stoiber artikuliert werden. Sie appellieren an die oben erwähnten diffusen Ängste vor DM-Schwäche und sozialen Verschlechterungen und hoffen, mit dieser nationalistischen Propaganda vor allem im kleinbürgerlichen Milieu Stimmen zu gewinnen.

Wenn von seiten linker Organisationen oder Parteien gegen den Euro Front gemacht wird, stehen in erster Linie die in den Verträgen von Maastricht formulierten Konvergenzkriterien im Mittelpunkt der Kritik. Da sie von allen Regierungen als wesentliches Argument für die Kürzungen in den Sozialhaushalten benutzt werden, wird von den Kritikern ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Kriterien bzw. der Einführung des Euro und den Sozialkürzungen hergestellt. Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer ist in vielen Ländern zum Synonym für die mit den Konvergenzkriterien verbundene Politik der Sozialkürzungen geworden. Aussagen von ihm wie die folgende werden dabei als deutlicher

Ausdruck einer nur auf die Interessen des Kapitals ausgerichteten Politik gesehen: »In allen europäischen Ländern geht es heute darum, Voraussetzungen für ein dauerhaftes Wachstum und Vertrauen für die Investoren zu schaffen, indem man die öffentlichen Haushalte unter Kontrolle bringt, das Steuer- und Abgabenniveau auf ein erträgliches Maß absenkt und die sozialen Sicherungssysteme reformiert.«²⁰⁾

So richtig die Kritik an den drastischen Einsparungen in den Sozialhaushalten und einer Politik, wie sie in der zitierten Äußerung von Tietmeyer zutage tritt, auch ist, so verfehlt ist es gleichzeitig, wenn in der Argumentation gegen die Erfüllung der Konvergenzkriterien und den Euro oft so getan wird, als wären diese Verschlechterungen in erster Linie auf die Bemühungen der Regierungen zurückzuführen, die Eintrittskriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen, und als könne man demzufolge die massiven Einschnitte in das soziale Netz durch die Verhinderung des Euro wirksam bekämpfen. Diese auf den ersten Blick einleuchtende Logik hat einen entscheidenden Fehler. Sie übersieht, daß die Wirtschafts- und Währungsunion und mit ihr der Euro nur eine Entwicklung politisch festschreiben und z.T. beschleunigen, die im wesentlichen auch ohne die Vereinbarungen von Maastricht erfolgen würde, weil sie allein aufgrund der schärfer werdenden Weltmarktkonkurrenz aus Sicht des Kapitals unumgänglich ist. Könnte von seiten der Regierungen und der Unternehmer nicht mit dem Euro argumentiert werden, wenn es um Kürzungen von Sozialleistungen geht, würden die viel beschworenen Gesetze des Weltmarkts oder die »Globalisierung« denselben Zweck erfüllen. Die Erfolge, die viele Unternehmen damit erzielen, wenn es um die Verlängerung von Arbeitszeiten, die Senkung von Löhnen, die Aushebelung von Tarifverträgen etc. geht, zeigen das deutlich. Die in ganz Europa zu beobachtenden Verschlechterungen für die Beschäftigten wie die Reduzierung der Reallöhne, die Verlängerung der Arbeitszeiten und der Abbau sozialer Leistungen seitens der Unternehmen wie der öffentlichen Hand sind ebenso wie die zunehmende Standortkonkurrenz innerhalb der multinationalen Konzerne

Ausdruck der derzeitigen Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und einer sich dadurch verschärfenden internationalen Konkurrenz. Wenn ganze Industriezweige auf der Strecke bleiben, Massenarbeitslosigkeit zum Dauerzustand wird, einzelne Regionen verarmen, prekäre Arbeitsverhältnisse zunehmen, dann ist das in erster Linie den Verwertungsproblemen des Kapitals geschuldet und nicht der Entscheidung für die Wirtschafts- und Währungsunion. Mit der Formulierung der Konvergenzkriterien sind nur Maßnahmen vertraglich fixiert worden, die die Regierungen der einzelnen Länder unter dem Druck des jeweiligen nationalen Kapitals und der sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz auch ohne die bevorstehende Einführung des Euro bereits ergriffen haben oder noch ergriffen hätten.

Die britische Politik unter den Konservativen ist dafür das beste Beispiel. Die Regierungen Thatcher und Major haben trotz ihrer skeptischen bis offen ablehnenden Haltung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gegenüber den innerhalb Westeuropas wohl härtesten Kurs in Fragen von Sozialkürzungen und Haushaltseinsparungen gefahren. Die Ursache für diese Politik ist in der seit den 60er Jahren stark gesunkenen Konkurrenzfähigkeit der britischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu suchen. Die Thatcher-Regierung wollte mit ihren drastischen Maßnahmen, die vor allem eine entscheidende Schwächung der Gewerkschaften, die Privatisierung der meisten öffentlichen Unternehmen, den Abbau sozialer Leistungen und rechtliche Änderungen zugunsten des Kapitals beinhalteten, die Verwertungsbedingungen für das britische Kapital durchgreifend verbessern. Eine in puncto Gewerkschaften und Deregulierung ähnliche Politik verfolgte aus vergleichbaren Motiven auch die Reagan-Administration in den USA. Dem britischen und US-amerikanischen Beispiel mußten sich dann die anderen Länder eins nach dem anderen anschließen, wollten sie in der internationalen Konkurrenz nicht zurückfallen. Dieser Prozeß ist vollkommen unabhängig von der Einführung des Euro. Er ist ohne ihn begonnen worden und würde auch bei einem Scheitern der Wirtschafts- und Währungsunion fortgesetzt. Deshalb muß sich unser Widerstand gegen die vielfältigen Angriffe von Unternehmen und Regierungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung und die gesamte Politik des Sozialabbaus richten, aber nicht generell gegen die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Ein solches Vorgehen trägt auch der Doppelgesichtigkeit des Prozesses Rechnung. Denn die von seiten des Kapitals und der Regierungen angestrebte Einigung hat trotz ihrer Forcierung von oben und der unter Hinweis auf die Konvergenzkriterien durchgesetzten bzw. noch geplanten Sozialkürzungen noch eine zweite Seite. Mittels der europäischen Integration in Form des Binnenmarktes und des Euros werden trotz aller derzeit damit verknüpften Angriffe des Kapitals nämlich auch die Grundlagen für die allmähliche Herausbildung einer europäischen Arbeiterklasse gestärkt. Das gilt in doppelter Hinsicht.

Zum einen wird, indem der Prozeß der wirtschaftlichen Integration Europas beschleunigt wird, zugleich die unmittelbare Verbindung unter den europäischen Arbeitern und Angestellten vertieft. Das geschieht zunächst in der Form einer verstärkten Konkurrenz untereinander. Die Wanderung irischer, britischer und portugiesischer Bauarbeiter auf die zur Zeit größte Baustelle Europas in Berlin ist dafür nur ein Beispiel. Sie führt zu Auseinandersetzungen mit den deutschen Bauarbeitern, weil die ausländischen Arbeiter unter dem Druck der Arbeitslosigkeit in ihren Heimatländern eine untertarifliche Bezahlung akzeptieren. Die daraus resultierenden Konflikte bilden unter den derzeitigen Bedingungen einen Nährboden für nationalistische Forderungen. Daß die Auseinandersetzungen einen nationalistischen Charakter bekommen, hat entscheidend damit zu tun, daß die Beschäftigten zu schwach sind, um klassenpolitische Forderungen gegenüber den Unternehmen durchzusetzen. Ähnliches gilt auch für die großen multinationalen Konzerne. Die von ihnen durchgeführten Kostenvergleiche zwischen ihren einzelnen Werken verstärken zunächst ebenfalls die Konkurrenz zwischen den Belegschaften und begünstigen auch das Aufkommen nationalistischer Parolen. Dennoch schafft diese unmittelbare Konkurrenz erst die objektive Voraussetzung für die Formung einer europäischen Arbeiterklasse durch den gemeinsamen Kampf, so wie sie es früher unter weniger entwickelten Verhältnissen auf der Ebene der einzelnen Nationalstaaten tat.

Zum anderen sorgt die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion durch die mit ihr verknüpften Vereinheitlichungen auf staatlicher Ebene dafür, daß auch die Auseinandersetzungen der einzelnen Arbeiterklassen mit der jeweiligen Staatsmacht ihre Beschränkung auf den nationalen Rahmen Stück für Stück verlieren. Auch wenn dieser Prozeß noch in den Anfängen steckt und von vielen Widersprüchen

Der Euro und die deutsche Einheit

Die deutsche Vereinigung nach 1989 gab dem Vorhaben, eine gemeinsame Währung in der EU einzuführen, einen entscheidenden politischen Antrieb. War nach dem 2. Weltkrieg für die französische Politik doch die deutsche Teilung ein wesentliches Moment in dem Bestreben, Deutschlands Wiederaufstieg zu einer Macht, die Frankreich angreifen könnte, zu verhindern: Ein geteiltes Deutschland, dessen einer Teil von der Sowjetunion besetzt war, war allemal leichter zu kontrollieren, als ein ungeteiltes. Der andere Sicherungsanker war die Einbindung Westdeutschlands in die Nato und die EG.

Als ab Herbst 1989 die deutsche Vereinigung auf die historische Tagesordnung kam, war deshalb das offizielle Frankreich, an der Spitze der damalige Präsident Mitterand, gegen die Aufhebung der deutschen Teilung.

»Aber Mitterand kann die Vereinigung nicht verhindern (...) Da macht Mitterand Nägel mit Köpfen: Die Eurowährung muß unwiderruflich sein mitsamt einem verbindlichen Zeitrahmen für den Beginn. Unter der Voraussetzung gibt auch Mitterand seinen Segen zur Vereinigung.

Und Kohl stimmt zu, die französische Initiative für eine Währungsunion zu unterstützen. Mitterands langjährige Dolmetscherin Brigitte Sauzay berichtet, wie die beiden Anfang 1990 dieses Geschäft bei einem vertraulichen Arbeitsessen abschlossen.« (K.-. Schröder, Neue Ruhr-Zeitung, 29.1.'97)

Welches Kalkül steckt dahinter, wenn Frankreich die Teilung Deutschlands mit der Eurowährung auszugleichen versucht? Da die Wirtschaft (West-)Deutschlands die stärkste in Europa ist, ist die DM in Europa faktisch zu einer Art Leitwährung geworden. Die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Österreich haben ihre Währungspolitik schon länger direkt an die Politik der Bundesbank gekoppelt, seit Beginn der 80er Jahre orientiert sich Frankreich ebenfalls an Frankfurt, und die übrigen europäischen Länder sind mehr oder

weniger gezwungen, diesem DM-Block zu folgen. Das hat Auswirkungen vor allem auf die jeweilige nationale Zinspolitik, die immer weniger national geworden ist, sondern faktisch den Vorgaben aus Frankfurt folgen muß.

Da aber die Bundesbank von den Vertretern des deutschen Kapitals (in Gestalt vor allem der Landesbankpräsidenten) geleitet wird, wird praktisch ein Gutteil der europäischen Währungs- und Zinspolitik nicht mehr im Interesse der jeweiligen nationalen Kapitale, sondern im Interesse des deutschen Kapitals gemacht. Faktisch ist Frankreich z.B. in diesem Punkt nicht souverän. Wenn nun die Europäische Zentralbank eingerichtet wird, verliert die deutsche Wirtschaft die alleinige Kontrolle über die eigene Währung, die dann ja eine europäische sein wird, und wird formal nur noch gleichberechtigt mit anderen Teilnehmern wie etwa Frankreich sein. Das ist der Hintergrund des Streits um das Statut der Europäischen Zentralbank, wie „unabhängig“ sie denn nun sein soll.

Auf jeden Fall wird Deutschland mit der Einführung des Euro einen größeren Souveränitätsverlust erleiden als etwa Frankreich, das im Gegenteil hofft, mehr Mitbestimmung in Währungsfragen zu erlangen, als es jetzt faktisch hat.

Im Gegenzug zu diesem »Verlust« erhofft sich die deutsche herrschende Klasse mehr »Solidarität« der europäischen Partner bei den für sie wichtigen Aufgaben, insbesondere der Osterweiterung der Nato und der »Stabilisierung Rußlands«, wie es Karl Lamers, ein außenpolitischer Stratege in der CDU, formuliert: *»Und unsere wichtigste neue Herausforderung, nämlich die Stabilisierung von Mittel- und Osteuropa, können wir nur mit Hilfe der EU und natürlich der Nato schaffen. (...) Das sind Aufgaben, denen wir Deutschen alleine nie und nimmer gewachsen sind (...) die Europäische Union braucht, damit sie die Osterweiterung verkraftet, eine innere Festigung (...) Genau diese Festigung schafft die Währungsunion, sie ist weit mehr als nur eine gemeinsame Münze.«* (Die Zeit, 5.9.1997) ■

geprägt ist, so zeigen sich seine positiven Konsequenzen doch schon in ersten Ansätzen. So wird für die Masse der Bevölkerungen, da die Konvergenzkriterien in allen Ländern als Begründung für die Sozialkürzungen genommen werden, auch der Zusammenhang deutlicher, der zwischen den Kämpfen gegen den Abbau sozialer Leistungen in den verschiedenen Ländern besteht. Wenn die umfangreichen Streiks der letzten beiden Jahre in Frankreich dazu führen, daß es der neuen sozialistischen Regierung nicht möglich ist, die Einhaltung der Konvergenzkriterien einfach durch eine weitere Reduzierung sozialer Leistungen zu erreichen, sie vielmehr zur Deckung des Haushaltsdefizits auch die Steuern für Großunternehmen drastisch heraufsetzen muß, wird nicht nur in Frankreich, sondern auch in den anderen EU-Staaten zumindest teilweise die Eingleisigkeit der bisher dominierenden Argumentation durchbrochen und angedeutet, daß die Einführung des Euro nicht quasi naturgesetzlich umfangreiche Kürzungen sozialer Leistungen erzwingt, es sich vielmehr um eine Frage der jeweiligen politischen Kräfteverhältnisse handelt. Die Streiks in Frankreich verbessern also auch die Kampfbedingungen in den anderen Ländern.

Unsere Aufgabe kann es daher nur sein, soweit es in unseren Kräften steht, den Widerstand gegen jegliche Verschlech-

terungen des Lebensstandards zu unterstützen, seien sie mit der Einhaltung der Konvergenzkriterien begründet, mit der »Globalisierung« oder anderen wirtschaftlichen »Zwängen«. Das und nicht die generelle Ablehnung der Wirtschafts- und Währungsunion unterscheidet uns grundsätzlich von den Grünen oder der Mehrheit der bundesdeutschen Gewerkschaften, die für die Einführung des Euro plädieren.

Jene orientieren nämlich ausschließlich auf parlamentarische Initiativen für die Verabschiedung einer europäischen Sozialcharta und erhoffen sich von einer dergestalt »gezähmten« Wirtschafts- und Währungsunion, daß sie den Sozialstaat besser vor den internationalen Finanzmärkten und weiteren Deregulierungsmaßnahmen schützen kann, wenn sie nicht insgeheim sogar nur darauf setzen, daß die von der Einführung des Euro erwartete Verbesserung der Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt auch für die Beschäftigten hierzulande Vorteile mit sich bringen wird. Eine solche Politik trägt nicht zur Schaffung von Widerstand gegen die Angriffe von Kapital und Staat bei, sondern desorientiert gleich in zweifacher Hinsicht, indem sie erstens nicht auf den eigentlichen Gegner zielt und zweitens gleichzeitig wirkungslose Kampfmittel vorschlägt. ■

Der vorstehende Artikel »Widerstand gegen den Euro – aber wie?« ist Ergebnis einer Diskussion in der Redaktionskonferenz der »Arbeiterpolitik«. Dabei aufgetretene Einwände formuliert ein Genosse im folgenden Beitrag. Red. ■

Ist die ökonomische Hegemonie der USA zu Ende?

In dem Artikel »Widerstand gegen den Euro – aber wie?« ist die Rede vom »Ende der ökonomischen US-Hegemonie auf dem Weltmarkt und den widerstrebenden ökonomischen Interessen zwischen den westeuropäischen Industriestaaten und den USA«.

Auf der jüngsten Tagung der Weltbank in Hongkong forderten deren Vertreter einen »härteren Kampf gegen die Armut«. Soziale Unruhen als Folgeerscheinungen der sich ausbreitenden Weltwirtschaftskrise drohen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Der Zusammenhang von Finanzkapital, Wirtschaft und Politik liegt auf der Hand. Arbeitslosigkeit, Währungsverfall, Überproduktion bei wachsender Armut und Hunger und politisch chaotische Verhältnisse, haben jetzt auch Länder erreicht, die bis vor kurzem noch Vorzeigebjekte der Befürworter des Kapitalismus waren (z. B. Thailand und Malaysia). Der IWF verordnete Sparprogramme in der Hoffnung, damit die Krise überwinden zu können. »Die tiefe Kluft zwischen Arm und Reich wird in Zeiten des ökonomischen Niederganges wieder schmerzhaft empfunden«, berichtet die »Welt« aus Thailand. Das Londoner Institut für strategische Studien schreibt: »Die Vorstellung ist weit verbreitet, daß wenige Plutokraten ein Vermögen verdient haben und viele Benachteiligte nicht.« Unruhen in Indonesien, mit Hunderten von Toten bei Demonstrationen gegen die Regierung, und auf den Philippinen gegen die Wiederwahl von Präsident Ramos, ähnliche Ereignisse in Afrika, in Süd- und Mittelamerika, im Nahen Osten, auf die wir hier im einzelnen nicht eingehen wollen, offenbaren den Zusammenhang von Ökonomie und Weltpolitik.

Immer häufiger wird von Politikern und Militärs kapitalistischer Länder, auch der BRD, geäußert, daß angesichts der weltweiten Gefahren die USA die Führung wahrnehmen müssen. Es gibt keine andere Macht auf der kapitalistischen Seite, die die unter sich konkurrierenden Partner der kapitalistischen Welt politisch führen könnte. General Naumann, Vorsitzender des Militärausschusses der Nato, erklärt: »Niemand ist für absehbare Zeit in der Lage, einen auch nur annähernd gleichbedeutenden Beitrag zu leisten.« Wenn Naumann im weiteren für eine Stimme der europäischen Staaten gegenüber den USA plädiert, so ruft er damit die USA zu Hilfe, die unterschiedlichen ökonomischen Interessen der herrschenden Klassen Europas in eine gemeinsame Marschrichtung zu vereinen. Denn die Konkurrenz können die herrschenden Klassen und Konzerne nicht aufheben.

Die Rolle der deutschen Bourgeoisie

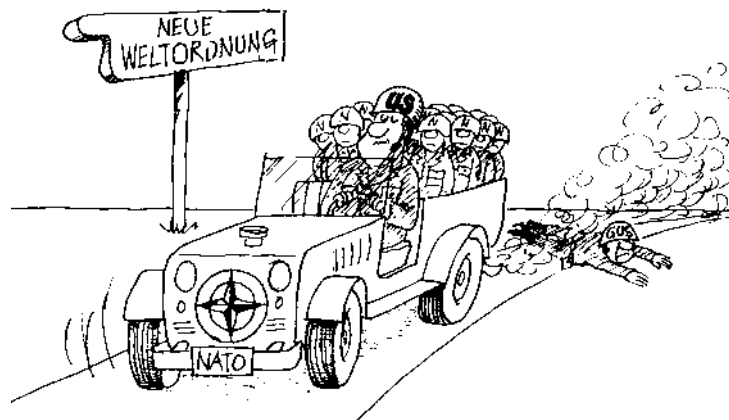
Die deutsche Bourgeoisie hat ihre alte Stellung in Europa wie vor dem 2. Weltkrieg wieder errichtet, ihre politische Bedeutung und wirtschaftliche Kraft ist im Vergleich sogar größer. Die USA haben im Bündnis mit England und Frankreich sich bemüht, in der ersten Periode nach Kriegsende die deutsche Bourgeoisie wirtschaftlich zu schwächen durch

Demontagen, Patentraub und Entflechtung der Konzerne. In der nächsten Etappe haben sie allerdings dann versucht, sie einzubinden, weil sie dem imperialistischen Lager unverzichtbar war im Kampf gegen das sozialistische Lager. Die deutsche Bourgeoisie hat diesen Kampf um ihre Restauration mit Ausdauer und Zähigkeit geführt und sich als Speerspitze gegen die SU bewährt.

Eine selbständige imperialistische Rolle in der Weltpolitik kann die BRD zwar nicht mehr leisten, aber sie ist unter den europäischen Konkurrenten zur Zeit die Nummer 1 an der Seite der USA im Kampf gegen die sozialen Unruhen. Was das deutsche Kapital im ersten und zweiten Weltkrieg versuchte, ist am Widerstand der SU gescheitert. Die herrschenden Klassen in Europa haben sich besonders im 2. Weltkrieg dem deutschen Militärstiefel auch aus politischer Übereinstimmung gegen die kommunistische Gefahr unterworfen, meist ohne ernsthaften Widerstand, aber das reicht heute nicht mehr. Die USA müssen sich als Führungsmacht betätigen. Die BRD ist nur als Juniorpartner der USA handlungsfähig, d. h. sie ist auf Weisung bzw. Zustimmung der USA angewiesen. So ist in der »Welt« zu lesen: »Die amerikanische Europapolitik wird sich mit Vorrang auf Deutschland konzentrieren müssen, wenn sie die zentrale Stellung auf dem Kontinent nicht nur erhalten, sondern auch aktiv nutzen will. Denn der deutsche Partner wandelt sich vom zumeist standhaften, überwiegend zuverlässigen, allerdings nie grenzenlos belastbaren Verbündeten in unbequemer Frontstaatsposition in ein Land mit einer anderen Natur: (...) dieses Deutschland (ist) nach der Zeitenwende in Europa alles andere als ein 'Führungspartner' für den Umgang mit dem postsowjetischen Osten, noch ein Führungsgehilfe im atlantischen Bündnis oder ein geeigneter Sachwalter Amerikas bei der stockenden europäischen Einigung (...) Die USA brauchen Verständnis für die Grenzen der deutschen und europäischen Leistungskraft.« Das Feilschen um den Preis beginnt.

Erneuter Drang nach Osten

Die Flottenmanöver der US-Kriegsflotte im Schwarzen Meer sind »eine Demonstration der Schwäche Rußlands und seiner Marginalisierung vor den türkischen Meerengen«, schreibt Kremp in der »Welt« (26.08.97) und spricht davon,



daß es »mehr als ein symbolischer Schlag« ist. Ähnliche Hoffnungen hatte der deutsche Imperialismus auch, als er 1941 den Krieg gegen die SU begann; Hoffnungen, die Unzufriedenheit der sowjetischen Bevölkerung, besonders der Bauern, nutzen zu können. Diese waren mit den Repressionsmaßnahmen der Regierung äußerst unzufrieden. Auch die gegenwärtige Strategie des imperialistischen Lagers spekuliert auf die gegenwärtige marode Lage der russischen Wirtschaft, Politik und Armee.

Für das deutsche Kapital ist der Markt in Mittel- und Osteuropa bedeutsamer als der Export in die USA, erklärt die Bundesbank. Seit 1989 hat die BRD-Wirtschaft mehr als 2000 Joint-Ventures in Polen geschaffen. Norbert Walter, einer der Chefs der Deutschen Bank, sagt, so wie für die USA die Verbindung zu Kanada und Mexiko eine besondere Bedeutung habe, so für Deutschland der Osten. Dieser neuerliche Drang nach »Lebensraum« im Osten ruft in Frankreich und England Furcht vor einem neuen Führungstreben Deutschlands in Europa wach.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Krise auch an der US-Ökonomie nicht spurlos vorüber gegangen ist, daß die USA aber bis jetzt von allen kapitalistischen Staa-

ten am wenigsten beeinträchtigt ist. Deshalb auch die Vorstellung allenthalben, die USA möge die Führung in der kapitalistischen Welt übernehmen. In allen weltpolitischen Auseinandersetzungen ist die USA unentbehrlich für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges schrieb Thalheimer: »Die wirtschaftliche Übermacht der USA (...) ist das entscheidende Ergebnis des 2. Weltkriegs.« Er führte weiter aus, daß für einige Jahre unmittelbar nach Kriegsende der inneramerikanischen Markt für die Aufnahme der industriellen Produktion reichen würde. Die Explosivwirkung der amerikanischen wirtschaftlichen Übermacht werde nicht sofort, sondern mit Verzögerung eintreten, »einer Zeitbombe vergleichbar«. Es sei eine Illusion zu glauben, daß die USA die politische und militärische Führungsrolle ohne entsprechende Gegenleistung der Partner ausüben würde. Für den weltpolitischen Aufmarsch gegen die sozialen Unruhen bekommen die Partner die Rechnung zugestellt. Die Kriegsvorbereitungen sind für die US-Ökonomie profitabel, und wenn die USA in einem 3. Weltkrieg verschont bleiben von den Folgen der Zerstörung – wer könnte ihnen die ökonomische Führung streitig machen? P., HH ■

BILANZ DES STREIKS BEI UPS IN DEN USA

Kein Wendepunkt, aber ein Etappensieg

Der auch in der deutschen Öffentlichkeit stark beachtete Streik der 185.000 Beschäftigten des US-Paketdienstes United Parcel Service war der größte Arbeitskampf in den USA seit fast zwanzig Jahren. Daß dieser Arbeitskampf mit einer weitgehenden Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen endete, ist unter den in den USA seit den Tagen Reagans herrschenden politischen Bedingungen und angesichts des massiven Niedergangs der US-Gewerkschaften schon fast eine Sensation. Entsprechend waren die Reaktionen dort. Wirtschaftsblätter wie Business Week oder das Wall Street Journal sprachen von der Wiederauferstehung der Arbeiterbewegung; sogar die Aktienbörsen mußten einige Einbußen hinnehmen, weil die Furcht vor einer Welle von gewerkschaftlichen Tarifkämpfen und »inflationären« Lohnsteigerungen umging.

Dazu ist es bisher nicht gekommen. Dennoch ist der UPS-Streik ein politisches Ereignis, das in seiner Bedeutung vielleicht nur mit den Streikbewegungen der letzten Jahre in Frankreich verglichen werden kann. Auch wenn sich die Klassenstrukturen, die politischen Machtverhältnisse und die Stellung der Gewerkschaften in den USA von Westeuropa stark unterscheiden, so enthält der UPS-Streik wesentliche politische Lehren für die Arbeiterbewegung in allen kapitalistischen Industrieländern.

Erstens zeigt er, daß auch unter den Bedingungen einer langanhaltenden und bislang »erfolgreichen« Unternehmeroffensive gewerkschaftliche Gegenwehr möglich ist. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Tarifabschluß auch einige Kompromisse enthält, die der Gewerkschaft und den Beschäftigten langfristig noch Probleme bereiten können. Dazu gehört zunächst die relativ lange Laufzeit des Vertrages, worauf der folgende Bericht hinweist. Auch läßt der Vertrag dem Unternehmen weitgehende Freiheit, darüber zu entscheiden, wo die vereinbarten neuen Vollzeitarbeits-

plätze geschaffen werden, wer in diese Jobs kommt und wie diese zugeschnitten sind. Entsprechende Berichte in der US-Presse wurden jedenfalls von der Gewerkschaft nicht dementiert.

Hat also der Tarifabschluß letztlich nicht grundlegend in die Verfügungsgewalt des Managements im Betrieb und am Arbeitsplatz eingegriffen, so fallen die genannten Zugeständnisse und Kompromisse für eine politische Bewertung der Bewegung bei UPS gegenwärtig nicht ins Gewicht. Der Erfolg bei der Durchsetzung der Kernforderungen des Arbeitskampfes – mehr Vollzeitarbeitsplätze für Teilzeitkräfte und Sicherung der gewerkschaftlich kontrollierten Betriebsrentenkasse – ist ausschlaggebend. Die entschlossene und aktive Streikführung der Teamsters zeigt nicht nur die Möglichkeiten eines aktiven gewerkschaftlichen Widerstandes gegen Lohnabbau und »Flexibilisierung« der Arbeit. Es zeigt sich auch, daß der Niedergang der US-Gewerkschaften in den letzten Jahren nicht zuletzt deshalb zu Perspektivlosigkeit und Zersetzung in den Betrieben führte, weil die vorhandenen gewerkschaftlichen Kampfmöglichkeiten nur selten ausgeschöpft wurden.

Von zentraler Bedeutung ist zweitens, daß erstmals von einer großen Gewerkschaft die Lage der TeilzeitarbeiterInnen zum zentralen Gegenstand einer wichtigen tarifpolitischen Auseinandersetzung gemacht wurde. Die Teilzeitkräfte – insgesamt über 60% der Beschäftigten bei UPS – bildeten die Basis dieses Streiks. Wie unser Bericht hervorhebt, wurde damit im großen Stil der Mythos widerlegt, Teilzeitkräfte seien aufgrund ihrer schlechten ökonomischen Stellung und ihrer besonderen Abhängigkeit vom Unternehmer passiv und an einer gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen nicht interessiert. Dabei muß man allerdings beachten, daß die UPS-Beschäftigten aufgrund der vorhandenen gewerkschaftlichen Strukturen im Unternehmen eine relativ gesicherte

Gruppe unter den unregelmäßig Beschäftigten in den USA darstellen.

Der Streik bei UPS führte in besonderer Weise die Dynamik einer solchen aus der Situation der TeilzeitarbeiterInnen entstehenden gewerkschaftlichen Kampfbewegung vor Augen. Die zunehmende Auflösung »normaler« Arbeitsverhältnisse führte im Falle UPS dazu, daß die die ArbeiterInnen, die dieser Entwicklung direkt ausgesetzt sind, entschlossen für mehr Arbeit und eine gerechtere Verteilung der Arbeit innerhalb der Belegschaften kämpfen. Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung spielten unter diesen Bedingungen keine Rolle, ebensowenig die in den Gewerkschaften in den USA und noch mehr bei uns vorherrschende Vorstellung, Beschäftigung durch Zugeständnisse bei Lohn, Sozialleistungen oder Arbeitsleistung zu »sichern«. Bei UPS wurde nicht nur über den Erhalt des »Normalarbeitstages« geredet, es wurde für dessen Wiederherstellung gekämpft.

Der **dritte** wichtige politische Aspekt des UPS-Streiks besteht darin, daß die Bewegung der Belegschaften nicht ohne die langjährige Oppositionsarbeit klassenbewußter Kräfte innerhalb der Teamstergewerkschaft denkbar ist. Über diese wesentliche Seite der Auseinandersetzung bei UPS wurde von den hiesigen Medien kaum berichtet. Bekannt ist teilweise, daß der IBT-Vorsitzende Ron Carey erst vor fünf Jahren in dieses Amt gewählt wurde, und zwar als Gegenkandidat zu den extrem unternehmerfreundlichen und korrupten Gewerkschaftsführern der »alten Garde«, die während der gesamten Nachkriegszeit auf notorische Weise mit der Mafia verfilzt waren. Carey selbst war als Vorsitzender des großen UPS-Locals in New York ein Vorkämpfer gegen diese Verhältnisse.

Die Wahl Careys vor fünf Jahren entsprang nicht nur der Unzufriedenheit vieler Aktiver mit den Verhältnissen in der IBT. Sie war auch Ausdruck einer wachsenden Opposition gegen die Politik der Zugeständnisse an die Unternehmer, die die alte Gewerkschaftsführung gerade auch bei UPS betrieb. Gegen Ende der achtziger Jahre wurde bei UPS erstmals in der neueren Geschichte der Gewerkschaft ein Tarifvertrag, der massive Lohnzugeständnisse enthielt, von der Mehrheit der Mitglieder in einer Urabstimmung abgelehnt.

Aus den bis in die fünfziger Jahre zurückreichenden politischen Auseinandersetzungen um die Korruption in der Teamsterführung erklärt sich auch die in dem folgenden Bericht ausführlich geschilderte Konfrontation der heutigen Gewerkschaftsführung um Carey mit der »alten Garde«. Ihr Aushängeschild ist heute Jimmy Hoffa Jr., Sohn des wegen seiner skrupellosen Methoden aber auch seiner Verhandlungserfolge legendären IBT-Vorsitzenden der fünfziger und sechziger Jahre. Die von Junior Hoffa mit einer abermaligen Mobilisierung des innergewerkschaftlichen Mobs geführte Wahlkampagne um den Gewerkschaftsvorsitz im letzten Herbst konnte Carey nur mit einer knappen Mehrheit von etwa 51% der Stimmen gewinnen. Die Finanzen und die Wahlverfahren der Gewerkschaft wurden vor einigen Jahren auf gerichtlichen Beschluß der Aufsicht der US-Bundesregierung unterstellt. Die von der Regierung eingesetzte Treuhänderin ist auf Betreiben der Hoffa-Kräfte derzeit auch damit befaßt, die Gültigkeit der Wahlen des letzten Herbstes zu überprüfen.

Das entscheidende Element des Kampfes um die Demokratisierung und Reform der Gewerkschaft besteht aber darin, daß er von einer breiten Strömung klassenbewußter

Gewerkschaftsmitglieder getragen wird. Im Unterschied zu vielen anderen gewerkschaftlichen Reformgruppen in den USA ging die Opposition bei den Teamsters nicht aus Spaltungen innerhalb des Gewerkschaftsapparates hervor, sondern entstand als eine Organisation der Gewerkschaftsbasis. Ihre Anfänge reichen in die siebziger Jahre zurück, Aktive aus politischen Organisationen der US-Linken hatten und haben an ihrem Aufbau einen wesentlichen Anteil. Das organisatorische Dach der innergewerkschaftlichen Opposition bildet die Organisation »Teamsters for a Democratic Union« (TDU). TDU hat ein Netz von Ortsgruppen in vielen wichtigen Städten der USA und verfügt über eine eigene Zeitung. TDU versteht sich als innergewerkschaftliche Fraktion mit dem gemeinsamen Ziel einer Demokratisierung der Gewerkschaft. Gegenüber den Arbeitgebern wird die Mitgliedschaft bei TDU allerdings nach wie vor geheim gehalten.

Das heutige Bündnis von reformorientierter Gewerkschaftsführung und oppositionellen Strömungen schafft eine auch für die USA ziemlich einzigartige innergewerkschaftliche Konstellation, auf der die Militanz der IBT in der Auseinandersetzung mit der Unternehmenseite beruht. Die Carey-Führung ist in ihrem Kampf gegen die »alte Garde« nach wie vor auf TDU angewiesen. TDU-Mitglieder stellen auch das Rückgrat der Streikmobilisierung, sie traten aber im Arbeitskampf nicht selbstständig auf. Die IBT – immerhin die größte Einzelgewerkschaft der USA – bildet damit zugleich den wichtigsten Kern klassenbewußter Strömungen in der US-Arbeiterbewegung. Die Politik der Teamsters unter Carey bildet den Kontrast zu jener »von oben« betriebenen Erneuerung der Gewerkschaft, für den der 1995 zum Präsidenten des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO gewählte John Sweeney steht (vgl. Arpo 3/1996).

Diese für hiesige Verhältnisse vielleicht nur schwer nachvollziehbaren Entwicklungen entsprechen den Traditionen und historischen Entstehungsbedingungen der US-Arbeiterbewegung. Gewerkschaften waren und sind in den USA die einzige längerfristig stabile Form der organisierten Vertretung von Klasseninteressen. Politische Organisationen und Parteien, die als verlängerter Arm oder Stellvertreter der Arbeiterbewegungen in Parlament und Staatsapparat agieren, gibt es bekanntlich in den USA kaum. Wie in der Vergangenheit so auch heute konzentrieren sich deshalb auch die Kampfbewegungen der Arbeiterschaft und die politischen Auseinandersetzungen zwischen sozialpartnerschaftlichen und klassenbewußten Strömungen auf die Gewerkschaften. Opposition unter den Lohnabhängigen gegen die Anpassung an Unternehmerangriffe und die Krisenpolitik der herrschenden Klassen drückt sich deshalb auch viel stärker in gewerkschaftlichen Reformströmungen aus, als das bei uns der Fall ist.

Diese politischen Unterschiede in den Traditionen und Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung gilt es zu beachten, wenn man nach den Lehren des UPS-Streiks und darüberhinaus den Auseinandersetzungen um einen klassenbewußteren Kurs in den US-Gewerkschaften fragt.

Mit der folgenden Analyse des UPS-Streiks von einem uns gut bekannten US-Kollegen wollen wir zu einer solchen Diskussion beitragen. Der Autor ist freier Journalist in der Region San Francisco und verfügt selbst über jahrzehntelange politische Erfahrungen als betrieblicher Gewerkschaftsaktivist und -organisator. Die Redaktion ■

Der UPS-Streik: Gewerkschaften gewinnen, wenn sie in die Offensive gehen

John Cortez, ein Lagerarbeiter in dem großen Terminal von United Parcel Service am Flughafen von Oakland, Kalifornien, hat die letzten fünf Jahre von demselben Teilzeitjob gelebt, den er bekam, als er jung und unverheiratet war. Er begann hier Päckchen zu verladen, nachdem er von seinen Mitschülern gehört hatte, was tausende von Schülern und Studenten jedes Jahr hören: wenn Du einen Job bei UPS an Land ziehst, arbeitest Du Teilzeit, verdienst einen Gewerkschaftslohn und bekommst Sozialleistungen.

Aber junge Leute werden älter. Sie heiraten und gründen Familien. Ihre Bedürfnisse ändern sich.

»Ich habe 26–28 Stunden pro Woche gearbeitet seit ich angefangen habe«, erklärt Cortez. »Ich habe eine Frau und zwei Kinder und es sind einfach nicht genug Stunden, um die Rechnungen zu bezahlen. Wir arbeiten beide, und wir benötigen immer noch Unterstützung vom Staat, um über die Runden zu kommen. Das wird jetzt einfach zu viel.«

Die Warteschlange für einen Vollzeitjob ist so lang, daß er vor dem Streik noch fünf weitere Jahre hätte warten können. Sein ältestes Kind wäre dann in der Mittelschule. Kein Wunder, daß Cortez bereit war, mit 'rauszugehen. »Ich kann nicht noch fünf Jahre warten. Es muß sich jetzt etwas ändern«, sagt er.

Im vergangenen Frühjahr hatten sich die Strategen der Teamster-Gewerkschaft und die Mitglieder der UPS-Tarifkommission die Situation von TeilzeitarbeiterInnen wie Cortez genauer angesehen. Angesichts einer sich abzeichnenden größeren Konfrontation mit UPS setzten sie darauf, daß das Thema Teilzeitarbeit einen großen Widerhall in der Öffentlichkeit finden würde. Mehr noch: da es so viele Gewerkschaftsmitglieder bei UPS betraf und ein drückendes Problem für die Betroffenen bildete, würde es die Gewerkschaft zusammenschweißen und die Mitglieder an den »picket lines« halten.

Diese Überlegungen sollten sich als ein Meisterstück strategischer Planung erweisen – gut genug jedenfalls, daß die Gewerkschaft nach 15 Tagen Streik fast alle Forderungen durchsetzen konnte, die sie über Monate vorher sorgfältig ausgearbeitet hatte.

In fast alle wichtigen Streiks der letzten zwei Jahrzehnte sind die Gewerkschaften von der Unternehmenseite mehr oder weniger gegen ihren Willen hineingetrieben worden. Das waren Abwehrkämpfe, die von den Unternehmen oftmals über Monate oder sogar Jahre im Voraus geplant worden waren. Im aktuellen Fall des Zeitungsstreiks in Detroit zum Beispiel ging das Unternehmen direkt zur Polizei von Sterling Heights, dem Stadtteil, wo sich seine Druckbetriebe befinden. Die Unternehmensleitung versprach, der Polizei sämtliche Überstunden zu bezahlen, die für den Schutz von Streikbrechern anfielen. Im Gegensatz dazu gab es bei den Gewerkschaften überhaupt keine Planungen. Stattdessen hofften sie, der Streik könne vermieden werden. Solche Szenarien haben wieder und wieder dazu geführt, daß die Unternehmen alle Karten in der Hand halten.

Der bedeutendste Unterschied des UPS-Streiks zu den meisten Arbeitskämpfen der letzten Jahre bestand vor diesem Hintergrund darin, daß der Streik offensiv geführt wurde, und nicht defensiv. Es war ein Kampf, auf den die

Gewerkschaft vorbereitet war, der um Fragen ging, die die Gewerkschaft definierte, und der zum überwiegenden Maße auf der Eigenaktivität der Gewerkschaftsmitglieder beruhte.

In einer Zeit, in der Gewerkschaften aus guten Gründen fürchten, daß Arbeitskämpfe zur Entlassung der Mitglieder und zur Zerstörung der Gewerkschaft führen, hat der Kampf bei UPS gezeigt, daß Streiks erfolgreich sein können. Immer noch sind sie die wichtigste Waffe der Arbeiter, ihre Interessen auch gegen riesige Konzerne durchzusetzen.

Die erste Auslieferung...

Der Tarifabschluß im einzelnen

Der Tarifabschluß brachte bedeutende Fortschritte in der zentralen Frage der Auseinandersetzung – der Schaffung von Vollzeitarbeitsplätzen für Teilzeitkräfte. Etwa 57% der 185.000 von den Teamsters vertretenen Arbeiter bei UPS arbeiten Teilzeit – in vielen Terminals sogar zwei Drittel oder drei Viertel der Beschäftigten. 80% der Neueinstellungen der letzten Jahre entfallen auf Teilzeitkräfte.

Zu Beginn des Streiks hatte die Unternehmenseite angeboten, 10.000 Teilzeitbeschäftigte in Vollzeitstellen zu befördern, die durch Kündigungen oder Verrentungen frei werden. Aber es sollten nur 1.000 neue Vollzeitjobs geschaffen werden. Nach dem endgültigen Abschluß sollen nunmehr 10.000 neue Vollzeitjobs im Laufe der nächsten fünf Jahre entstehen. Das Unternehmen willigte auch ein, fünf von sechs freiwerdenden Vollzeitstellen mit UPS-TeilzeitarbeiterInnen zu besetzen; der bislang geltende Tarifvertrag hatte nur eine Quote von vier von fünf vorgesehen.

UPS hatte anfangs Zugeständnisse verlangt, die die Lage der Teilzeitbeschäftigten noch verschlechtert hätten. Das Unternehmen wollte die Jobs der Fahrer der Überland-LKW, die zwischen den Terminals verkehren, an Fremdfirmen vergeben. Für die Zusteller, die in den allbekanntesten braunen Lieferwagen fahren, sind diese Jobs eine begehrte Aufstiegsmöglichkeit, sie werden von den Arbeitern mit der längsten Beschäftigungsdauer gehalten. Wenn die Überlandfahrer-

Jobs fremdvergeben werden, können die Zusteller nicht in sie überwechseln, so daß auch die Teilzeitkräfte in den Sortierstationen nicht in die Zustellerpositionen aufsteigen können.

Die Gewerkschaft konnte diese Forderung des Unternehmens abwehren. Der Tarifabschluß sieht vor, daß Fremdfirmen nur mit Zustimmung der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe eingesetzt werden können. UPS-Fahrer können sich sogar um die Durchführung einiger bereits fremdvergebener Arbeiten bewerben.

Der wirtschaftliche Druck, dem Familien wie die von John Cortez ausgesetzt sind, entsteht nicht nur durch die zu kurzen Arbeitszeiten, sondern auch durch die Lohnunterschiede zwischen den Teilzeitkräften, die im Durchschnitt etwa 11 \$ pro Stunde verdienen, und den Vollzeitkräften mit einem Stundenlohn von über 20 \$. Dieser Druck erzeugt eine enorme Fluktuation in den UPS-Betrieben. 1996 stellte die Firma 182.000 Teilzeitkräfte ein. Am Ende des Jahres waren davon nur 40.000 verblieben.

Die Verringerung dieses Lohnunterschiedes war ein wichtiges Ziel der Gewerkschaft. Während der Anfangslohn der Teilzeitkräfte nur von 8,00 \$ auf 8,50 \$ erhöht wurde, werden die Teilzeitkräfte über die fünfjährige Laufzeit des Tarifvertrages Lohnerhöhungen von insgesamt 4,10 \$ bekommen. Das entspricht einer jährlichen Anhebung von etwa 7%. Der durchschnittliche Teilzeit-Stundenlohn wird so von etwa 11 \$ auf 14,10 \$ steigen.

Die 10.000 neuen Vollzeitstellen werden durch die Zusammenfassung von Jobs geschaffen, die bislang Teilzeittätigkeiten sind, vor allem die Paketverladung in den Terminals und die Auslieferung von Luft-Expresspaketen. Einige Teilzeitkräfte arbeiten heute bereits in beiden Bereichen, aber indem sie zwei Jobs hintereinander versehen – zum Teilzeitlohn. Die neuen kombinierten Stellen werden einen Anfangslohn von 15 \$ haben, der sich über die nächsten fünf Jahre auf 17,50 \$ erhöht. Ein Arbeiter, der von einem Teilzeitjob mit gegenwärtig 11 \$ Stundenlohn und 25 Wochenstunden (Wochenlohn 275 \$) in einen Vollzeitjob mit 15 \$ Stundenlohn (Wochenlohn 600 \$) wechselt, würde sein wöchentliches Einkommen mehr als verdoppeln.

Die derzeit vollbeschäftigten Kräfte erhalten Lohnerhöhungen von 3,10 \$ über fünf Jahre bis zu einem Höchststundenlohn von 23,11 \$, ein Anstieg von etwa 3 % jährlich. Dies ist eine ganz traditionelle Verhandlungsstrategie, die darauf abzielt, das untere Ende anzuheben. Sie richtet sich gegen den allgemein herrschenden Trend der letzten Jahre: die Unternehmen haben sogenannte Zwei-Drittel-Löhne (d.h. niedrige Einstiegsgehälter, Anm. d. Red.) eingeführt, damit das Ende der Lohnskala abgesenkt und zugleich Druck auf die höheren Lohngruppen erzeugt.

Vollbeschäftigte Arbeitskräfte mit langer Betriebszugehörigkeit haben dafür etwas erlangt, was mindestens ebenso wichtig wie eine Lohnerhöhung ist, nämlich eine erhebliche Steigerung der Einzahlungen des Unternehmens in die betriebliche Rentenkasse, die in der Hand der Gewerkschaft verbleibt. Zu Beginn des Streiks hatte UPS verlangt, einen eigenen Rentenfonds unter Kontrolle des Unternehmens einzurichten und die branchenweite von der Gewerkschaft beaufsichtigte Pensionskasse des Transportgewerbes verlassen zu dürfen. Dies hätte die Gefahr erheblicher Verschlechterung der laufenden Betriebsrenten beinhaltet und auch die Renten in anderen Unternehmen gefährdet, die aus

diesem Fonds finanziert werden¹. Die Teamster-Mitglieder bei UPS glaubten den Verheißungen der Unternehmensleitungen nicht, auch wenn diese anbot, höhere Renten zu zahlen.

UPS hat immer im Ruf gestanden, gefährliche Arbeitsbedingungen zu haben. Carolyn Robinson, Mitglied des Local 315² in Martinez, Kalifornien, und Vorsitzende des nationalen Arbeitssicherheitskomitees von UPS und Teamstergewerkschaft, beschreibt die vielen aufgrund von Überarbeitung geschehenen Arbeitsunfälle: »In Phoenix, Arizona, gerieten zwei Teilzeitkräfte mit den Beinen in ein Förderband«, sagt sie. Ein Notschalter wurde von UPS erst nach dem Unfall installiert. In Long Island, New York, wurde einer jungen Frau an einem Förderband ein Finger abgerissen, und niemand stand am Notschalter, um das Band anzuhalten. In Oakland, Kalifornien, verlor ein junger Mann am Band seine Hand. »'Kleine Nobodies' ist die Bezeichnung, die ein Verhandlungsführer von UPS im Westen gebrauchte, um diese Arbeiter zu beschreiben«, sagt sie.

Nachdem der letzte Tarifvertrag unterzeichnet war, verlangte UPS von den ArbeiterInnen Pakete bis zu 150 Pfund (ca. 70 kg, Red.) zu heben, anstatt des bisher geltenden Höchstgewichtes von 70 Pfund. Der jetzige Tarifvertrag schreibt fest, daß über jede Veränderung dieser Gewichtsgrenzen nunmehr mit der Gewerkschaft zu verhandeln ist, eine Forderung, die das Unternehmen vor dem Streik strikt abgelehnt hatte.

Alles in allem war der Tarifabschluß also ein ziemlich vollständiger Erfolg, auch wenn die Gewerkschaft einer fünfjährigen Laufzeit des Tarifvertrages zustimmen mußte, anstelle der üblichen drei Jahre.

Streikvorbereitung und Streikführung

Die Streikvorbereitungen der Gewerkschaft beinhalteten weit mehr als die Festlegung der Streikziele. Unter der reformierten Gewerkschaftsführung mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden Ron Carey an der Spitze wählten die Mitglieder ein Verhandlungskomitee, das für die Ausarbeitung des Verhandlungsprogramms zuständig war. Infosendung über Infosendung wurde den Mitgliedern direkt nach Hause geschickt. Sie erklärten schon lange vor dem Streik die Tarifforderungen und forderten zur aktiven Teilnahme an Aktionen auf, die Druck auf das Unternehmen erzeugen sollten.

Als der Streik begann, wußte der übergroße Teil der Gewerkschaftsmitglieder, wofür gekämpft wurde. Viele Mitglieder hatten bereits ihre persönlichen Vorbereitungen für den Arbeitskampf getroffen. An den Streikpostenkette war es keineswegs ungewöhnlich von Gewerkschaftsmitgliedern zu hören, sie hätten ihre persönlichen Ausgaben schon im

1 Dazu muß man wissen, daß in den USA die Rentenversicherung im wesentlichen auf der Betriebsrente beruht. Staatliche Rentenzahlungen sind in der Regel minimal. Das US-Rentenwesen wie auch das Krankenversicherungssystem der Nachkriegsära war darauf aufgebaut, daß die Gewerkschaften mit den großen Unternehmen umfangreiche Kataloge der Renten- und Krankenversicherungsleistungen vereinbarten. Die Zahlungen der Unternehmen wurden oftmals von der Gewerkschaft kontrolliert und in börsennotierten Investmentfonds angelegt. Der Straßengüterverkehr hat sogar ein branchenweites Pensionssystem, das die Gewerkschaft in den fünfziger und sechziger Jahren unter Führung ihres früheren Vorsitzenden Jimmy Hoffa erstritt. Die beträchtlichen Finanzmittel dieser Fonds waren auch die Hauptquelle jener Finanzschiebereien mit Mafiakreisen, für die Hoffa und der Apparat der Teamstergewerkschaft berühmt wurden.

2 Local = Ortsverwaltung und/oder Betriebsgruppe

Voraus eingeschränkt und größere Anschaffungen aufgeschoben. Ein wesentliches Ergebnis dessen war, daß – sogar nach Angaben des Unternehmens – nur etwa 4.000 bis 5.000 der etwa 185.000 beteiligten Beschäftigten die Streikposten mißachteten und zur Arbeit gingen.

Die Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder zur Schließung der UPS-Betriebe war die wesentliche Waffe, mit der der Streik gewonnen wurde. Spezialisten für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit halfen, öffentliche Unterstützung zu gewinnen. Sie fanden noch andere, indirekte Methoden, auf das Unternehmen Druck auszuüben. Aber diese Aktivitäten waren nur das Beiwerk zu den Aktionen der KollegInnen selbst. Es war ihr Verdienst, daß das Verkehrsaufkommen von 12 Millionen ausgelieferten Paketen pro Tag auf etwa eine Million gedrückt werden konnte. Dies kostete das Unternehmen Millionen und zwang es schließlich, einen Abschluß zu suchen.

UPS auf der anderen Seite war sehr schlecht vorbereitet. Einige Streikteilnehmer sagten, daß die Manager in ihren Terminals nicht geglaubt hatten, daß der Ausstand wirklich stattfinden würde. Als es dann los ging, versuchte das Unternehmen es mit drei Taktiken zur Verteidigung: Erstens Druck aus dem Unternehmerlager auf die Regierung Clinton mobilisieren; diese sollte nach dem sogenannten Taft-Hartley-Gesetz eingreifen und eine nationale Notstandssituation ausrufen. Zweitens versuchte UPS, die öffentliche Unterstützung für die Streikenden zu untergraben, indem vom Hauptthema der Auseinandersetzung, der Lage der Teilzeitbeschäftigten, abgelenkt wurde. Und schließlich drohte das Unternehmen mit Entlassungen und der Einstellung von Ersatzarbeitskräften, um die KollegInnen einzuschüchtern. Alle drei Taktiken scheiterten.

Die Rolle der Regierung

Eine Aussetzung des Streiks durch Präsident Clinton war in der Tat die größte Gefahr. Clinton hatte im Frühjahr die Piloten der Fluglinie American Airlines angewiesen, einen bevorstehenden Streik auszusetzen. Dasselbe tat er mit Beschäftigten der Eisenbahnlinie Amtrak nur wenige Tage nach dem Ende des UPS-Streiks. Diese Eingriffe widerspiegeln die Grundeinstellung der Regierung, nämlich Erhalt der »Kooperation« von Arbeitnehmern und Unternehmern um fast jeden Preis.

Mit den Teamsters hatte Clinton allerdings ein Problem. Gewerkschaftspräsident Carey ist alles andere als ein Freund der Regierung. Er und der Präsident der Hafenarbeitergewerkschaft der Westküste (ILWU), Brian McWilliams, stimmten im letzten Jahr im Exekutivrat des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO als einzige gegen eine Unterstützung der Kampagne zur Wiederwahl Clintons. Carey beschuldigte den Präsidenten, die Arbeiter mit dem Freihandelsabkommen NAFTA, mit seinem Sozialhilfegesetz und mit seiner unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik zu verraten. Auf dem Gewerkschaftstag der Teamsters kippte Carey eine Initiative der zuständigen Vorstandsabteilung der Gewerkschaft zur Unterstützung Clintons.

Clinton würde gerne im Jahre 2000 Vizepräsident Al Gore als seinen Nachfolgekandidaten von der Demokratischen Partei nominiert sehen, denn Gore ist ein Ko-Autor der Rechtswende der Partei, die beide mit Hilfe des konservativen Democratic Leadership Council (einer Vereinigung einflußreicher Vertreter der Partei-Rechten, Red.) betrieben

haben. Gore ist allerdings wegen der Wirtschaftspolitik der Regierung bei vielen Gewerkschaften sehr unbeliebt. Die Teamsters und andere Industriegewerkschaften favorisieren den Kongreßabgeordneten Richard Gephardt, einen vehementen Kritiker des Freihandelsabkommens NAFTA. Hätte Clinton das

POLIZEI GEHT GEGEN STREIKENDEN ARBEITER VOR, DIE EINEN UPS-LKW AUFHALTEN WOLLEN



DIE BEREITSCHAFT VON VOLLZEITBESCHÄFTIGTEN, FÜR TEILZEITARBEITER ZU KÄMPFEN, WAR EINER DER SCHLÜSSEL ZUM SIEG

Taft-Hartley-Gesetz zu einer Intervention bei UPS benutzt – wo keinerlei Bedrohung des öffentlichen Wohls, sondern nur der Profite des Unternehmens bestand – hätte er die gewerkschaftliche Opposition gegen Gore bestärkt, was wahrscheinlich dessen Nominierung in Frage gestellt hätte.

Stattdessen beauftragte Clinton seine neue Arbeitsministerin Alexis Herman, die Parteien zu einer gütlichen Einigung zu drängen. Als UPS einknickte, verkündete sie die Einigung als einen Erfolg der Regierung. Die Verhandlungsführer der Teamsters hingegen betonten, daß nicht politisches Taktieren, sondern der breit getragene Streik zu einem Abschluß geführt hätte.

Der Streik und die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen bei den Teamsters

UPS versuchte die Auseinandersetzungen zwischen dem Reformlager um Carey und der »alten Garde« der Gewerkschaft hochzuspielen und erklärte, Carey hätte den Streik nur provoziert, um seine persönliche Position zu stärken. Offenbar setzte das Unternehmen darauf, daß sich erneut eine Situation ergeben würde, wie bei einem kleineren Arbeitskampf um Fragen der Arbeitssicherheit vor zwei Jahren. Orts- und Betriebsgruppen, die von Gegnern von Carey's Reformliste geführt wurden, hatten damals ihre Mitglieder bei UPS aufgefordert, den Streikaufruf der nationalen Gewerkschaft zu ignorieren.

Dieses Mal allerdings legten beide Seiten ihre politischen Auseinandersetzungen auf Eis. Chuck Mack, zweiter Mann der Liste von Carey's Gegner Jimmy Hoffa Jr. bei den äußerst knapp ausgefallenen Gewerkschaftswahlen im letzten Herbst, erklärte öffentlich, daß er mit Carey's Haltung in diesem Arbeitskampf »vollständig übereinstimme«. »Politik«, so Mack, »ist ein Luxus, wenn die Zukunft unserer Mitglieder auf dem Spiel steht.« Mack ist Vorsitzender des Local 70 der IBT in Oakland und des Bezirkrates Nr. 7 der Gewerkschaft für die San Francisco Bay Area.

Schien der Streik also Anlaß zu Hoffnungen auf einen langsamen Abbau der innergewerkschaftlichen Spannungen zu geben, so wurde dies durch die Entscheidung des Bundesbeauftragten für die Überwachung der Wahlen bei den Teamsters alsbald vom Tisch gefegt, die Wahlen des letzten Jahres wiederholen zu lassen. Barbara Zack Quindel, die Bundesbeauftragte, erklärte, Beweise zu haben, daß einige von Carey's Unterstützern im letzten Jahre daran beteiligt waren, der Gewerkschaft systematisch überhöhte Rechnungen für nie erbrachte Werbe- und PR-Dienstleistungen auszustellen und das Geld auf die Konten von Carey's Wahlkampagne umzuleiten. Bislang ist allerdings nur eine Person, ein bezahlter Werbeberater namens Marvin Davis, deswegen gerichtlich belangt worden.

Auf jeden Fall wird nun wahrscheinlich im Dezember eine erneute Abstimmung per Briefwahl stattfinden, bei der nicht nur der Gewerkschaftsvorsitzende, sondern der gesamte Vorstand zur Neuwahl steht. Eine Ausnahme machen hier nur jene Regionen des Mittleren Westens, in denen die Anhänger Hoffa's gewonnen hatten. Carey hatte die Wahl im letzten Winter mit einer knappen Mehrheit von 51,4% der Stimmen für sich entschieden. Obwohl der Streik seine Popularität gestärkt hat, ist der Ausgang der Wahl äußerst unsicher. Barbara Zack Quindel gab in der Presse persönlich zu, daß sie ihre Untersuchung, die die Annullierung der letzten Wahl begründet, zurückgehalten habe, während der Streik lief.

Einschüchterung und gewerkschaftliche Solidarität

Neben dem Druck auf die Regierung und der öffentlichen Zurschaustellung der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen bei den Teamsters versuchte UPS schließlich auch direkten Druck auf die Beschäftigten auszuüben. Bereits zu Beginn des Streiks erklärte die Unternehmensleitung, daß nach Ende des Arbeitskampfes in jedem Fall einige tausend Beschäftigte wegen der streikbedingten Verkehrsrückgänge entlassen würden. Das Management versuchte auch, Arbeiter, die mit dem Standpunkt des Unternehmens übereinstimmten, zu organisieren: in zwei Fällen

wurden – allerdings recht winzige – Kundgebungen veranstaltet, in denen zu einer Abstimmung über das letzte Angebot des Unternehmens aufgefordert wurde. Die Wirkung war zu vernachlässigen.

Als gegen Ende des Streiks der Druck auf das Unternehmen, zu einem Abschluß zu kommen, wuchs, wurde auch der Einsatz von Ersatarbeitskräften angekündigt. Dies hätte allerdings den totalen Krieg mit der Gewerkschaft und den streikenden Arbeitern bedeutet. Andere Unternehmen waren immer wieder bereit gewesen, dieses Risiko einzugehen. Diese Unternehmen hatten allerdings wohlvorbereitete Plannungen zur Zerschlagung der Gewerkschaft. Streikbrecher und Sicherheitsdienste wurden bereits vor Beginn eines Arbeitskampfes zusammengezogen, um die Streikaktivitäten gezielt zu zerstören und einen normalen Betriebsablauf aufrechtzuerhalten.

Bei UPS gab es nichts davon, als der Streik anfang. Natürlich hätte das Unternehmen sich in eine solche Richtung bewegen können. Aber der Streik kostete UPS bereits 60 Mio. \$ pro Woche. Ein großflächiger Einsatz von Ersatarbeitern für 185.000 Beschäftigte hätte diese Verluste noch um ein Vielfaches erhöht. Und: auch eine solche Taktik hätte nicht sichergestellt, daß das Unternehmen einen langwierigen Streik überlebte. Große Unternehmen wie die Fluglinien Eastern Airlines und Continental Airlines oder das Busunternehmen Greyhound sind in der Vergangenheit wegen der Kosten und Spannungen, die die Beschäftigung von Ersatarbeitskräften verursacht, zusammengebrochen und von der Bildfläche verschwunden.

Am Ende jedenfalls geriet UPS ins Wanken

Dazu trug sicherlich auch bei, daß der Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO, John Sweeney, die Einzelgewerkschaften gewann, mit Millionenbeiträgen die Zahlung der Streikgelder zu übernehmen, die die ausgezeherte Streikkasse der Teamsters nicht mehr hätte aufbringen können. Das Streikgeld von 55\$ pro Woche konnte zwar in keiner Weise die Lebenshaltungskosten der streikenden Gewerkschaftsmitglieder abdecken. Sweeney's Initiative hatte aber einen wichtigen moralischen Effekt. Sie demonstrierte dem Unternehmen, daß die Gewerkschaft nicht alleine stand und der Dachverband bereit war, den Streik so lange wie nötig zu unterstützen.

Zwischenbilanz

Der Streik wird eine tiefgreifende Wirkung auf die Arbeiter bei UPS haben. In den bekannten braunen Lieferwagen und den Paketterminals haben die Gewerkschaftsmitglieder ein neues Verständnis ihrer eigenen Kraft erlangt. Immerhin waren sie in der Lage, den größten privaten Zustelldienst des Landes für zwei Wochen dichtzumachen.

Die Arbeitgeber fürchten es, wenn die ArbeiterInnen die Erfahrung machen, die Produktion stoppen und wieder anlaufen lassen zu können. Es gibt den Beschäftigten das Selbstvertrauen und die Kraft, für weitere Veränderungen zu kämpfen. Kein Tarifvertrag bedeutet wirklich Arbeitsfrieden. Eine wache und aktive Mitgliederbasis bei UPS ist viel besser in der Lage, die täglichen Kämpfe für das Überleben und zur Schaffung einer humaneren Arbeitswelt zu führen.

Streiks und Organisierungskampagnen wecken die Menschen auf. Sie enthalten wichtige Lehren darüber, was Klassenmacht praktisch bedeutet. Sie steigern das Verlangen der



DIE GEWERKSCHAFTSSTELLE 206 IN PORTLAND GESTALTETE EINEN MILITÄR-LKW ZU EINEM UPS-LASTER UM. DER WAGEN WAR BEI DEN STREIKPOSTEN IM GANZEN WESTEN BELIEBT UND ERHIELT EINE GUTE PRESSE. DIE UPS-GESCHÄFTSLEITUNG WAR SEHR VERÄRGERT.



KÄMPFEN FÜR DIE ZUKUNFT. TEAMSTERS IN DER REGION MINNEAPOLIS ARBEITETEN AN DER VERJÜNGUNG DER ARBEITERBEWEGUNG, INDEM SIE DIE NÄCHSTE TEAMSTER-GENERATION IN DIE STREIKPOSTEN-AKTIVITÄTEN MIT EINBEZOGEN.

ArbeiterInnen nach sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit und helfen ihnen, Verbündete für die Verwirklichung dieses Ziels zu finden. Es ist allerdings keineswegs garantiert, daß die UPS-Beschäftigten zusammenkommen, ihre Erfahrungen diskutieren und ihr gesellschaftliches Bewußtsein schärfen. So etwas herzustellen erfordert praktische Anstrengungen.

Ob es dazu kommen wird, hängt von der Gewerkschaft ab. Eine politisch progressive Führung kann entscheidende Akzente bei der Erziehung der Mitglieder setzen. Sie kann eine radikale politische Vision unterstützen, die über die unmittelbaren mit dem Streik erreichten Ziele hinausgeht.

Eine aktive und aufmerksame Basis schafft eine stärkere Gewerkschaft, aber sie kann auch einer eingesessenen, den Traditionen des »business unionism«³⁾ verhafteten Führung bedrohlich werden. Der Kampf für Reformen in der Team-

³ Business unionism ist der allgemeine Begriff zur Kennzeichnung der sozialpartnerschaftlichen Praktiken der US-Gewerkschaften in der Nachkriegsära. Er hebt darauf ab, daß die Gewerkschaften sich als Stellvertreter verstehen, deren »Geschäft« es ist, am Verhandlungstisch für die Mitglieder möglichst günstige Löhne und Sozialleistungen herauszuholen.

stergewerkschaft wird durch den UPS-Streik begünstigt werden. Der Fortschritt bei der Demokratisierung der Gewerkschaft wird aber auch ausschlaggebend dafür sein, ob die Euphorie des Streiks sich in dauerhafte Erfolge umsetzen kann – also bei der Herausbildung neuer Führungskerne und der Erziehung und Organisierung der Mitglieder der Gewerkschaft.

Die Teamstergewerkschaft ist bereits mit Nachdruck dabei, andere Paketzustellunternehmen zu organisieren. Ihre Kampagne bei dem Frachtunternehmen Overnite Freight Co. hat bereits in vielen Frachtstationen zur Anerkennung der Gewerkschaft geführt. Zusammen mit der Automobilarbeitergewerkschaft führen die Teamsters in verschiedenen Bundesstaaten gemeinsame Organisierungskampagnen bei Federal Express. Alle diese Anstrengungen werden durch den Streik gestärkt, denn die Arbeiter können sehen, daß die Gewerkschaft die Kraft hat, die in der Branche vorherrschenden Bedingungen zu verändern. Die Gewerkschaft wird hoffentlich auch in der Lage sein, den Enthusiasmus der UPS Arbeiter in eine größere Beteiligung dieser Arbeiter an Organisierungskampagnen in anderen Betrieben umzumünzen.

Über das Transportgewerbe hinaus wird die große öffentliche Resonanz des Streiks dazu beitragen, bei den Millionen von Teilzeit-NiedriglohnarbeiterInnen im immer größer werdenden Bereich der gewerkschaftlich nicht organisierten Wirtschaftszweige Erwartungen zu wecken. Ihnen zeigte der Streik, daß es tatsächlich eine Gewerkschaftsbewegung gibt, die an ihrem Wohlergehen interessiert und gewillt ist, für mehr Stunden, bessere Jobs und höhere Bezahlung zu kämpfen. Nach mehr als vier Jahrzehnten des »business unionism«, der stets die Belange der ganz unten stehenden Arbeiter ignorierte, ist dies eine wirklich neue Erfahrung.

Die Gewerkschaften, die nur noch 14% der Lohnabhängigen vertreten, müssen neue Mitglieder organisieren, um zu überleben und ihre politische und ökonomische Stärke zurückzugewinnen. Um nur den gleichen Anteil von gewerkschaftlich Organisierten an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer zu erhalten, müssen die Gewerkschaften jedes Jahr 400.000 neue Mitglieder organisieren. Um diesen Anteil um einen Prozentpunkt anzuheben, müssen sie zwischen 800.000 und 1 Million ArbeiterInnen gewinnen.

»Wir werden niemals genug professionelle OrganisatorInnen haben, um Arbeiter in einer Größenordnung zu organisieren, die wir brauchen«, warnt der AFL-CIO-Direktor für Organisationsfragen, Richard Bensinger. »Und wenn man sich die Geschichte ansieht, dann war dies nicht die Art, wie die Arbeiterbewegung entstand. Natürlich brauchen wir mehr Hauptamtliche, und die Gewerkschaften müssen mehr OrganisatorInnen einstellen. Aber wenn die Mitglieder den Kampf nicht zu ihrer eigenen Sache machen, wird er keinen Erfolg haben.«

In den Zeiten, als die Arbeiterbewegung Millionen organisierte, tat sie dies als eine soziale Bewegung. Sie trat militant für die Belange aller Arbeiter ein und verfocht eine Vision sozialer Gerechtigkeit, die Millionen von Menschen anzog. Im Ergebnis machten die ArbeiterInnen an der Basis mit und organisierten sich selbst.

Wegen der Forderungen, für die gekämpft wurde, ist der UPS-Streik ein wichtiger Schritt zur Gewinnung der Unterstützung der unorganisierten ArbeiterInnen. Er ist ein entscheidender Schritt für das Überleben der Gewerkschaftsbewegung.

eigene Übersetzung ■

Im Dezember 1996 stand in der »Arbeiterpolitik« (S.2) ein kurzer Artikel zum Streik der NGG. Im Schlußabsatz hieß es unter anderem: »Der gemeinsame Widerstand kann helfen, die gewerkschaftliche Krise zu überwinden. Nur von unten kann die Erneuerung kommen.« An dieser Formulierung entzündete sich in den letzten Monaten eine Diskussion über

die Krise der DGB-Gewerkschaften und die Rolle klassenbewußter Kräfte dabei, die grundsätzliche Fragen aufwirft. Wir dokumentieren hier den ersten schriftlichen Beitrag dazu sowie zwei Antworten darauf. Weitere Diskussionsbeiträge sind erwünscht und werden in der nächsten Arbeiterpolitik im Dezember veröffentlicht. Red. ■

DORTMUND

Kritik eingefahrener Gewerkschaftsvorstellungen

Die Auseinandersetzungen bei Kohle und Stahl bieten eine gute Gelegenheit, sich erneut über unsere eigene politische und organisatorische Perspektive Gedanken zu machen. Die Veränderungen infolge der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verwerfungen seit Ende der achtziger Jahre haben zwar die bis dahin bestehenden Vorstellungen dessen, was wir unter kommunistischer Politik verstehen, keineswegs in ihren Grundlagen erschüttert, aber veränderte Zeitläufte bedingen bekanntlich das Überdenken mancher taktischer Verhaltensweisen.

Selbstredend nicht im Sinne einer Anpassung an die herrschenden Zustände, sondern umgekehrt im Sinne einer Bestärkung unserer Grundsätze. Denn die Widersprüche der hiesigen Gesellschaftsordnung treten seither immer deutlicher hervor. Was das konkret für unsere Aufgaben bedeutet und wie wir diese gegenwärtig zu bewerkstelligen haben, darüber gibt es unter uns jedoch noch keine Klarheit. Die Konfusion wird vervielfacht, weil der Ablauf und die bisherigen Ergebnisse der seither vollzogenen objektiven Veränderungen aktuell eine sehr differenzierte Bestimmung der eigenen Position notwendig machen.

Einerseits können wir zwar festhalten, angesichts des Wegfalls des Blockgegensatzes und der Zuspitzung der weltwirtschaftlichen Konkurrenz sind in Deutschland die Zeiten der alten Sozialpartnerschaft vorbei, das heißt natürlich nur: ihrer wesentlichen bisherigen Formen. Andererseits ist noch nicht klar, wie weit die von den deutschen Unternehmern und dem hiesigen Staat vorangetriebenen Veränderungen wirklich gehen werden.

Ohne Frage kann man manches Mal den Eindruck gewinnen, sie wollten ohne Wenn und Aber dem häufig mit dem Schlagwort »Neoliberalismus« belegten Vorbild der USA oder Großbritanniens folgen. Sehr häufig (das haben gerade die Bergbau- und Stahlkonflikte wieder einmal gezeigt) beweisen sie aber dennoch eine Kompromißfähigkeit, die auch von uns kaum noch einer von ihnen erwartet hätte. Aus all dem ergibt sich für unsere Politik: Prinzipiell müssen wir unsere politische Herangehensweise verändern. Denn sicherlich gibt es zum Beispiel vergleichsweise mehr Anknüpfungspunkte für die Artikulation unserer grundsätzlichen politischen Vorstellungen. Das heißt freilich nicht, es gäbe zur Zeit bereits einen Grund, das, was der ARPO von anderen Linken als »Vorsicht«, »Behutsamkeit«, »Zögerlichkeit« oder »reines Beobachten« vorgeworfen wird, in entscheidendem Maße aufzugeben, weil die Orientierung an den realen Verhältnissen sich, verglichen mit den Illusionen und den übersteigerten, euphorischen, Erwartungen dieser anderen Linken, bewährt hat. Solch eine Haltung in dieser »Übergangszeit« zu betonen, ist umso notwendiger, weil die

objektiven Veränderungen bisher noch nicht so weitgehend sind, daß sich das Bewußtsein der deutschen Arbeiter schon tiefgreifend verändert hätte. Immerhin sind sie aber so umfassend, daß allerspätestens jetzt die traditionelle Anlehnung an die Arbeit von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären, von der ja lange Zeit auch die Aktivität vieler Gruppenmitglieder in nicht geringem Maße bestimmt war, nachhaltig in Frage gestellt werden muß. Diese Haltung hatte möglicherweise so lange eine gewisse Berechtigung (darüber ließe sich allerdings auch streiten), wie sich auch Kommunisten nur im Rahmen einer rein-ökonomischen Interessenvertretung bewegen konnten. Unter den heutigen Bedingungen wirkt sie aber nur noch kontraproduktiv. In der Praxis spielt diese Betriebsrats- und Gewerkschaftstätigkeit für die meisten von uns zwar sowieso nicht mehr die Rolle, die ihr traditionell zufiel.

Denn insbesondere weil die Veränderungen seit Ende der achtziger Jahre endgültig dazu führten, daß es Hauptaufgabe der deutschen Gewerkschaften geworden ist, nur noch den Abbau sozialverträglich zu gestalten, wurde eben deswegen als Nebeneffekt dieses Umbruches vielen Linken und Kommunisten die Grenzen ihrer bisherigen Handlungsweise deutlich gemacht. Vorher war es auch für einen »reformistischen« Betriebsrat recht leicht, sich als »radikalen Kämpfer« zu verstehen, wenn er nur etwas mehr als der Apparat forderte. In dem Maße, wie offensichtlich wurde, daß der rein-ökonomische Kampf geradezu zur Anpassung an dieses System führte, wurde offenkundig, wie wenig eben solche Gewerkschafter oftmals darauf vorbereitet waren, nun eine andere, eine politische Perspektive aufzuweisen. Gleichwohl taucht die alte Anlehnung an die Betriebsräte und die Gewerkschaften in veränderter Form in unserer Gruppe neu auf: Statt sich vornehmlich an einer politischen Perspektive auszurichten, passiert es gerade in dieser Phase, wo wir die Notwendigkeit sehen, unsere politischen Vorstellungen aktiver nach außen zu tragen, immer wieder, daß wir allein deshalb auf Betriebsräte und Gewerkschaften orientieren, weil diese eben faktisch häufig die einzigen zu sein scheinen, welche den Durchschnittskollegen organisieren und sie in die Auseinandersetzung führen. Diese Konsequenz ist selbstredend aller Wahrscheinlichkeit nach von den meisten von uns ungewollt, aber tatsächlich führt im Augenblick gerade die Notwendigkeit, politische Orientierung geben zu müssen, in der Praxis also nicht selten doch wieder zu einer Annäherung an gewerkschaftliche Funktionen. Der Bergbau- und der Stahlkonflikt zeigten erneut in aller Deutlichkeit, wie notwendig es ist, sich davor zu hüten.

Die heutigen bundesdeutschen Gewerkschaften sind das Ergebnis eines Prozesses, an dessen Anfang – im Kaiserreich – sie Kampforganisationen waren, welche zumindest prinzi-

piell den Anspruch hatten, zur revolutionären Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft beitragen zu wollen. Selbst wenn der ADGB ehemals einen Sozialismus anstrebte, der nach 1917 sogar ausdrücklich vom Kommunismus abgegrenzt wurde, sah er auch noch zu Weimarer Zeiten doch seine Perspektive in einer Gesellschaft, die, zumindest langfristig gesehen, jenseits der kapitalistischen anzusiedeln war.

In der Weimarer Republik und noch in den fünfziger Jahren, zum Teil auch noch in den sechziger Jahren, waren die deutschen Gewerkschaften – mit Einschränkungen – sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften, die zumindest eine reformerische Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft anstrebten. Wirtschaftswunder, Blüte des bundesrepublikanischen Kapitalismus und die unter dem Vorzeichen des Blockgegensatzes herausgeholt vielen Vorteile für die Beschäftigten hatten jedoch zum Resultat, daß auch diese spezifische politische Orientierung zwar nicht völlig verlorenging, aber dennoch verblaßte. Heute hat man oft schon den Eindruck, für die allermeisten Gewerkschaftsfunktionäre sei bereits das Wort »Reform« ein marxistischer Kampfbegriff. Die Gewerkschaften wurden zu weitgehend technokratischen Organisationen, die sich inzwischen (fast) allein an den Besonderheiten und »Sachzwängen« des jeweiligen Industriezweiges bzw. des Standortes Deutschland orientierten. Die ökonomischen Komplikationen wiederum, die sich nach der Beendigung der Nachkriegskonjunktur ergaben, brachten dann dieses Gewerkschaftsmodell ab Ende der siebziger Jahre in immer größere Turbulenzen. War es ehemals auch solchen rein-technokratischen Gewerkschaften noch möglich, offensiv etwas rauszuholen, so wurde das nun immer schwerer. Die DGB-Gewerkschaften lassen sich also nicht mehr mit den Gewerkschaften im Kaiserreich, ja nicht einmal mit denen der Weimarer Republik, vergleichen. Sie mit dem gleichen Maßstab zu messen, ist nur noch unter ganz spezifischem Gesichtswinkel überhaupt sinnvoll, weil das politische, ökonomische und soziale Umfeld sich grundlegend verändert hat. Arbeiterorganisationen sind das zum Beispiel nur noch insofern, weil sich viele Arbeiter in ihnen organisieren. Damals war es für Gewerkschaftsfunktionäre ganz klar, sich in erster Linie als Teil der Arbeiterklasse zu definieren. Selbst wenn sie in Kommunalbetriebe oder solchen der »Gemeinwirtschaft« überwechselten, war ihr Bezugspunkt die Arbeiterklasse, aus der sie stammten, weil ganz klar war, wirklich »überwechseln zur »anderen Seite« konnten sie nicht. Heute kommt ein nicht sehr kleiner Teil der bezahlten Gewerkschaftsfunktionäre nicht einmal mehr aus der Arbeiterschaft, hat also einen sozialen Hintergrund, der es ihnen ohne weiteres ermöglichen würde, auch auf der anderen Seite tätig zu sein. Bei den vielen, die immerhin ursprünglich noch aus dem Betrieb gekommen sind, müssen wir sehen, daß sie häufig schon während ihrer Lehrzeit mit der Arbeit in der Jugendvertretung ihren Ausstieg aus dem Arbeiterleben und ihren Aufstieg im Apparat beginnen. Entscheidender jedoch ist es, daß sich ihr gesamtes soziales Umfeld so sehr verändert hat, daß der Begriff »Arbeiterklasse« fast nur noch für Kommunisten eine Bedeutung hat. Das Gerede von der Mittelstandsgesellschaft bedeutet in diesem Zusammenhang, daß ein solcher Gewerkschaftsfunktionär einen Aufstieg innerhalb dieser Gesellschaft und damit den harmonischen Interessenausgleich prinzipiell für möglich hält – anders als der ADGB-Funktionär, der nur so handelte, weil er es für »taktisch« angebracht hielt. Als Inter-

essenvertreter von Arbeitnehmerinteressen begreifen sich diese Gewerkschaftsfunktionäre zwar durchaus. Diese zu vertreten, ist ihnen ein Anliegen, welches sie auch gegenüber dem Druck von Unternehmern und Regierung wahrnehmen. Interessenvertretung ihrerseits heißt häufig genug gleichwohl nichts anderes als »Co-Management«. Weil sie die objektive Lage der Arbeiter nicht als eine begreifen, die notwendigerweise prinzipiell im Gegensatz zum herrschenden Wirtschaftssystem steht, gibt es für sie nicht nur keine Verantwortung, die Grenzen dieses Systems in Frage zu stellen, sondern dieses erscheint ihnen als verteidigungswert, weil es ja »ihre« Interessen immerhin berücksichtigt. Besonders interessant war es da in diesem Zusammenhang, das aktuelle Verhalten der IG Bergbau zu beobachten. Eine Gewerkschaft, die von vornherein die Hälfte aller Arbeitsplätze opfert; eine Gewerkschaft, die alles ihr mögliche tut, damit es ausgerechnet dort, wo die Entscheidungen über die Zukunft der Bergleute gefällt werden, nicht zu einer Demonstration der eigenen Stärke kommt. Gibt es ein jämmerlicheres Bild als ein Hans Berger, der an dem Dienstag, als Kohl die Bergbaugespräche zunächst absagte, ausgerechnet von Oskar Lafontaine vor dem Zorn seiner Kollegen gerettet werden mußte. Natürlich wird wohl kaum einer ernsthaft etwas anderes von Hans Berger und seinen Getreuen in den Zechen-Betriebsräten erwartet haben. Insofern könnten wir zur Tagesordnung übergehen. Scheinbar hat sich nur wieder einmal das Bild von der »rechten« IGBE bestätigt.

Das Problem ist, das Auftreten der IGBE ist (zumindest im Kern) typisch für die deutschen Gewerkschaften. Prinzipiell unterscheiden sich da die DGB-Gewerkschaften in ihrem Auftreten nicht. Das Verhalten der IGM in der Frage der Lohnfortzahlung, wo faktisch durchgängig ein Modus akzeptiert wurde, der hinter der Hundert-Prozent-Forderung zurückfiel, entspricht genau diesem Verhalten der IGBE. Ähnlich ist die Bereitschaft der IGM zu bewerten, trotz des vielen Geschreis die Flächentarifverträge aufzuweichen, damit sie überhaupt noch über etwas verhandeln kann. Sie alle eint, daß sie nur die von der Wirtschaft vorgegebenen Sachzwänge ausfüllen wollen, aber kaum noch bereit sind, selbst auf simpler reformerischer Ebene die Entwicklung in Frage zu stellen. Das äußerste, was sie sich an Politik vorstellen können, ist: *»Beim nächsten Mal müssen wir das Kreuzchen an der richtigen Stelle machen.«*

Bezeichnend für den Charakter der heutigen Gewerkschaften ist der Streit zwischen der Chemie- und der Metallgewerkschaft um drei Agfa-Werke, in denen fotomechanische Geräte hergestellt werden. 1990 hatte der Bayer-Konzern darauf bestanden, daß in diesen Werken der billigere Chemietarifvertrag angewandt wurde, wogegen die IG Metall bis hin zum Bundesarbeitsgericht erfolgreich geklagt hatte. Hiergegen wiederum will nun die IG Chemie beim Bundesverfassungsgericht klagen. Begründung: Es würde die Koalitionsfreiheit verletzt, sie könne »organisieren, wen sie wolle«. Die beiden Gewerkschaften streiten sich also nicht darum, wie lassen sich die Interessen der Beschäftigten vertreten, sondern nur darum, wer welchen Betrieb organisieren darf, wer bei sich mehr zahlende Mitglieder verbuchen kann. Zugegebenermaßen unterscheiden sich die hiesigen Gewerkschaften dennoch von den »Gelben Gewerkschaften«. Jene verdanken ihre Existenz einzig und allein der Initiative der Unternehmen, sie müssen politisch deshalb um fast jeden Preis auf das kapitalistische System orientieren, denn das ist

ihr Brötchengeber. Die DGB-Gewerkschaften haben zwar auch keinen Grund, dieses System in Frage zu stellen, aber weil sie immerhin Organisationen sind, die ihre Basis bei den »Arbeitnehmern« haben, müssen sie von Zeit zu Zeit aktiv werden, weil sie sonst keine Funktion hätten und deshalb alsbald Konkurs anmelden müßten. Das ist das Pfund, mit dem sie wuchern: In den langen Wirtschaftswunderzeiten war solch eine Art von Gewerkschaft funktional. Die Basis konnte nicht klagen. Die so erzielten »Erfolge« und das völlige Fehlen einer andersartigen Tradition, sorgen bis heute dafür, daß Vorstellungen und Handlungen von der Basis in den Betrieben und dem Funktionärskörper prinzipiell identisch sind. Erst jetzt, wo dieses Modell an seine vom Kapital gesetzten Grenzen stößt, treten nach und nach erste Risse zwischen den Stellvertretern und den Vertretenen auf. Dennoch ist die Vorstellung so mancher Gewerkschaftslinker, wenn man sich nur lang und entschieden genug engagierte, wenn nur die Basis aktiv genug wäre, dann könnte man das, was sich hierzulande Gewerkschaften nennt, von Grund auf verändern, absurd. Deren Hoffnung, man könne diese Gewerkschaften erobern und sie wieder zu Kampfinstrumenten machen, sie zumindest ein Stück weit von unten her erneuern, ist bereits im Ansatz verfehlt. Es wird völlig außer Acht gelassen, daß sich im Laufe der hier aufgezeigten Entwicklung ein Apparat herausgebildet hat, der ein ganz spezifisches politisches Interesse hat, welches er im Zweifelsfall auch gegen eine meuternde Basis durchzusetzen versuchen würde. Sollte also irgendwann in Zukunft mal eine Situation eintreten, welche die Sessel der Technokraten in den DGB-Gewerkschaften in Gefahr brächte, dürfen wir als wahrscheinlich unterstellen, daß jene dann eher die Organisation spalten würden, als sich ausgerechnet in einer politisch zugespitzten Situation einer Meinung zu beugen, welche sie in ihrem ganzen politischen Leben als »falsch« zurückgewiesen haben. Nun könnte man vielleicht meinen, selbst wenn man nicht die ganze Organisation erobern kann, könnte es doch wenigstens eine erstrebenswerte Perspektive sein, wenn dann durch die entsprechenden Bemühungen wenigstens die Hälfte oder auch nur ein Viertel der Organisation kämpft. Nur zeigt bisher alle Erfahrung, daß es ein Mißverhältnis zwischen solchen Hoffnungen und den tatsächlichen Ergebnissen solcher Bemühungen gibt: Natürlich kennt jeder von uns genügend Beispiele dieser alten, in Ehren ergrauten Linken, die standhaft seit Jahrzehnten unerschütterlich gegen alle Anfeindungen aber auch Verlockungen des gewerkschaftlichen Apparates und der kapitalistischen Gesellschaft ankämpfen. Leider ist die Zahl der anderen, die das nicht durchgehalten haben, viel größer. Tatsächlich nämlich versumpfen zu viele von denjenigen, die sich auf diesen langen Weg aufgemacht haben: Entweder weil sie schließlich doch selbst zum Teil des Apparates werden oder weil sie wegen der kräftezehrenden Reibereien frustriert aufgeben und privatisieren. Zwar hat die Funktionärsschicht in den letzten Jahren so manchem Linken eine Reihe von Spielwiesen zugestanden, weil sie sahen, daß sie selbst immer weniger geregelt bekamen, wohingegen solche Linke immerhin irgendwelche Aktivitäten entfachten, welche sich in Rechenschaftsberichten ganz gut machten. Aber jedesmal, wenn sich daraus politische Initiativen ergaben, die den Vorstellungen der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschaftsfunktionäre prinzipiell widersprachen, sorgten sie alsbald mit ihrer unverwandt vorhandenen organisatorischen Macht

dafür, daß sich aus solchen Flämmchen kein Flächenbrand entwickelte. Am Ende mußten all diese Linken immer wieder die Erfahrung machen, daß sie sich zugunsten des Apparates abrackern konnten, aber deswegen politisch kein eigenes Bein auf die Erde brachten. Anders war das nur, wenn sie sich durch eigenständige, vom Apparat unabhängige, Aktivitäten in den Belegschaften eine politische Basis schufen. Bei ihren Bemühungen um eine eigenständige Basis werden sie aber gerade dadurch gehandikapt, daß sie sich auf den langen Weg durch die Institutionen des Apparates aufgemacht haben, weil sie dann nämlich unweigerlich von den Kollegen für die verfehlte Politik des Apparates mitverantwortlich gemacht werden. Für die Entfaltung derjenigen Aktivitäten, die notwendig sind, um eine grundlegende Veränderung dieser Gesellschaft herbeizuführen, ist die Arbeit als Gewerkschaftsfunktionär oder als Betriebsrat also nicht nur kein Vorteil, sondern nur ein Hindernis. Weil die Gefahren einer Strategie der Eroberung des Gewerkschaftsapparates von unten so viel größer sind als die wenigen Pluspunkte, welche diese eventuell bieten könnte, ist es politisch angemessen, sie von vornherein abzulehnen. Gerade die Beispiele der letzten Zeit zeigen doch, daß es nicht einfach nur naiv und illusorisch ist, durch Stellvertreterpolitik, irgend etwas »anstoßen« zu wollen, sondern daß damit das glatte Gegenteil von dem gemacht wird, was eigentlich notwendig ist: Statt zu helfen, daß die Vorstellung, irgendein Stellvertreter wird das für uns schon richten, in Frage gestellt wird; statt dafür zu sorgen, daß die Kollegen zu dem Schluß kommen, einzig und allein sie selbst können die Bevormundung von irgendwelchen Funktionären überwinden, erscheint ein »linker« Stellvertreter auf der Bühne. Genau weil das so ist, kann die einzige angemessene politische Konsequenz nur sein, sich erst gar nicht auf solche Pöstchen einzulassen. Nun könnte man meinen, das klingt sehr nach »Revolutionärer Gewerkschaftsopposition«, nach unpolitischem Sektierertum und wäre deshalb zu kritisieren. Im Gegenteil, es wäre prinzipiell unsere Aufgabe, auf eine »Einheitsfront« mit sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären zu setzen. Nur: In unserem veränderten historischen Kontext greifen eben die Begriffe »RGO« und »Einheitsfront«, so wie sie traditionell gemeint waren, überhaupt nicht mehr. Erstens haben die heutigen Sozialdemokraten mit denen von ehemals nur noch den Namen gemein. Zweitens hat heute selbst eine sehr harte Kritik an den Gewerkschaften einen anderen Stellenwert als zum Beispiel in den Weimarer Zeiten. Damals isolierte man sich durch die RGO-Politik automatisch vom Großteil der Arbeiterbewegung. Weil es eine solche dieser Tage praktisch nicht mehr gibt, könnten wir uns heute selbst mit einer traditionellen RGO-Forderung schlecht isolieren. Wir wenigen Linken sind so sehr aufeinander angewiesen, daß dann, wenn es denn mal überhaupt eine gemeinsame Aktion gibt, selbst tiefgreifende programmatische Meinungsverschiedenheiten kaum ein unüberwindbares Hindernis bilden. Und drittens haben die Gewerkschaften für den Durchschnittscollegen überhaupt nicht mehr solch einen überragenden Stellenwert, daß allein die Kritik an diesen, selbst wenn sie harsch ist, zur realen Isolation von der Mehrheit der Kollegen führen würde. In bestimmter Hinsicht läßt sich die traditionelle »Einheitsfrontpolitik« sehr wohl fruchtbar machen. Was wir von ihr übernehmen müssen, ist deren eigentlicher politischer Inhalt, nämlich daß die Propagierung der eigenen »richtigen« Position nicht automatisch

dazu führt, daß diese in den Köpfen der Leute Wurzeln schlägt. Um das zu bewerkstelligen, ist es notwendig:

a) Mit denjenigen, die noch anderer Meinung wie wir sind, einen gemeinsam-durchkämpften Erfahrungsprozeß zu organisieren, der ihnen in der Praxis die »Richtigkeit« unserer Vorstellungen nahebringt (oder uns vom Gegenteil überzeugt). Gemeinsame Erfahrungen allein reichen gleichwohl nicht hin, es ist

b) notwendig, diese Erfahrungen zu politischen Schlußfolgerungen zu verdichten. Was

c) deswegen allerdings auch bedeutet, die Suche nach »gemeinsamen« Erfahrungen darf nicht so weit führen, daß wir dabei die eigene politische Identität aufgeben.

In der Konsequenz bedeutet das: Das, was wir unter Kommunismus verstehen, ist zwar geprägt durch gut hundertfünfzig Jahre weltweiter revolutionärer Bewegung, aber wir wissen sehr genau, daß er kein Dogma ist, sondern einzig und allein entscheidend die Bewegung ist, welche die augenblicklichen Verhältnisse grundlegend ändert. Die einzige Konstante ist, daß wir selbst ein Interesse daran haben, alle Verhältnisse umzustülpen, in denen wir ausgebeutet werden können. Das heißt, wenn es denn überhaupt so etwas wie eine Definition des Kommunismus geben dürfte, dann wäre sie rein negativ: Es soll nicht so bleiben, wie es jetzt ist. Das bedeutet, es kommt darauf an, das herrschende System an allen Stellen anzugreifen. Für unsere Praxis kann das nur heißen, nicht irgendwelche idealen Ziele sind für uns der Maßstab, wovon wir es abhängig machen, ob etwas politisch richtig oder falsch ist. Die einzige Elle, an der wir das messen, ist die Frage: Wird etwas grundlegend verändert, und wem nutzt das was?

Das bedeutet: All das, was dieser Vorgabe entspricht, unterstützen wir. Weil im politischen Zentrum der Aktivitäten einer Gruppe, die sich als kommunistische versteht, die Kollegen im Betrieb stehen und weil und solange also die Mehrheit der Kollegen, wenn im Betrieb und in der Gesellschaft Konflikte anstehen, sich zunächst erst einmal ganz automatisch an ihrer Gewerkschaft orientieren, denn eine andere Interessenvertretung haben sie zur Zeit noch nicht, ist es deshalb also ganz selbstverständlich, daß wir (trotz aller Kritik an den hiesigen Gewerkschaften) Mitglieder genau eben dieser Gewerkschaften werden müssen und uns gegen jeden Ausschluß wehren. Weil wir uns in Diskussionen einklinken wollen, weil wir einen Orientierungspunkt bilden wollen, folgt daraus, daß wir auf der unteren Ebene (zum Beispiel derjenigen der Vertrauensleute) Funktionen wahrnehmen können, denn nur da ist es für den Apparat sehr schwer, uns zu vereinnahmen. Keinesfalls kann es also um ein neues Dogma in dem Sinne gehen: »*Alles, was Gewerkschaften oder Betriebsräte tun, ist von vornherein und absolut schlecht und von daher abzulehnen*«. Bei der Mächtigkeit dieser Gewerkschaften ist es völlig selbstverständlich, daß sie in vielen Auseinandersetzungen der näheren Zukunft eine Rolle spielen, ja, daß nur ihr Eingreifen bestimmte Konflikte überhaupt erst voranbringen. Auch hier gilt völlig selbstverständlich: Jedes Stück an realer Bewegung ist tausendmal mehr wert als noch so hehre Wunschvorstellungen. Aber gerade weil sowieso kein Weg an diesen Gewerkschaften vorbeiführt und weil sie auch ohne unser Zutun auf die eine oder andere Weise dann doch immer präsent sind, gibt es keinen Grund, warum ausgerechnet wir, wenn sich das dann mal zufällig ergibt, ihnen eine zusätzliche Plattform

bieten sollten, daß sie ihre speziellen politischen Positionen noch besser präsentieren können. Es kann ja nicht unsere Aufgabe sein, deren politische Präsenz auch noch bewußt zu stärken. Falls die bis hierher dargelegte Argumentation akzeptiert würde, würde das im Alltag tatsächlich zunächst nur zu wenigen Konsequenzen führen. Der wirklich entscheidende Punkt ist zunächst erst einmal, daß wir unsere eigene politische Haltung ändern: Entweder wir sind – wenn auch mit Einschränkungen – für diese speziellen Gewerkschaften respektive die sie tragende Politik oder halt prinzipiell dagegen. Nicht nur, weil wir uns in der alltäglichen Praxis zunächst nur ein Stück weit unterscheiden, sehen wir deshalb jedoch durchaus, daß es gelegentlich Situationen geben kann, wo auch wir uns sogar aktiv direkt an der Seite dieser Gewerkschaften einsetzen müssen: Greift zum Beispiel das Kapital oder der Staat diese Gewerkschaften an, dann haben wir aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ein Interesse daran, solch einen Angriff abzuwehren, weil in der Regel nicht nur Arbeitnehmer-, sondern auch Arbeiterpolitik hernach erschwert würde. Aber so wenig im Augenblick auch eventuell möglich sein mag, wir müssen dennoch jetzt bereits alles uns Mögliche tun, damit letztlich sie an die Stelle der Arbeitnehmerpolitik der DGB-Gewerkschaften tritt. Denn nur so kann auf Dauer aus der veränderten Haltung perspektivisch eine andere Praxis werden. Jeder noch so kleine Schritt, der uns infolge der Mitarbeit im Apparat oder in den Betriebsräten eben dadurch organisatorisch oder politisch von denjenigen Kollegen isolieren würde, welche allein perspektivisch den Rückhalt für eine kommunistische Politik bilden könnte, ist kontraproduktiv. Alle frommen Wünsche nützen da nichts. Prinzipiell gibt es tatsächlich nur ein »Entweder – Oder«: Orientierung am Apparat oder Stärkung der Basis. Für eine alternative Politik brauchen wir den Apparat nicht. Zumindest nicht im Sinne einer dauerhaften Zusammen- oder Mitarbeit. Kurzfristig für bestimmte Aktionen ist das natürlich eine andere Frage. Auf Dauer können wir keine Entwicklung durch die Zusammenarbeit mit dem Apparat anstoßen. Eine Mitarbeit in irgendwelchen Gewerkschafts- oder Betriebsratsgremien darf für unsere Betriebsaktivitäten auch heute bereits überhaupt keine Rolle mehr spielen.

Was nicht heißen kann, sich aus der Gewerkschaftsarbeit auszuklinken. Unsere Leitlinie muß sein, alles zu vermeiden, was uns zu Helfershelfern des Co-management macht, jedoch all das wahrzunehmen, was die eigenständige Interessenvertretung von Kollegen vorantreibt. Das heißt zum einen: Wir erwarten nicht einmal, daß Genossen, die seit Ewigkeiten freigestellte Betriebsräte sind, nun diesen Job aufgeben. Für existenzvernichtendes Harakiri gibt es keinen Grund. Läßt sich wahrscheinlich politisch auch nur schwer vermitteln. Ja, wir können uns sogar vorstellen, daß es Sondersituationen gibt, wo es auch heute tragbar wäre, wenn ein Linker Betriebsrat wird. Dann nämlich, wenn er tatsächlich von einer »kämpfenden« Belegschaft getragen wird. Das ist der zentrale Punkt: Die Kollegen müssen von sich aus bereits aktiv sein, ansonsten artet jede Gremienarbeit in Stellvertreterpolitik aus. Weil im allgemeinen genau diese Basisarbeit fehlt, gilt zum anderen eben auch: Die erwähnten Beispiele betreffen Ausnahmefälle. In der Regel können wir einen betriebsegoistischen Standpunkt, den die objektive Entwicklung des Kapitalismus heutzutage noch deutlicher als ehemals nahelegt, allein dann vermeiden, wenn wir nur

die Funktionen wahrnehmen, bei denen die Rückkopplung zu den Kollegen sehr eng ist und die Einbindung in betriebs- respektive Apparats-Interessen fast unmöglich ist. Das ist die Arbeit als Vertrauensmann bis hin zur Vertrauenskörperleitung. Oder die Mitarbeit in der Vertreterversammlung. Zur Verdeutlichung: Uns geht es im Kern nicht um eine schematische Trennung zwischen politisch korrekten bzw. nicht korrekten Posten, sondern um eine andere politische Schwerpunktsetzung unserer Gewerkschaftsarbeit. Früher war für Linke im Betrieb eine Betriebsratskarriere selbstverständlich, heute müssen wir im Gegenteil davon ausgehen:

Allein die Festigung der Kontakte zwischen genau den Kollegen in den verschiedenen Betrieben, die schon nicht mehr bereit sind, die traditionelle Politik mitzumachen, muß den Inhalt unserer politischen Arbeit bestimmen. Sie muß sich daran orientieren, beharrlich Verantwortlichkeiten und Abhängigkeiten zu benennen, und damit letztendlich zu verhindern, daß sich Illusionen über die Perspektiven dieses Gewerkschaftsapparates weiter bilden und halten können. Wir müssen damit beginnen, die Köpfe der Menschen zu gewinnen, die sich nicht mehr mit ihrer Situation abfinden wollen und die bereit sind, Widerstand zu leisten, egal ob innerhalb oder außerhalb der Gewerkschaften. Wir müssen Zusammenhänge gemeinsam mit den Betroffenen schaffen und die wenigen, bereits schon heute neben den Gewerkschaften existierenden, Zusammenschlüsse aktivieren und weiter ausbauen. Aus all dem folgt ganz selbstverständlich natürlich auch, daß unter den augenblicklichen Gegebenheiten in der Regel die Vertreter der offiziellen Gewerkschaft nicht unsere politischen Feinde sind. Unser Hauptaugenmerk bleibt ganz selbstverständlich weiterhin auf die Auseinandersetzung mit den Herrschenden gerichtet.

Abgeschlossen: September 1997 ■

HAMBURG

Der Kampf gegen die Zerstörung der Gewerkschaften durch den Apparat muß in den Gewerkschaften selbst geführt werden!

Eine Antwort auf die

»Kritik eingefahrener Gewerkschaftsvorstellungen«

Die Diskussion, die durch den vorstehenden Text angeregt wird, ist infolge der Veränderung der politischen Bedingungen notwendig geworden. Der gewerkschaftliche und politische Kampf verschmelzen, das sieht auch die Gewerkschaftsführung. Nur unterscheiden sich ihre von unseren Schlußfolgerungen: Kapitulation oder Widerstand. Der Rückzug vieler Kolleginnen und Kollegen aus der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit ist zum Teil auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß sie in der durch die politische und ökonomische Verschärfung entstehenden Lage die Orientierung verlieren.

Notwendig ist die Diskussion vor allem, weil die Gefahr besteht, daß wir die neu entstandenen gewerkschaftlichen Probleme nicht ernst genug nehmen, daß wir uns selbst nicht genügend Klarheit über die Stellung der Arbeiterklasse in der

gegenwärtigen Entwicklungsphase der bürgerlichen Gesellschaft verschaffen, um so auch in der arbeitenden Bevölkerung Bewußtsein über die nächsten Aufgaben zu verbreiten. Denn »in dem Maße, wie die Geschichte vorschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariates sich deutlicher abzeichnet, haben« wir nur »Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abgespielt und sich zum Organ desselben zu machen.« (Marx, Elend der Philosophie)

Die Bedingungen für gewerkschaftliche Aktivitäten haben sich schon in dem Maß, in dem sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen verschlechtern, verändert, und Auswirkungen auf das Denken und Handeln der arbeitenden Bevölkerung spüren wir täglich. Die Aufgabe besteht darin, diese Veränderungen so bewußt zu machen, daß an die Stelle sozialpartnerschaftlichen Denkens gewerkschaftliches Klassenbewußtsein tritt. Die Verarbeitung der Erfahrungen in einer sich verändernden Welt hinkt hinter der Wahrnehmung her. Hieraus rührt die Verwirrung unter der Arbeiterschaft, die sich in Frustration und Austritten aus den Gewerkschaften äußert.

Die obige »Kritik« enthält eine Fülle von politischen Einzelheiten, ohne daß der Zusammenhang erkennbar wird. Aussagen wie: »nicht irgendwelche idealen Ziele sind für uns ein Maßstab (...) die einzige Elle, an der wir das messen, ist die Frage: Wird etwas grundlegend verändert und wem nützt das was? Das bedeutet: All das, was dieser Vorlage entspricht, unterstützen wir«, können unseres Erachtens kaum ein politischer Maßstab für uns sein, bzw. eine Antwort auf die brennenden Fragen, vor denen die arbeitende Bevölkerung steht. Dennoch zieht sich durch die »Kritik« ein keineswegs unpolitischer Maßstab: »Einerseits - andererseits«, ein kleinbürgerlicher Maßstab, der zwar die Gegensätze in der Gesellschaft registriert, aber den Entwicklungsprozeß völlig außer acht läßt. In der »Kritik« heißt es: »Prinzipiell gibt es tatsächlich nur ein 'entweder-oder': Orientierung am Apparat oder Stärkung der Basis. Für eine 'alternative Politik' (was ist unter 'alternativ' zu verstehen?) brauchen wir den Apparat nicht (...) Kurzfristig, für bestimmte Aktionen ist das natürlich eine andere Frage«. Oder: »Eine Mitarbeit in irgendwelchen Gewerkschafts- oder Betriebsratsgremien darf für unsere Betriebsaktivitäten auch heute bereits überhaupt keine Rolle spielen (...)«. Das kann nur jemand sagen, der keinen Kontakt zu seiner Umgebung in Betrieb und Gewerkschaft und in der arbeitenden Bevölkerung hält. Dem Verfasser müssen selbst Zweifel gekommen sein, denn kurz darauf erklärt er, es dürfe kein neues Dogma geben der Art: »Alles, was Gewerkschaften tun, ist von vorneherein und absolut schlecht und von daher abzulehnen (...)«. Die Verfasser nehmen nicht zur Kenntnis, daß auch Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gezwungen sind, die gesellschaftlichen Widersprüche wahrzunehmen und darauf zu reagieren.

Zu dem Prinzip »Entweder-Oder« hat Friedrich Engels in einem Brief geäußert: »Was den Herren allen fehlt, ist Dialektik. Sie sehen stets nur hier Ursache, dort Wirkung. Daß dies eine hohle Abstraktion ist, daß in der wirklichen Welt solche metaphysischen polaren Gegensätze nur in Krisen existieren, daß der ganze große Verlauf aber in der Form der Wechselwirkung - wenn auch sehr ungleicher Kräfte - wovon die ökonomische Bewegung weitaus die stärkste, ursprünglichste, entscheidendste - vor sich geht, daß hier nichts absolut und alles relativ ist, das sehen sie nun einmal nicht, für sie hat Hegel nicht existiert«. (Brief an Schmidt vom

27.10.1890). Mit anderen Worten: nur in «Krisen», d.h. in außerordentlichen und zugespitzten gesellschaftlichen Situationen existieren die Gegensätze als schwarz oder weiß, ansonsten gibt es im allgemeinen viele Zwischentöne.

Zum Charakter der BRD-Gewerkschaften

Die nach dem Ende des 2. Weltkrieges wieder geschaffenen Gewerkschaften (wie auch der politischen Parteien) waren auf die Zulassung durch die Militärverwaltungen der Siegermächte angewiesen. Die Gewerkschaften waren nicht das Ergebnis von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital, sondern sollten im Gegenteil die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verhindern. Formal stützten sich die Besatzungsbehörden bei der Lizenzierung in der Hauptsache auf die Führungsschicht, die für die kampflose Kapitulation vor den Nazis 1933 verantwortlich war. Das ging soweit, daß durch Initiativen aus der arbeitenden Bevölkerung geschaffene gewerkschaftliche Organisationen und Komitees von den Besatzungsbehörden verboten wurden, bzw. ihnen die Betätigung untersagt wurde.

Diese Gewerkschaften mit ihrem Apparat sind jetzt und auf absehbare Zeit die einzigen Organisationen, in denen sich die Interessen der Beschäftigten artikulieren und mit deren Unterstützung sie ihre Interessen – wenn auch zunehmend schlechter – verteidigen können. Einerseits sind diese Gewerkschaften Teil der herrschenden Gesellschaftsordnung, deren Erhaltung sich die Mehrzahl ihrer Führer mit Haut und Haar verpflichtet fühlt, andererseits sind sie gleichzeitig Interessenorganisationen der Beschäftigten, deren Lebensinteressen sie in irgendeiner Form entsprechen müssen, da die Mitglieder durch Austritt dem Apparat die Existenzgrundlage entziehen können.

Der Apparat mit seinen Hauptamtlichen, beherrscht (jedenfalls noch) die Absprachen mit den Unternehmern über die Tarife und deren Auslegung, über Lohn- und Arbeitsbedingungen etc. Dieser Einfluß, der die Gewerkschaftsorganisationen zu einer festen Institution in der bundesrepublikanischen Gesellschaft gemacht hat, wird nicht durch Reden über »grundlegende« Änderungen gebrochen. Auch nicht durch »demokratische« Beschlüsse, die sich nicht auf die Kraft der Mitglieder stützen. Um Demokratie in den Gewerkschaften zu verwirklichen, bedarf es geduldiger politischer Arbeit, für die das Vertrauen der Mitglieder gewonnen werden muß.

Der Kampf in den Gewerkschaften ist notwendig, um die Lohnabhängigen, die in der Gewerkschaft Hilfe und Orientierung suchen, nicht der zerstörerischen Politik des Apparates auszuliefern, die zu Resignation, Enttäuschung und Verbitterung führen muß und sie zu Feinden nicht nur dieser Gewerkschaften, sondern der Gewerkschaftsbewegung überhaupt machen wird.

Ein geschichtliches Beispiel

Die Niederschlagung der Novemberrevolution stand am Beginn einer Entwicklung, die 13 Jahre später mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten ihren vorläufigen Abschluß fand. Sieg und Machtübernahme der Nazis hätten nur verhindert werden können, wenn die politische Spaltung durch den gemeinsamen Widerstand der revolutionären und sozialdemokratischen – vor allem gewerkschaftlich organisierten – Arbeiter überwunden worden wäre. Dies war eine Erkenntnis, die nach der Niederlage den Verfolgten in

den KZs und Gefängnissen allgemein bewußt wurde. Vor allem die RGO-Politik und die Sozialfaschismus-Schimpfereien hinderten die kommunistischen Arbeiter an der Herstellung der Einheit im Kampf gegen die nationalsozialistische Gefahr. Die Folge der RGO-Politik war, daß den mit der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung verbundenen Gewerkschaftsführungen das gewerkschaftliche Feld und die gewerkschaftlich organisierten überlassen wurden. Diese Gefahr besteht auch heute – wenn auch unter anderen Voraussetzungen.

Wie ist es zu erklären, daß revolutionäre Arbeiter auf diese wortradikalen RGO- und Sozialfaschismus-Parolen hereinfließen? Ihre Enttäuschung und Wut waren Ausdruck der Ohnmacht unter den bestehenden politischen Kräfteverhältnissen. Viele revolutionäre Arbeiter, die diesen Parolen folgten, haben die Niederlage von 1933 später mit Gestapo-Terror und zum Teil mit ihrem Leben bezahlen müssen. Aber es gab auch Überläufer, die in Nazi-Uniform ihre Wut an sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Funktionären ausließen. Man muß diese Gefahren sehen, um zu verstehen, daß der Kampf gegen die bürgerliche Ordnung nicht gegen Individuen geführt werden kann, sondern nur dann eine Perspektive bildet, wenn er um das Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung geführt wird. Die Erfahrungen, die die arbeitende Bevölkerung zur Zeit macht, schaffen die Voraussetzungen für gewerkschaftliches Klassenbewußtsein.

Zur RGO-Politik

In dem Diskussionsbeitrag wird auf die RGO-Politik verwiesen. Bis auf den heutigen Tag stellen bürgerliche und sozialdemokratische Historiker als Ursache für die kampflose Kapitulation der Gewerkschaften und die Niederlage 1933 die Spalterpolitik der KPD/RGO hin. Das ist historisch falsch. Denn die ultralinke Politik der KPD, der die Mehrheit der revolutionären Arbeiter folgte, war Folge der Enttäuschung über die Ergebnisse der reformistischen Politik und über die Nichterfüllung der seit der Novemberrevolution gegebenen Versprechungen. Die KPD-Opposition hat gegen die Politik eigener RGO-Gewerkschaften gekämpft, weil sie sich darüber im klaren war, daß die richtige Lösung dieser Fragen für die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Krise in Deutschland für die Zukunft ganz Europas von politischer Bedeutung war, vergleichbar mit der Gewinnung der Bauernmassen in Russland für die Oktoberrevolution.

Dabei ging es nicht etwa um die gedankenlose Nachahmung der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten. Heute stehen die Fragen und Bedingungen zwar anders als 1914, 1918, 1933, 1945 - aber die Aufgabe der Gewinnung der arbeitenden Bevölkerung für die radikale Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft rückt näher. Sind wir darauf vorbereitet?

In einer »Geschichtskorrespondenz« (Oktober 96) kritisiert Prof. Neubert (Berlin) eine »verhängnisvolle, fehlerhafte Politik« der Kommunistischen Partei vor 1933, *»die einen effektiven breiten Kampf gegen den Faschismus erschwerte, der damals von der Warte der Verteidigung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse hätte geführt werden müssen, und sie stellten sich, weil sie die bürgerliche Demokratie nicht für verteidigungswürdig hielten, maximalistische Ziele im Sinne einer sofortigen sozialistischen Revolution verfolgten ohne daß dafür die Machtverhältnisse gegeben waren (...)*«

Die Frage müßte beantwortet werden, mit wem und von wem die bürgerliche Demokratie verteidigt werden sollte. Die Mehrheit der sozialdemokratisch geprägten Arbeiterklasse lief Illusionen nach, die ihr SPD und Gewerkschaftsführung vermittelten: die Sparprogramme der Notverordnungen würden zum wirtschaftlichen Aufschwung führen; Lohnkürzungen könnten die Unternehmer zu neuen Investitionen veranlassen; der Klassengegner respektiere die »Demokratie«; bei der Verletzung sozialer und demokratischer Rechte genüge es, die Gerichte anzurufen – Streiks würden den wirtschaftlichen Aufschwung gefährden.

Selbst wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse der Weimarer Republik skeptisch oder ablehnend gegenüber stand, sie folgte letzten Endes immer wieder den Beschwichtigungsversuchen ihrer Führungen. Die KPD hatte mit der Gründung eigener RGO-Gewerkschaftsorganisationen 1929 zwar Achtungserfolge in einigen Betrieben und Branchen (Metall und Bergbau), aber sie hatte damit den Einfluß auf die breite Gewerkschaftsmitgliedschaft verloren, bzw. den Reformisten das Feld überlassen. Die Mehrheit der deutschen Arbeiter folgte traditionell dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Die KPD hat einige Jahre später in der Illegalität ihre Politik als falsch gekennzeichnet.

Wiederherstellung von Solidarität und Klassenbewußtsein

Der Kampf in den Gewerkschaften geht um die Überwindung der Konkurrenz und die Herstellung von Solidarität unter den Beschäftigten. Diese eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben sind in der Nachkriegszeit und der folgenden Konjunkturperiode, im sogenannten Wirtschaftswunder, weitgehend abhanden gekommen. Die Gewerkschaftspolitik »von oben« bestand darin, noch vorhandenes klassenbewußtes gewerkschaftliches Denken und Handeln durch Versicherungspolitik zu ersetzen. Gewerkschaftliches Klassenbewußtsein wurde in den DGB-Gewerkschaften als ein »Relikt der Vergangenheit« diskreditiert (so wie heute als »Traditionalismus«). Betriebswirtschaftliches Denken stand (und steht) hoch im Kurs bei den Gewerkschaftsvorständen und wurde (und wird) auch auf Gewerkschaftsseminaren vermittelt.

Indem wir gegen die Zerstörung der Gewerkschaften durch die Politik der Gewerkschaftsführung Widerstand leisten, tragen wir dazu bei, gewerkschaftliches Klassenbewußtsein zu erneuern.

In der Auseinandersetzung in den Gewerkschaften entstehen aufgrund politischer Fraktionierung – unabhängig von den derzeitigen Gremien und Organisationsebenen – organisatorische Formen, die den neuen Zielen und Aufgaben entsprechen und auf lange Sicht die alten Strukturen ablösen werden. Demokratie wird nicht geschenkt, sondern muß erkämpft werden. Auch die Bewegungsfreiheit von klassenbewußten Menschen in den Gewerkschaften. Das ist mit viel Zeitvergeudung und »Verschleiß« für ehrenamtliche Tätigkeit verbunden – leider gehört der Verschleiß zur kapitalistischen Ordnung auf allen Gebieten. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als diese unliebsamen Begleiterscheinungen auf ein Mindestmaß herunterzudrücken.

Wenn vor dem Proletariat die historische Aufgabe steht, die Gesellschaft radikal zu verändern, dann kann die Veränderung der Gewerkschaften auf dem Wege dahin keine unlösbare Aufgabe sein. Gewiß wird das nicht ohne harte politi-

sche Auseinandersetzungen abgehen, für die wir uns in den Gewerkschaften zusammenschließen müssen. Auch wenn die Verantwortlichen für die Gewerkschaftspolitik versuchen, uns als Störenfriede herabzusetzen oder uns mitverantwortlich für die Folgen der Gewerkschaftspolitik einzubinden, liegt die Zukunft der Gewerkschaften bei denen, die für eine Neubestimmung auf Klassenbewußtsein und Klassenkampf eintreten, während die offizielle Gewerkschaftspolitik die Zerstörung der Organisation zur Folge hatte und hat. Wir haben deshalb die Unvereinbarkeitsbeschlüsse bekämpft und die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen gefordert, ungeachtet der politischen Unterschiede.

Die gesellschaftlichen Konflikte erfassen den Apparat

Die Verschärfung der Widersprüche in der Gesellschaft nehmen auch den Gewerkschaftsapparat nicht aus. Sie drücken sich im Apparat aus in zunehmenden Konflikten und immer widersprüchlicherem Verhalten von Hauptamtlichen. Der Apparat wird von der Entwicklung mit solcher Vehemenz erfaßt, daß Teile von ihm abgestoßen werden müssen.

Die Bindungen der Mitglieder an die Gewerkschaftsorganisationen lösen sich zusehends auf. Auch dies ist ein Prozeß, der schon seit längerem in Gange ist. Er begann nach dem Ende des 2. Weltkrieges damit, daß verschiedene finanzielle Angebote und Einrichtungen der Gewerkschaften (Sterbegeld, Krankengeld, Arbeitslosenunterstützung etc.) gestrichen wurden, die doch den Beitritt zur Gewerkschaft schmackhafter machen sollten. Die Betriebskassierung wurde eingestellt und an deren Stelle trat der unpersönliche Einzug des Mitgliedsbeitrags durch Banküberweisung. Das trug zur Lockerung der Verbindung der Mitglieder zur Organisation bei. Die eingetretene Entfremdung glaubten die Vorstände durch organisatorische Maßnahmen, wie der Einführung eines Delegiertensystems statt der Mitgliederversammlung und der Bildung von Vertrauensleutkörpern neben den Betriebsräten überwinden zu können. Beide Einrichtungen, Mitgliederversammlung und Vertrauensleutkörper, sind de facto heute vergessen.

Es folgte die »Sanierung« der Gemeinwirtschaft, der Neuen Heimat, der COOP und anderer Unternehmen, was viele Millionen an Mitgliedsbeiträgen schluckte. Schließlich der lockere Umgang mit Gewerkschaftsgeldern, der seinen jüngsten Ausdruck in der Affäre Henrichs fand, einem gut verdienenden Oberlandesgerichtspräsidenten, dem für ein völlig wertloses Gutachten von der IG Metall 1,4 Millionen DM gezahlt wurden.

Alle Bemühungen um ehrenamtliche Aktivitäten der Mitglieder werden durch solche Erfahrungen zunichte gemacht. Was als (fast) letzte Bindung an die Gewerkschaften übrig bleibt, wo es kein gewerkschaftliches Klassenbewußtsein mehr gibt, das ist der Rechtsschutz. Auch diese Säule bröckelt und liegt im argen, wie Demonstrationen der DGB-Rechtsschutzangestellten gegen den DGB in Düsseldorf zeigten. Eine »Gewerkschaft« von Angestellten im DGB demonstriert als »Arbeitnehmer« gegen den DGB als »Arbeitgeber«. Es sind keine Einzelfälle mehr, in denen sich Gewerkschaftsvorstände als »Arbeitgeber« mit Angestellten als Arbeitnehmer vor den Arbeitsgerichten streiten.

Mitarbeit in gewerkschaftlichen Gremien?

Zwar ist es falsch, Posten im Apparat einzunehmen in der Annahme, das genüge, um eine bessere oder andere Politik

machen zu können. Trotzdem ist es sinnvoll, Widersprüche im Apparat zu nutzen und Bündnispartner zu gewinnen.

Im Bezug auf die Teilnahme an Betriebsräten und gewerkschaftlichen Funktionen wird im obigen Diskussionsbeitrag gesagt, die einzig angemessene politische Konsequenz könne nur sein, sich gar nicht erst auf solche »Pöstchen« einzulassen. Wir halten es für weltfremd, die Tätigkeiten von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären so zu verallgemeinern. Es gibt Betriebsräte, die Unternehmerinteressen vertreten und solche, die sich ihren Kollegen verpflichtet fühlen. Das gleiche gilt für Gewerkschaftsfunktionäre. Wir haben in der »Arbeiterpolitik« in der Vergangenheit differenzierende Berichte über die Tätigkeit von Betriebsräten gebracht. Wenn die Bewegung in den Betrieben und in der arbeitenden Bevölkerung gegen die Zustände in der Gesellschaft sich radikalisiert, wird sich das auch in einer Radikalisierung und weiteren Differenzierung unter Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertretern und Vertrauensleuten bemerkbar machen.

Der Initiative von mehreren hundert Betriebsräten vor allem aus Zeitungs- und Verlagsunternehmen gegen die Äußerung von Schulte, der Tarifvertrag solle sich »*stärker auf die Beschreibung von Rahmenbedingungen beschränken und den Betrieben stärkere Regelungskompetenzen geben*« (mit dem Argument, die Betriebsräte seien »*nicht dümmmer als die Gewerkschaftsfunktionäre*«), steht gegenüber das »*Lob für Öffnung der Chemie-Tarife*« in der »Welt« (5.6.97). Der »*Arbeitgeberpräsident Hundt begrüßte den vereinbarten Einkommenskorridor als Beitrag zur Rettung des Flächentarifvertrages, zur Sicherung des Standortes und damit auch zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen (...)*« Lobend äußerten sich auch die Bonner Parteien. Frielhoff, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP im Bundestag, sieht »*Anlaß zur Hoffnung, daß die Äußerungen von DGB-Chef Schulte zur Reform der Flächentarifverträge keine Eintagsfliegen bleiben*«. Eine Reihe von Ortsverwaltungen der IGM und anderer Gewerkschaften haben Schultes Rücktritt gefordert!

Der Kampf in den Gewerkschaften gegen die Politik des Apparates ist nicht gleichzusetzen mit dem Versuch, den Apparat zu reformieren.

Wenn wir Funktionen in den Gewerkschaften übernehmen, dann unter der Bedingung, daß entscheidende Teile der Basis dahinter stehen und wir unsere kritische und selbständige Haltung zur offiziellen Gewerkschaftspolitik stets auch vor der Mitgliedschaft vertreten können. Unter »*entscheidende Teile*« verstehen wir nicht die Mehrheit der nominellen Mitgliedschaft, sondern diejenigen, die noch in irgendeiner Weise Interesse zeigen an dem, was den Weg der Gewerkschaften betrifft.

Mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen vor 25 Jahren glaubten die Vorstände, Einheit und Harmonie in den Gewerkschaften herstellen zu können. Diese Beschlüsse haben den Niedergang der Gewerkschaften mit beschleunigt, weil sie die Mitgliedschaft politisch bevormundeten, indem sie ihr ein eignes Urteil abgesprochen haben. Allen ist klar, daß sich die Gewerkschaften zur Zeit in einer tiefgehenden Krise befinden. Wiederum wollen die Vorstände mit administrativen Maßnahmen »von oben« politische Fragen lösen.

Der größte Ortsverein der IG Medien ist der Ortsverein Hamburg. Der Landesbezirksvorstand Nord versucht, ange-

sichts seiner Differenzen zum derzeitigen Ortsvereinsvorstand diesen entweder in seine politischen Ziele einzubinden oder – wenn ihm dies nicht gelingt – handlungsunfähig zu machen. Er versucht, im Rahmen einer technokratischen Krisenbewältigung unter dem Namen »Strukturreform« den wenigen Aktiven, die den politischen Ausweg aus der Misere suchen und deshalb gegen die Zerstörung des Ortsvereins eintreten, die Schuld am Niedergang gewerkschaftlicher Arbeit zuzuschieben.

Sollen klassenbewußte Kräfte, auch wenn es nur ganz wenige sind, denen das Feld überlassen, deren Politik die Organisation und die Mitgliedschaft erneut in den Abgrund reißen werden? Manche ehrenamtliche Kollegen wenden sich von den bürokratischen Tricksereien und Methoden ab und resignieren. Da werden auf den Gewerkschaftstagen Beschlüsse gefaßt, Mitglieder für ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen, und in der Praxis werden sie abgestoßen!

Die Auseinandersetzung in den Gewerkschaften zu führen, steht nicht im Gegensatz zur Teilnahme an Auseinandersetzungen in nicht-gewerkschaftlichen Bereichen, sondern ist Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Es wäre sinnlos, hier Gegensätze sehen zu wollen in dem Sinne, entweder arbeitet man in Gewerkschaften oder außerhalb. Aber die Auseinandersetzung in den Gewerkschaften zu vernachlässigen, wäre verhängnisvoll, da sich in ihnen und an ihnen nach wie vor ein entscheidender Teil der arbeitenden Bevölkerung organisiert bzw. orientiert. HH, 1.10.97 ■

BREMEN:

Das ist unsere Auffassung zur Gewerkschaftsfrage

Vorbemerkungen: Wir finden es gut, daß die Arbeit in den Gewerkschaften, das Warum und das Wie in der Gruppe wieder umfassender und gründlicher als in den letzten Jahren diskutiert werden. Dies ist notwendig geworden, weil die sich widersprechenden Positionen, die sich im Laufe der Jahre entwickelt haben, nicht nur in den Köpfen existieren, sondern in unterschiedlichen Praxis- und Erfahrungsbereichen entstanden sind. Der Zustand des beziehungslosen Nebeneinander dieser Positionen muß durch eine offene Auseinandersetzung um die strittigen Fragen aufgehoben werden.

Eine zentrale Rolle für unsere politische Betätigung spielt die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften, die nur möglich ist auf der Grundlage einer grundsätzlichen politischen Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften in der Geschichte und unter den heutigen und zukünftigen gesellschaftlichen Bedingungen.

Im Rahmen dieser Stellungnahme gehen wir auf die historische Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nur insoweit ein, als es zur Begründung unseres Standpunktes und unseres Handelns notwendig erscheint. Das gilt besonders für unsere Stellungnahme zu den Positionen des Papiers »Kritik eingefahrener Gewerkschaftsvorstellungen« aus Dortmund, in dem mehrfach ungenau mit historischen

Begriffen hantiert wird und daraus unzulässige Schlüsse für unser heutiges Handeln gezogen werden.

Um deutlich zu machen, daß die Arbeit in den Gewerkschaften nicht erst in der heutigen weltwirtschaftlichen Situation mit Problemen behaftet ist und sich die Gewerkschaftsbürokratie nicht erst heute der kapitalistischen Logik unterwirft und eine Stütze für den bürgerlichen Staat darstellt, machen wir dazu folgende Anmerkungen:

Zur Gewerkschaftspolitik zwischen Kaiserreich und 1933:

Damals glaubten viele Arbeiter an das sozialistische Ziel, deshalb mußten sich auch die Gewerkschaften auf dem Papier dazu bekennen. Etwas Anderes war die Haltung der Gewerkschaftsspitze schon damals: Zum Beispiel war die Gewerkschaftsführung in der Massestreikdebatte nach 1905 der Hauptgegner eines politischen Massestreiks in Deutschland. Ihre Begründung: Wir können solch einen Streik nicht finanzieren, deshalb ist er nicht durchführbar. Auch die Arbeiter in Bremen machten früh mit ihren »Gewerkschaftsbeamten« Erfahrungen wie sie auch heute gemacht werden: Durch die Werftarbeiterstreiks der Jahre 1910 und 1913 kamen die Bremer Arbeiter in einen starken Gegensatz zur Gewerkschaftsbürokratie. Besonders 1913 kehrten die Gewerkschaftsführer die Organisation und Organisationsdisziplin gegen die Streikenden, kapitulierten vor den Unternehmern und überließen die Arbeiter dem nach dem Streik einsetzenden Unternehmerterror. Der große Bergarbeiterstreik 1912 an der Ruhr brachte Massen von Bergarbeitern in Gegensatz zu ihrer Führung.

Bekanntlich hat die SPD-Reichstagsfraktion 1914 den Kriegskrediten zugestimmt, dem entsprach auf Gewerkschaftsebene die Burgfriedenspolitik:

■ Im Interesse der »nationalen Verteidigung«, wie die Führung den imperialistischen Angriffskrieg nannte, wurde auf Streiks verzichtet.

■ Im Hilfsdienstgesetz wurden die Gewerkschaften zum erstenmal offiziell als Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt; für die Aufhebung des freien Arbeitsplatzwechsels konnte man sie gut gebrauchen.

■ Um die Burgfriedenspolitik durchzusetzen, mußte innergewerkschaftliche Demokratie praktisch abgeschafft werden.

Die Burgfriedenspolitik war konkret gegen die revolutionäre Politik der Kriegsgegner in der Arbeiterschaft gerichtet: Wer auf der AG-Weser als Propagandist der Linken erkannt wurde, bekam einen Marschbefehl an die Front, während die meisten Gewerkschaftsführer vom Kriegsdienst verschont wurden. Diese Politik der Gewerkschaftsführungen führte 1919 zu einer Massenbasis der Arbeiterunion¹⁾ in Bremen. Eine parallele Entwicklung gab es an der Ruhr.

Zur Frage der RGO

Das Wesen der RGO-Politik war nicht in erster Linie die Kritik an den Gewerkschaftsvorständen. Auch wenn sie eine Basis in der KPD-Mitgliedschaft hatte, wurde sie durch einen Linksschwenk in der sowjetischen Innenpolitik ausgelöst. Weil die KPD-Führung nicht selbständig war, wurde dieser in Deutschland nachvollzogen. Anstatt herauszuarbeiten, wie der sozialdemokratische Einfluß in der Arbeiterklasse überwunden werden konnte, konzentrierte sich die KPD darauf, sich von den Sozialdemokraten abzusetzen und diese

und ihre historische Rolle anzuklagen. Damit machte sie eine weitere Kurve in ihrem von Ungeduld geprägten Zickzackkurs hinsichtlich der Gewerkschaftspolitik.

In der Weimarer Zeit haben die KPO-Genossen zur Gewerkschaftspolitik nicht geschwiegen. Auch Genossen, die sich entgegen dem RGO-Kurs der KPD für die Gewerkschaftseinheit einsetzten, wurden wegen ihrer Kritik an der Vorstandspolitik aus den Gewerkschaften ausgeschlossen.

Die historischen Ursachen für den gegenwärtigen Zustand der deutschen Arbeiterklasse...

...sind nicht erst in der Nachkriegskonjunktur und im Scheitern des sozialistischen Lagers zu suchen. Die (nicht aufgearbeitete) Niederlage der deutschen Arbeiterklasse vor dem Faschismus, die Vernichtung ihrer Organisationen und die im Nationalsozialismus beginnende Atomisierung stellen einen gewaltigen Bruch gegenüber der Arbeiterbewegung früherer Zeiten dar. Dazu kam die kapitalistische Neuordnung einschließlich der Etablierung der Gewerkschaften durch die alliierte Besatzung, die den Charakter der Nachkriegsgewerkschaften geprägt hat. Dadurch ist die Bindung der Arbeiter an die Gewerkschaften nicht mehr so stark wie früher. Lang andauernde Konjunkturphasen mit Individualisierung und Konsummöglichkeiten haben diese Entwicklung verfestigt.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und die Wiedervereinigung Deutschlands beendeten die Sonderrolle der westdeutschen Arbeiterklasse und brachten zugleich das Problem der Zusammenführung der Arbeiter aus den völlig unterschiedlichen Ausgangssituationen auf die Tagesordnung. Kapital und Regierung waren aufgrund der politischen Schwäche und Verunsicherung der Arbeiterklasse und der Kräfteverhältnisse in Ostdeutschland in der Lage, die in den 80er Jahren entwickelte Deregulierungspolitik als Antwort auf die wachsende Konkurrenz auf dem Weltmarkt: Angriff auf die Lebensbedingungen der Beschäftigten und der wachsenden Zahl der Arbeitslosen auf verschiedenen Ebenen beschleunigt durchzusetzen. Damit ist für die Gewerkschaftsführungen der Verhandlungsspielraum kleiner geworden. Weil sie sich der kapitalistischen Logik unterordnen, vertreten sie inzwischen gegenüber ihren Mitgliedern den sozialen Abbau und ordnen sich auch in der »Standort«-diskussion der herrschenden Meinung unter: »Wir müssen konkurrenzfähig bleiben – wenn es unserer Wirtschaft schlecht geht, müssen wir verzichten.« Sie stellen sich dieser veränderten Situation, indem sie den Abbau für ihre traditionelle Basis sozialpartnerschaftlich begleiten, d.h. nach Möglichkeit abfedern und damit diejenigen Kräfte in der Arbeiterklasse ruhigstellen, die von ihrer Stellung im Produktionsprozeß (oder an wichtigen Plätzen im Dienstleistungsbereich) noch am ehesten die Möglichkeit hätten, den Unternehmern eine Kraft entgegenzusetzen. Ein zunehmender Teil der Arbeiterklasse, nämlich aus gesicherten Arbeitsverhältnissen ganz oder teilweise herausgedrängte Arbeiter

1 1919 beschloß die Bremer KPD (wie auch an anderen Orten) eine eigene wirtschaftliche Kampforganisation zu gründen, die AAU. Sie sollte als Einheitsorganisation die berufsständische Gliederung der Gewerkschaften überwinden. Die Streiks mit der AAU deckten jedoch ihre wirtschaftliche und politische Schwäche auf. Die kommunistischen Arbeiter standen in den Augen der reformistisch orientierten Arbeiter als Spalter da. Als sie den Irrweg erkannten, kehrten sie schließlich zurück in die einheitliche Gewerkschaftsorganisation.

und Angestellte, sind Verlierer dieser Politik der Gewerkschaftsführungen und der sozialpartnerschaftlichen Betriebsräte, die diese Politik im Betrieb umsetzen.²⁾

Was bedeuten diese Aussagen für unsere politische Arbeit in Gewerkschaften und Betrieben unter den heute herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen?

Zunächst stellen wir fest: Die Macht liegt dort, wo der gesellschaftliche Reichtum erzeugt wird. Also ist dieser Bereich entscheidend für jede Politik, ob sie die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse erhalten oder überwinden will. Damit ist es nach wie vor so, daß perspektivisch der Dreh- und Angelpunkt sozialistischer Politik die Arbeiterklasse ist. Dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß sich die Struktur der Klasse verändert hat und mit ihr die Bedeutung der Gewerkschaften. Sie ist nach wie vor am stärksten in den traditionellen Beschäftigungsbereichen.

Die traditionellen Beschäftigungsverhältnisse nehmen ab, wodurch die betreffenden Gewerkschaften auf der einen Seite zahlenmäßig schwächer werden, aber gleichzeitig in Auseinandersetzungen, wie im Frühjahr dieses Jahres im Bergbau, verwickelt werden. In den vergangenen Jahren (und Jahrzehnten) führte diese Entwicklung zu einer starken Ausweitung eines Sektors von neuartigen Beschäftigungsverhältnissen von voneinander sehr verschiedenen Beschäftigungsbereichen, die alle – allerdings aus unterschiedlichen Gründen – der gewerkschaftlichen Organisation schwerer zugänglich sind. In diesem Sektor gibt es wirtschaftliche Gewinner der veränderten Produktionsstruktur (tatsächlich Selbständige und Freiberufler aus neuen, seltenen oder hochspezialisierten Berufen, die – zumindest vorübergehend – eine relativ starke Marktposition ausnützen können).

Auf der anderen Seite gehören zu diesem Sektor die Verlierer, die meist im Randbereich der eigentlichen Produktion tätig sind (»lean production«). Die Gewinner haben oftmals kein ökonomisches Interesse mehr (und noch nicht wieder) an gewerkschaftlicher Organisation, den Verlierern kann die derzeitige Gewerkschaftspolitik nicht helfen, die sich auf die – auch nur halbherzige und zum Verzicht bereite – Verteidigung von bestehenden Besitzständen in größeren Betrieben und gesicherten Arbeitsverhältnissen beschränkt.

Für die Arbeit in Betrieben bedeutet dies, daß sie unter unterschiedlichen Bedingungen stattfindet und diese unterschiedlichen Bedingungen auch berücksichtigen muß.³⁾

2 Hier besteht ein wechselseitiger Einfluß zwischen Gewerkschafts- und Betriebsrätepolitik: Zum einen überlassen Tarifverträge der letzten 10 Jahre zunehmend den Betriebsräten die Umsetzung der Vereinbarungen in Abhängigkeit von betrieblichen Gegebenheiten und Kräfteverhältnissen und unterhöhlen damit ihre eigenen Möglichkeiten der kollektiven Interessenvertretung. Zum anderen können sie kaum in Tarifverträgen Abbau abwenden, den die Unternehmer in Betrieben schon durchgesetzt haben.

3 Auf einer Großbaustelle, auf der gleichzeitig Beschäftigte aus verschiedenen Subunternehmen mit unterschiedlichsten Verträgen, Leiharbeiter und illegale Arbeiter zu finden sind, herrschen andere Bedingungen und Möglichkeiten als in einem Betrieb, in dem Tarifverträge gelten.

4 siehe z.B. Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: Die Serie größtenteils rechtswidriger Streiks wurde hingenommen und im Anschluß sogar durch die Zugeständnisse indirekt anerkannt. Der Hintergrund schien die Besorgnis des Kapitals zu sein, der Konflikt könne sich ausweiten. Dies wollten sie offensichtlich nicht riskieren.

Unsere Arbeit in tarifgebundenen Betrieben

Für die Beschäftigten in traditionellen Arbeitsverhältnissen, die nach wie vor das Zentrum der Produktion sind (Kernbelegschaften), spielen die Gewerkschaften noch eine wichtige Rolle. Das Kapitalsinteresse an Sozialpartnerschaft scheint hier ungebrochen zu sein.⁴⁾ Dadurch sind hier die Konflikte noch weitgehend im »alten Stil« regelbar: Abbau wird »sozialverträglich« betrieben (statt Kündigungen: Vorruhestand, befristete Arbeitsverträge oder Werkverträge, Einstellungsstop usw.); Verschlechterungen sozialer Bedingungen werden nur soweit verlangt, wie sie in den Belegschaften weitgehend kampfflos durchgesetzt werden können. Nur der Anteil der Erpressung von Betriebsräten und Belegschaften ist im Betrieb gegenüber der Bestechung höher geworden. Anders wird erst dann verfahren, wenn ganze Betriebe stillgelegt werden sollen: wer nicht gebraucht wird, auf den braucht auch keine Rücksicht genommen zu werden.

Die geschilderten Verhältnisse erfordern, daß wir folgende Tatsachen zur Kenntnis nehmen, wenn wir in solchen betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereichen politisch arbeiten wollen:

■ Die abhängigen Beschäftigten organisieren sich nach wie vor in der Gewerkschaft. Sie tun das auch nicht zufällig, sondern in ihrer Eigenschaft als solche. Die Alternative wäre nicht, sich anders zu organisieren, sondern gar nicht.

■ Nach wie vor ist auch bei betrieblichen Konflikten Gewerkschaft/Betriebsrat die erste Anlaufadresse (selbst für Unorganisierte).

■ Wer im Betrieb aktiv ist, wird zunächst einmal fast automatisch von seinen Kollegen als Gewerkschafter eingeordnet. Sich dagegen zu wehren, führt in der Regel dazu, als Sektierer geoutet zu werden. Gegenbeispiele sind uns nur dort bekannt, wo Gewerkschaftsausschlüsse vorausgegangen sind.

■ Die Politik der Sozialpartnerschaft wird den meisten Kollegen nicht aufgezwungen, sondern von ihnen getragen.

Unter solchen vorgefundenen Bedingungen müssen wir arbeiten. Die Schwierigkeiten, vor denen wir dabei stehen, liegen also weniger in den Gewerkschaftsorganisationen als in der politischen Haltung in der arbeitenden Bevölkerung überhaupt. Die Suche nach individuellen Lösungswegen wird immer noch weiter vertieft: Viele Menschen sind bereit zu verzichten, weil sie meinen, damit ihren Arbeitsplatz zu sichern und weil ihnen eine politische Perspektive fehlt. Doch werden auch Grenzen sichtbar: Nicht alle nehmen alles hin. Hier können wir ansetzen, indem wir durch unsere tägliche Arbeit...

■ den klassenmäßigen Hintergrund der Unternehmer- und der Regierungspolitik aufzeigen:

■ deutlich machen, daß wachsende Arbeitslosigkeit bei steigender Produktivität (und steigenden Gewinnen) zum Wesen des Kapitalismus gehört,

■ Hinwirken darauf, daß Arbeitslosigkeit nicht nur Arbeitslose etwas angeht, sondern alle,

■ Hinwirken darauf, daß sich die Kollegen als Voraussetzung für weitere Schritte für ihre unmittelbaren Interessen als Arbeiter einsetzen, denn die Arbeiter können die Verhältnisse nur selbst ändern.

■ Solidarität mit Kollegen organisieren, die sich wehren

Außerhalb der Gewerkschaft sehen wir nur ausnahmsweise Möglichkeiten, uns an die Kollegen zu wenden. Innerhalb der Gewerkschaft zu arbeiten schließt aber ein, Aufgaben und damit Funktionen zu übernehmen. An diesem Punkt macht sich der Streit in der Gruppe fest. Für uns sind aber die offenen Fragen: Wo sind Ansatzpunkte für eine Veränderung im Denken der Kollegen? In welchen Funktionen kann sinnvoll gearbeitet werden? Letzteres kann für uns nicht nach formalen Kriterien, sondern nur nach ihrer konkreten Wirkung entschieden werden.

Die politische Arbeit muß an der Basis beginnen und in einem Vertrauensverhältnis zu den Kollegen stattfinden, das sich oft über Jahrzehnte entwickelt hat. Nur so ist es beispielsweise möglich, Erfolge z.B. gegen Ausgliederungen und in der Verteidigung von Arbeitsplätzen zu erreichen und das Bewußtsein der betroffenen Kollegen zu schärfen für überbetriebliche Zusammenhänge.

Das Denken der Kollegen über den eigenen betrieblichen Rahmen hinaus ist im allgemeinen nur gering entwickelt. Es ist aber unsere Aufgabe, dazu beizutragen, daß Kollegen zum Beispiel durch Teilnahme an Aktionen anderer Kollegen die Erfahrung gemeinsamer Probleme machen und dies im eigenen Betrieb nutzen können. Wenn hier Erfolge erzielt werden, steht die Frage von Funktionen an.

Inhaltlich mit Kollegen zusammenzuarbeiten und sich dann zu weigern, an der Umsetzung von erzielten Übereinkünften mitzuwirken, würde kontraproduktiv wirken. Der Vorwurf der Schwätzelei wäre nicht leicht zu widerlegen. Wo es gelingt, zunächst aus der Verteidigung der Arbeitsplätze entstandene Stadtteilarbeitskreise zu einem dauerhaften aktiven Arbeitskreis von Gewerkschaftern zu machen, sind dies andere Voraussetzungen für Arbeit in einem gewerkschaftlichen Gremium, als wenn jemand »den langen Marsch durch die Institutionen des Gewerkschaftsapparates« antritt, was die Dortmunder offensichtlich als den Normalfall annehmen. Nicht der Name eines Gremiums oder einer darin wahrgenommenen Funktion spielt eine Rolle, sondern die praktischen Möglichkeiten, mit betrieblichen Kollegen dort Informationen und Erfahrungen auszutauschen, dadurch solidarisches Handeln über einzelne Betriebe oder einzelne Gewerkschaften hinaus herzustellen.

Wo Konflikte besprochen und öffentlich gemacht werden können, Unterstützung durch Flugblätter und Solidarität von außen betriebliche Aktionen stärken kann, wo der 1. Mai von betrieblichen Kollegen gemeinsam und selbständig organisiert werden kann, ist die Übernahme einer gewerkschaftlichen Funktion sinnvoll, egal wie sie genannt wird. Die Arbeit ist konkret, für alle nachvollziehbar und dient dem Ziel, die Entwicklung der eigenen Kraft zu fördern. Woanders kann die gleiche Funktion völlig abgehoben, vom Apparat kontrolliert sein und damit unter völlig anderen Voraussetzungen ausgeübt werden müssen.

In Funktionen gelangt man heute schnell, wenn man aktiv ist. Wir streben diese aber nicht an, um uns an sozialpartnerschaftlichen Regelwerken abzuarbeiten oder uns als bessere Sozialarbeiter zu betätigen. Aufheben können die Verhältnisse in der Gesellschaft nur die Kollegen selbst.

Wir legen als Kriterium an, daß wir nur Funktionen übernehmen können, in denen wir unserer politischen Haltung treu bleiben können und nicht solche, die uns von den arbeitenden Menschen vor Ort entfremden. Kritik durch kritische

und selbständig denkende Kollegen ist unbedingt zu suchen, ihnen stellen wir uns regelmäßig.

Betriebsräte werden vom Unternehmer erpreßt, sie müssen dies ehrlich mit den Kollegen besprechen. Auch wenn ein Betriebsrat den Abbau nicht verhindern kann, muß er schon während der Auseinandersetzung mit dem Unternehmer die Lage deutlich machen, die Kollegen einbeziehen. Nur so können sie erkennen, daß sie sich selbst gegen den Abbau wehren müssen. Dabei kann man mit dem einen Kollegen nur das konkrete Problem, mit dem anderen auch über gesellschaftliche Zusammenhänge sprechen. Viele sehen nur ihre augenblicklichen eigenen Interessen, die denen anderer Beschäftigtengruppen im Betrieb oder in der Gesellschaft widersprechen. Wir müssen versuchen, die gemeinsamen Interessen deutlich zu machen. Die Kollegen, mit denen man sich ständig austauscht, sind ein Korrektiv für die eigene Arbeit.

Dabei machen wir nicht die Erfahrung, wegen unserer Funktion für das Handeln von Schulte, Zwickel usw. verantwortlich gemacht zu werden. Allerdings nur, weil wir unseren eigenen Standpunkt zu den Fragen deutlich machen und gegen die schädlichen Vorstöße wie die von Schulte oder Zwickel protestieren. Es gibt überall Kollegen in der Belegschaft, die den Klasseninstinkt haben, um die Unterschiede zu sehen. Das gilt auch für Betriebsräte, die sich nicht in die Nähe des Unternehmers begeben, sich seinen »Sachzwängen« unterwerfen und den Verzicht predigen, wie dies viele andere Betriebsräte tun. Wir gehen nicht von der Illusion aus, die Gewerkschaft erneuern oder erobern zu können. Wir nutzen jedoch die vorhandenen Möglichkeiten, das politische Bewußtsein von Kollegen zu fördern.

Die Gefahr läßt sich nicht bestreiten, daß Funktionen sich »verselbständigen« können. Verhältnisse können sich anders entwickeln als ursprünglich eingeschätzt. Es kann passieren, daß Aktivitäten der Basis zurückgehen, wenn Auseinandersetzungen nicht stattfinden, daß die Unterstützung und Kritik fehlt. Da gibt es Betriebsräte oder Gewerkschaftsfunktionäre, die auch dann an ihren Funktionen festhalten. Es kann passieren, daß einzelne Genossen im Sumpf der Gewerkschaftsbürokratie untergehen oder im Betrieb auf die Unternehmenseite gezogen werden. Dieser Gefahr müssen wir versuchen entgegenzuarbeiten, indem Genossen in Funktionen kritisch begleitet werden.

Gibt es dazu eine gangbare Alternative? Klar ist, daß sich die Klasse als solche organisieren muß, und sie tut das in Gewerkschaften. Im Gegensatz zu den Dortmundern setzt unsere Kritik an den Gewerkschaften nicht an dieser Frage an. Sie richtet sich vielmehr auf die politische Ausrichtung, die undemokratische Struktur usw. Hier werden wir mit unserer eigenen Schwäche (und der der Arbeiter) konfrontiert, die uns daran hindert, andere Inhalte offensiv zu vertreten.

Nach den Dortmunder Vorstellungen müßten wir uns auf der Ebene bis hin zum Vertrauensmann in Fundamentalopposition üben. Es stellt sich aber wieder die Frage: Wie soll verfahren werden, wenn sich in Auseinandersetzungen irgendwo Mehrheiten herausbilden (Kollegen zusammen tun), die eine Politik im Widerspruch zur Führung wollen? Es gibt dann nur die Alternativen, die Gewerkschaft zu verlassen und einen eigenen Laden aufzumachen (in dem dann Funktionen wahrgenommen werden können) – das wäre

dann RGO-Politik - oder Funktionen in der bestehenden Gewerkschaft wahrzunehmen oder zu verschenken.

Politische und gewerkschaftliche Arbeit mit marginalisierten Arbeiterschichten

Wer gehört zu diesem ständig zunehmenden Sektor?

■ Werkvertragsarbeiter auf dem Bau aus Osteuropa, England oder Portugal, die ihre Situation im Vergleich mit ihrer Heimat als Fortschritt betrachten,

■ Arbeiter auf Billigflagenschiffen,

■ Beschäftigte von ausgelagerten Betriebsteilen, die durch tatsächliche oder vorgetäuschte Erpeßbarkeit ihres Arbeitgebers soziale Standards nicht verteidigen können,

■ Scheinselbständige,

■ Angehörige besonderer Arbeitsmärkte wie ABM, befristet Beschäftigte, Einstiegslohner, geringfügig Beschäftigte etc.

Die Gewinner der Strukturveränderungen sollen hier nicht näher betrachtet werden. (Hinzu kommt, daß die Einordnung nach Gewinnern und Verlierern sich wieder ändern kann.⁵⁾ Hier geht es um die Menschen, die tatsächlich auf längere Dauer aus den gesicherten Beschäftigungsverhältnissen abgedrängt werden. Gewerkschaften spielen hier im wesentlichen keine Rolle.⁶⁾

Wie kann sich hier Klassenbewußtsein bilden und wie kann es organisiert werden? Es gibt einige zarte Pflanzen, die sich um dieses Problem ranken, aber nicht recht gedeihen wollen: Aus dem gewerkschaftlichen Sektor Arbeitslosenarbeitskreise und ähnliches, es gibt Arbeitslosen- und Jobberinitiativen verschiedenster Hintergründe und Ausrichtungen. Aus der Gewerkschaftsszene kommt hauptsächlich die Intention, die Leute sozial zu betreuen bis zum (zunehmend unrealistischen) Wiedereintritt in »ordentliche« Erwerbsarbeit, während bei Autonomen oftmals die Einstellung vorherrscht, sich in Nischen einzurichten.

Beides kann nicht unser Ziel sein. Vielmehr muß es darum gehen, das Gemeinsame in der Lage aller abhängig Beschäftigten (oder Nicht- bzw. Unterbeschäftigten) herauszuarbeiten und auf dieser Grundlage das eigene Interesse zu bestimmen und durchzusetzen.

Dazu ein Beispiel: Im Bereich der Bauindustrie werden zur Zeit (abnehmend) Arbeiter in traditionellen Beschäftigungsverhältnissen und gleichzeitig andere in verschiedenen ungeschützten Verhältnissen eingesetzt. Die IG BAU verfolgt scheinbar zwei Strategien gleichzeitig, die sich gegenseitig widersprechen: Sie setzt sich zum einen für einen faktischen Mindestlohn auf deutschen Baustellen ein, der ein auskömmliches Leben am Ort der Arbeit ermöglichen würde. Mit diesem Konzept könnte sie mit Aussicht auf Erfolg versuchen, die Arbeiter aus anderen Beschäftigungsverhältnissen in ihren Kampf einzubeziehen. Stattdessen versucht

5 So scheint es z.B. in der Automobilzulieferindustrie durch die rabiate Einkaufspolitik der Automobilfirmen zu Kapitalkonzentrationen gekommen zu sein, die die Branche so verhandlungsstark gemacht hat, daß ein neuer Kernbereich der Produktion entstanden ist.

6 Eine wichtige Ausnahme sind die Billigflagenschiffe: die ITF versucht seit einigen Jahren, in diesem speziellen Sektor Tarifverträge durchzusetzen. Obwohl es nur selten gelingt, die Seeleute an Aktionen zu beteiligen (und wenn, dann geht es meist darum, mit einer Abfindung den Seelenverkäufer zu verlassen), gewinnt sie in diesem Bereich wieder an Einfluß (Tarifgebundenheit der Billigflagenschiffe zur Zeit ca. 30%).

sie gleichzeitig, mit Hilfe staatlicher Stellen illegal Beschäftigte von den Baustellen vertreiben zu lassen. Damit setzt sie sich (wohl nicht zu Unrecht) dem Verdacht aus, auch den Mindestlohn nur zur Abschottung »ihres« Arbeitssegments zu fordern.

Trotzdem behält der Mindestlohn seinen fortschrittlichen Charakter. Selbst die ausgeleierte gewerkschaftlichen Reformfloskel vom gleichen Lohn für gleiche Arbeit, der hier betriebs- und verbandsübergreifend gefordert wird, ist ein Ansatzpunkt für sozialistische Politik. Wenn es gelingen könnte, mit solchen Forderungen eine gemeinsame Front von geschützt und ungeschützt Beschäftigten aufzubauen, wären wir ein gutes Stück weiter auf dem Weg zum Selbstverständnis als Klasse und zur Überwindung von Betriebs-, National- und sonstigen Egoismen.

Es zeigt sich also, daß es notwendig ist, auch unter den neuen sozialen Bedingungen in den Gewerkschaften zu arbeiten.

Wo Abwehrkämpfe gegen Unternehmerangriffe entstehen, sind es klassenbewußte, in ihren Betrieben verankerte Gewerkschafter, die ein Netz über betriebliche und einzelgewerkschaftliche Grenzen hinweg spannen können. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, die Isolierung einzelner Kämpfe zu überwinden und zur Politisierung der Auseinandersetzung beizutragen. Bremen, 28.9.97 ■

HAMBURG

Kritik der »Kritik eingefahrener Gewerkschaftsvorstellungen«

In der »Kritik eingefahrener Gewerkschaftsvorstellungen« wird die mangelnde Klarheit, die in der Gruppe bezüglich unserer Haltung zu den Gewerkschaften herrscht, beklagt. Leider enthält die »Kritik« selber einige Unklarheiten, was diese Frage angeht.

Die Kritik an der »Kritik« bezieht sich zum ersten auf die Darstellung der bisherigen Gruppenhaltung zur Gewerkschaftsfrage, zum zweiten auf die Beschreibung der Geschichte des Opportunismus in den Gewerkschaften und zum dritten auf die Schlußfolgerungen in Bezug auf unsere momentanen Aufgaben.

1. In der »Kritik« wird die bisherige Haltung der Gruppe Arbeiterpolitik zur Gewerkschaftsfrage mit einer »Anlehnung an die Arbeit von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären« beschrieben: »Gleichwohl taucht die alte Anlehnung an die Betriebsräte und die Gewerkschaften in veränderter Form in unserer Gruppe neu auf: Statt sich vornehmlich an einer politischen Perspektive auszurichten, passiert es gerade in dieser Phase (der »weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verwerfungen seit Ende der achtziger Jahre«), wo wir die Notwendigkeit sehen, unsere politischen Vorstellungen aktiv nach außen zu tragen, immer wieder, daß wir auf Betriebsräte und Gewerkschaften orientieren, weil diese eben faktisch häufig die einzigen zu sein scheinen, welche den Durchschnittskollegen organisieren und sie in die Auseinandersetzung führen. Diese Konsequenz ist selbstredend aller Wahrscheinlichkeit nach von den meisten von uns ungewollt, aber tatsächlich führt im Augenblick gerade die Notwendigkeit, politische Orientierung geben zu müssen,

in der Praxis also nicht selten wieder zu einer Annäherung an gewerkschaftliche Funktionen.«

Die Haltung der Gruppe zur Gewerkschaftsfrage hat einen Ausgangspunkt, der mit »Anlehnung an die Arbeit von Gewerkschaftsfunktionären« nicht richtig wiedergegeben wird. Im Zuge der Auseinandersetzung mit einem großen Teil der KPD-Mitgliedschaft, die 1919 aus Wut und Verbitte- rung über die Rolle der Gewerkschaftsführung bei der Niederschlagung der Räte-Bewegung so weit ging, den Aufbau eigener Verbände zu fordern, erklärte Lenin, daß man nicht davor zurückschrecken dürfe, selbst in den reaktionärsten Verbänden politisch zu arbeiten, sofern sie Teile der Arbeiterklasse organisierten.: »Doch den Kampf gegen die 'Arbeiteraristokratie'¹⁾ führen wir im Namen der Arbeitermassen und um sie für uns zu gewinnen. Diese höchst elementare und ganz augenfällige Wahrheit zu vergessen wäre eine Dummheit. Und gerade diese Dummheit begehen die 'linken' deutschen Kommunisten, die aus der Tatsache, daß die Spitzen der Gewerkschaften reaktionär und konterrevolutionär sind, den Schluß ziehen, daß man ... aus den Gewerkschaften austreten!!, die Arbeit in den Gewerkschaften ablehnen!! und neue, ausgeklügelte Formen von Arbeiterorganisationen schaffen müsse!! Das ist eine so unverzeihliche Dummheit, daß sie dem größten Dienst gleichkommt, den Kommunisten der Bourgeoisie erweisen können. Denn unsere Menschewiki sind wie alle opportunistischen, sozialchauvinistischen und kautskyanischen Führer der Gewerkschaften nichts anderes als 'Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung' (...). Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie (...) überlassen. (...) Will man den Massen helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der 'Masse' erwerben, so darf man sich nicht fürchten vor Schwierigkeiten, darf man sich nicht fürchten vor Schikanen, den Fußangeln, den Beleidigungen und Verfolgungen seitens der 'Führer' (...) und muß unbedingt dort arbeiten wo die Massen sind. Man muß jedes Opfer bringen und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in all denjenigen – und seien es auch die reaktionärsten – Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt.« (W. I. Lenin, Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Ausgewählte Werke in drei Bänden, Bd. 3, Dietz Verlag Berlin, 1970, S.420 ff., Hervorhebungen übernommen)

An anderer Stelle betont Lenin, daß sich die Frage des revolutionären Subjekts in Deutschland völlig anders stelle als in Rußland. War in Rußland die Frage entscheidend, ob die Bauernmassen als Verbündete des Proletariats gewonnen werden könnten, so war es in Deutschland die Frage nach der Gewinnung der Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten

Arbeiterinnen und Arbeiter. Der Sozialchauvinismus war in Deutschland wesentlich stärker als der Menschewismus in Rußland, entsprechend mußten eigene, für Deutschland spezifische Formen des Kampfes gegen den Reformismus gefunden werden. Diese Formen fand die KPD im Verlauf des Kapp-Putsches. Der Generalstreik und die gemeinsamen Aktionen von sozialdemokratischen, kommunistischen und anarchistischen Arbeiterinnen und Arbeitern gegen den konterrevolutionären Putsch entfalteten eine solche Gewalt und entwickelten eine solche Eigendynamik, die mit der Befreiung der Ruhrgebietes durch die Rote Armee klar in Richtung einer proletarischen Revolution wies, daß die SPD-Führung davon stark traumatisiert wurde und 1933 lieber den Faschisten die Macht überlies, als noch einmal die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Betrieben zu rufen.

Hatte die Sozialdemokratie aus den Ereignissen nach dem Kapp-Putsch die Lehre gezogen, ein für allemal die Finger von politischen Streiks oder gar Generalstreik zu lassen, führte die Entwicklung auf Seiten der KPD zur Einheitsfrontpolitik. Brandler hatte betont, daß man die Einheitsfront nicht »erfunden«, sondern daß die Arbeiterklasse sie zur Abwehr der Konterrevolution »gefunden« habe. Im Gegensatz zu dieser Politik, die in voller Übereinstimmung mit Lenin auf die Gewinnung der Mehrheit der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter zielte, setzten sich spätestens seit 1928 »ultralinke« Strömungen in der KPD durch. Durch die RGO-Politik und die katastrophale Fehleinschätzung der sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen als Sozialfaschisten wurden die gewerkschaftlich Organisierten der Sozialdemokratie überlassen und die kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeiter an der Herstellung der Einheit im Kampf gegen den Faschismus gehindert. Die Machtübernahme der Nazis hätte nur durch den gemeinsamen Widerstand der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiter verhindert werden können.

Der Grundgedanke der von Lenin formulierten und von der Brandler/Thalheimer-Fraktion in der KPD praktizierten Haltung zur Gewerkschaftsfrage besteht also darin, daß in Deutschland als entwickeltem Industrieland das Proletariat das entscheidende revolutionäre Subjekt ist, und daß es zur Gewinnung der Mehrheit zumindest der organisierten Teile der Arbeiterklasse notwendig ist, selbst in den reaktionärsten Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt. Dazu gehören natürlich nicht nur die Gewerkschaften, ein Engagement in anderen Gruppen, die mit den Verhältnissen in Widerspruch geraten, ist darin eingeschlossen. Die bisherige Theorie und Praxis der Gruppe hat also einen Ausgangspunkt, die nichts mit »Anlehnung an Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre« zu tun hat, sondern Betriebe und Gewerkschaften als ein Feld der Auseinandersetzung, als ein Kampffeld mit dem Sozialchauvinismus ansieht. Weil dieser Kampf immer auch ein praktischer ist, kamen unsere Genossinnen und Genossen zweifellos in Situationen, in denen ein »entweder - oder« nicht weiterhalf, in der die unterschiedlichsten Formen gewählt werden mußten, um dem Inhalt revolutionärer Gewerkschaftspolitik gerecht zu werden. Entscheidend ist nicht die Frage, wie reaktionär ein Verband ist, sondern ob man die Widersprüche in einem solchen Verband nutzen kann, um die Kolleginnen und Kollegen in die Auseinandersetzung mit dem

1) Der Begriff der „Arbeiteraristokratie“ bei Lenin entspricht einer russischen Perspektive auf die deutsche Arbeiterbewegung und ist mit etwas Vorsicht zu genießen. Obwohl der grundsätzliche Zusammenhang zwischen Imperialismus, vergleichsweise besseren Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung und Opportunismus in der Arbeiterbewegung nicht bestritten werden kann, darf nicht mechanisch gefolgert werden, die Belegschaften oder Branchen mit den höchsten Löhnen seien auch die reaktionärsten gewesen. Zum Teil erhielten gerade kommunistisch gesinnte Belegschaften aufgrund ihrer Kampfbereitschaft vergleichsweise hohe Löhne.

Klassengegner zu führen und dort die reaktionäre und sozialchauvinistische Ideologie zu zersetzen.

Insofern ist es auch zur Begründung einer Aktivität in den Gewerkschaften nicht entscheidend, inwiefern sich die DGB-Gewerkschaften von Gelben Gewerkschaften unterscheiden oder ihnen gleichen. Die DGB-Gewerkschaften wurden von den westlichen Besatzungsmächten zugelassen: »Ihre Zulassung wurde von der Bedingung abhängig gemacht, daß sie nichts gegen die alliierten Besatzungsbehörden unternehmen. Ihre zugelassene Tätigkeit (...) ist also nur die von Hilfsorganen zur Durchführung der Zwecke der Besatzungsbehörden. Sie sind keine selbständigen Organisationen für die Vertretung der eigenen Interessen und Zwecke der deutschen Bevölkerung.« (A. Thalheimer, Westblock-Ostblock, Gruppe Arbeiterpolitik, Hrsg., 1992, S. 58)

»Zweck« der westlichen Besatzungsmächte war es, unter allen Umständen die kapitalistische Klassenherrschaft in ihrem Einflußbereich aufrechtzuerhalten. Der DGB ist von seiner Herkunft und Praxis so stark mit dem bestehenden System verwurzelt, daß er »politisch um fast jeden Preis auf das kapitalistische System orientieren« wird. Obwohl die DGB-Gewerkschaften andere Finanzierungsquellen haben als die Gelben, werden ihre Führer eher die Zerstörung der Gewerkschaften in Kauf nehmen, als gegen das kapitalistische System zu mobilisieren. Auch ihre in der »Kritik« angesprochene Rolle als »Co-Manager« läßt die Grenze zu gelben Gewerkschaften undeutlich werden.

Andererseits müssen auch gelbe Gewerkschaften in bestimmten geschichtlichen Momenten »aktiv werden«, wenn ihre Basis sie dazu zwingt. Im zaristischen Rußland hatte der Polizei-Oberst Subatow Arbeitervereine gegründet, die unter dem Einfluß der zaristischen Polizei standen. Auch in diesen Vereinen waren Bolschewiki tätig. Den Arbeitern wurde von der Gewerkschaftsführung erzählt, die Regierung sei zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen bereit. »Die Subatowschen Vereine gaben im Frühling 1904 die Parole zu dem großen Generalstreik in Odessa, wie im Januar 1905 zu dem Generalstreik in Petersburg. Die Arbeiter in Odessa, die in den Wahn von der aufrichtigen Arbeiterfreundlichkeit der Regierung und ihrer Sympathien für rein ökonomischen Kampf gewiegt wurden, wollten plötzlich eine Probe aufs Exempel machen und zwangen den Subatowschen 'Arbeiterverein', in einer Fabrik den Streik um bescheidenste Forderungen zu erklären. Sie wurden darauf vom Unternehmer einfach aufs Pflaster gesetzt, und als sie von dem Leiter ihres Vereins den versprochenen obrigkeitlichen Schutz forderten, verduftete der Herr und ließ die Arbeiter in wilder Gärung zurück. Als bald stellte sich die Sozialdemokratie an die Spitze und die Streikbewegung sprang auf andere Fabriken über. (...) Die geschichtliche Dialektik hat wieder Gelegenheit genommen, einen ihrer hübschen boshaften Streiche auszuführen...« (R. Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Schriften zur Theorie der Spontanität, Rowohlt, 1970, S. 101)

2. Es ist richtig, daß seit den Anfängen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Deutschland der Sozialchauvinismus ungeheuer an Boden gewonnen hat. Allerdings gab es von Anfang an rückständige Tendenzen in der deutschen Arbeiterbewegung, Standes- statt Klassenbewußtsein, die Lassalleschen Vorstellungen von der Lösung der sozialen Frage durch staatlich geförderte Produktiv-Genossenschaften usw. In der Anfangsphase der deutschen Sozialdemokra-

tie wurde den Arbeiterinnen und Arbeitern durch die herrschenden Klassen der Stiefel aber so offen und brutal ins Gesicht gedrückt, daß Vorstellungen von einer Zusammenarbeit zwischen den Klassen wenig Resonanz fanden.

Waren die Gewerkschaften zunächst also die »Kriegsschule der Arbeiterklasse« (F. Engels), so sollte das Bild der gewerkschaftlichen Einheit bald bröckeln. Der ungeheure Aufschwung der deutschen Industrie am Ende des 19. Jahrhunderts und die relativen Erfolge in der Kolonialpolitik führten zur Entstehung einer »Arbeiteraristokratie«, die ihren politischen Ausdruck im Revisionismus und Sozialchauvinismus großer Teile der Parteiführung und einem noch größeren Teil des Gewerkschaftsapparates fand. »Im Westen (...) hat sich eine viel stärkere Schicht einer beruflich beschränkten, bornierten, selbstsüchtigen, verknöcherten, eigenützigen, spießbürgerlichen, imperialistisch gesinnten und vom Imperialismus bestochenen, vom Imperialismus demoralisierten 'Arbeiteraristokratie' herausgebildet als [in Rußland].« (W. I. Lenin, a.a.O., S. 422) Cecil Rhodes hatte formuliert: »Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialist werden!« Konsequenz führte diese Politik 1914 zur Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion und zur Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften, ohne die die Führung des Krieges für die herrschenden Klassen nicht möglich gewesen wäre. Nach dem Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 schrieb der ehemalige Reichskanzler Bethmann-Hollweg an den Führer der freien Gewerkschaften Carl Legien: »Ihre Ziele sind das nicht. Daß Sie mit Ernst und Treue zu dem Ihnen anvertrauten Werk stehen, daß Sie und die von Ihnen geleiteten Gewerkschaften ein Herz für die Zukunft unseres Volkes haben, weiß ich aus der Mitarbeit, die Sie mir geleistet haben, der ich mich stets mit besonderer Freude erinnern werde, und die Ihnen das Land auf immer zu danken haben wird.« (A. Enderle u.a., Das rote Gewerkschaftsbuch, 1932, Gruppe Arbeiterpolitik, Hrsg., 1980, S. 15) Von den Gewerkschaften im Kaiserreich als »Kampforganisationen (...), welche zumindest prinzipiell den Anspruch hatten, zur revolutionären Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft beitragen zu wollen«, wie es in der »Kritik« heißt, kann zumindest seit Anfang des 20. Jahrhunderts keine Rede mehr sein.

Auch der ADGB erscheint in der »Kritik« in zu positivem Licht: »Selbst wenn der ADGB ehemals einen Sozialismus anstrebte, der nach 1917 sogar ausdrücklich vom Kommunismus abgegrenzt wurde, sah er auch noch zu Weimarer Zeiten doch seine Perspektive in einer Gesellschaft, die zumindest langfristig gesehen, jenseits der kapitalistischen anzusiedeln war.« Diese Behauptung trifft vielleicht für Teile der Basis zu, keinesfalls aber für die Gewerkschaftsführung. »Sozialismus? In der Führung der freien Gewerkschaften hatte man sich diesem Kampfziel längst abgewandt. Wer ihm verhaftet blieb, wurde Gegenstand überheblichen Spotts. (...) 'Es ist daher ein gesunder Zug', schrieb beispielsweise Lothar Erdmann, der Schriftleiter der wissenschaftlichen Zeitschrift des ADGB 'Die Arbeit', 'daß in den sozialdemokratischen Programmen der zukünftige deutsche Staat, selbst wenn er nicht zum Paradies werden sollte, eine wichtigere Rolle spielt als der Zukunftsstaat, der im Grunde genommen genau so ein Stück Metaphysik, ein Jenseits ist wie der christliche Himmel.'« (A. Enderle, a.a.O., S. 9) Zwar redeten die ADGB-Funktionäre in der Weltwirtschaftskrise wieder vom Sozialismus, was aber mehr mit dem Scherbenhaufen zu tun hatte,

in dem die Illusionen über den vorhandenen »deutschen Staat« lagen, als mit ihrer wirklichen Überzeugung. Bestimmend für die politische Haltung der ADGB-Führung war vielmehr die Äußerung Tarnows: »Wir wollen Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus sein«.

Zwar war auch bei den freien Gewerkschaften des Kaiserreichs die Anlehnung an den Staat sehr ausgeprägt. Aber der kaiserliche Staat hatte bis zum Beginn des 1. Weltkrieges die Gewerkschafter als »vaterlandslose Gesellen« von sich gestoßen. Im Verlauf der Novemberrevolution wurde am 23. Dezember 1918 der Tarifvertrag als »rechtsschöpferischer Faktor« durch den Rat der Volksbeauftragten, die damalige Reichsregierung, anerkannt. »Der Staat wurde Garant der Tarifverträge und verbürgte mit seiner ganzen Macht deren Einhaltung. (...) Dieselbe Dezember-Verordnung stellte auch das bereits im Hilfsdienstgesetz fixierte Schlichtungswesen auf eine neue Basis und öffnete dem Staat einen weiteren weitgehenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Angesichts solcher Machtfülle, mit denen einerseits der Staat die Gewerkschaften, andererseits sich selbst bei der Regelung der Arbeitsbedingungen ausgestattet hatte, ergab sich fast zwangsläufig auch eine Änderung der Stellung der Gewerkschaften zum Staat. (...) Es war ein Staat da, der die Gewerkschaften an sich zog, der ihnen weitgehende Rechte einräumte, der sie seinem Schutz unterstellte und ihnen gewissermaßen als ein großer hilfreicher Bruder, eine Stütze der Schwachen erschien. Mußten nicht unter diesen Umständen die Gewerkschaften die ihnen dargereichte Hand einschlagen und sich hundertprozentig zu diesem Staat bekennen? Sie taten es. (...)

So wurde der einstmals von der Polizei verfolgte und von den Unternehmern nur von oben herab angesehene 'Streikverein' selber zu einem Stück des neuen Staates. Die große Wandlung zeigte sich auch rein äußerlich. Kleine, bisher in der Öffentlichkeit kaum beachtete Gewerkschaftssekretäre vertauschten ihre harten klapprigen Stühle mit gepolsterten Ministersesseln. Durch die Fenster ihrer Büros blickten sie nicht mehr auf lichtlose Hinterhöfe, sondern auf helle breite Straßen. Die höchsten Staatsämter öffneten sich ihnen, und wo sie bisher nur [im Vorzimmer warten] durften, um nachher bestenfalls doch nur wieder mit einigen leeren Trostworten entlassen zu werden, da schwangen sie (...) nun das Zepter.« (A. Enderle, a.a.O., S. 18 ff.)

Der Unterschied zu heutigen Gewerkschaftsfunktionären besteht also in ihrer sozialen Umgebung in Form der Mitgliedschaft, nicht aber in ihrem prinzipiellen Herangehen und ihrer theoretischen Haltung. Es ist richtig, daß ein heutiger »Gewerkschaftsfunktionär einen Aufstieg innerhalb dieser Gesellschaft und damit den harmonischen Interessenausgleich prinzipiell für möglich hält«, wie es in der »Kritik« heißt, aber daß er sich darin vom ADGB-Funktionär unterscheidet, »der nur so handelte, weil er es für 'taktisch' angebracht hielt«, ist so nicht richtig.

Was die freien Gewerkschaften des Kaiserreichs vom ADGB, diesen wieder vom DGB unterscheidet, sind die Kräfteverhältnisse innerhalb der Gewerkschaft, was sie verbindet ist der gleiche Typus des sozialchauvinistischen, vom Imperialismus bestochenen Funktionärs, der in verschiedenen Zeiten verschiedene Formen zeigt, dessen politischer Inhalt aber gleich bleibt. Die Formen, in denen sich der opportunistische Funktionär bewegt, hängen davon ab, inwieweit er

auf eine in Teilen klassenbewußte Mitgliedschaft Rücksicht nehmen muß, diese Mitgliedschaft wieder ist abhängig von den objektiven Verhältnissen, von ihrer Lebenssituation. Die objektive Lage der Bevölkerung verschlechtert sich aber zusehens, wachsende Arbeitslosigkeit, Ausdehnung prekärer Arbeitsbedingungen, Unterwerfung der Kernbelegschaften unter die Erpressungen und Diktate des Kapitals.

3. In der »Kritik« heißt es: »Allein die Festigung der Kontakte zwischen genau den Kollegen in den Betrieben, die schon nicht mehr bereit sind, die traditionelle Politik mitzumachen, muß den Inhalt unserer politischen Arbeit bestimmen.« Was ist mit den Kolleginnen und Kollegen, die noch in sozialpartnerschaftlichen Illusionen befangen sind, also der überwältigenden Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung? Wenn es nicht mehr darum geht, die Mehrheit zumindest der organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter zu gewinnen – und die Nicht-Organisierten sind keinesfalls fortschrittlicher – dann stellt sich die Frage, wer heute das revolutionäre Subjekt ist? In der »Kritik« löst sich das revolutionäre Subjekt in einigen Stellen tatsächlich auf: »[In der Weimarer Republik] isolierte man sich durch die RGO-Politik automatisch vom Großteil der Arbeiterbewegung. Weil es eine solche dieser Tage praktisch nicht mehr gibt, könnten wir uns heute selbst mit einer traditionellen RGO-Forderung schlecht isolieren.« Das klingt sehr stark nach Beliebigkeit!

Wenn wir weiter davon ausgehen, daß die arbeitende Klasse im entwickelten Kapitalismus Subjekt der Revolution ist, die Klasse, unter deren Führung andere Schichten der Bevölkerung in die revolutionäre Auseinandersetzung geführt werden, muß weiterhin die Frage gelten, wie die Mehrheit dieser Klasse in die Lage versetzt werden kann, ihre geschichtliche Rolle zu übernehmen, wenn sie nicht untergehen will.

In der »Kritik« wird gesagt: »Das was wir unter Kommunismus verstehen, ist zwar geprägt durch gut hundertfünfzig Jahre weltweiter revolutionärer Bewegung, aber wir wissen sehr genau, daß er kein Dogma ist, sondern einzig und allein entscheidend die Bewegung ist, welche die augenblicklichen Verhältnisse grundlegend ändert.«

Bei Marx heißt es genauer: »Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.« (K. Marx, F. Engels, Die deutsche Ideologie, in: Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin, 1987, S. 226)

Zu den wirklichen, materiellen Voraussetzungen dieser Bewegung sagt Lenin: »Wir können (und müssen) beginnen, den Sozialismus aufzubauen, und zwar nicht aus einem phantastischen und nicht aus einem von uns speziell geschaffenen Menschenmaterial, sondern aus dem Material, das uns der Kapitalismus als Erbteil hinterlassen hat. Das ist sehr 'schwer', wer will es leugnen, aber jedes andere Herangehen an diese Aufgabe ist so wenig ernst, daß es gar nicht lohnt, davon zu reden.« (W.I. Lenin, a.a.O., S. 420)

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als dort, wo sich überhaupt noch Arbeiterinnen und Arbeiter organisieren, die Ideologie der viel stärker als 1920 »beruflich beschränkten, bornierten, selbstsüchtigen, verknöcherten, eigennütigen, spießbürgerlichen, imperialistisch gesinnten und vom Impe-

rialismus bestochenen 'Arbeiteraristokratie'« zu bekämpfen. Das ist sehr schwer, wer will es leugnen. Was wir der Gewerkschaftsbürokratie voraus haben, ist die Erkenntnis, daß der Kapitalismus die Existenz der arbeitenden Bevölkerung nicht dauerhaft sichern kann, daß unter den gegebenen globalen Kräfteverhältnissen der bundesrepublikanische Arbeiter-Kleinbürger mit Gewalt in Lebensverhältnisse zurückgeworfen wird, die denen Anfang des Jahrhunderts gleichen. Ihre sozialpartnerschaftlichen Illusionen fallen den Menschen momentan wie ein Backstein auf den Kopf, wie Brandler einmal prophezeit hat. Zwischen dem Aufprall des Backsteins, dem Sturz und dem Wiederaufstehen liegt eine Zeitspanne, deren Dauer niemand vorhersehen kann.

Es geht jedenfalls nicht darum, den Gewerkschaftsapparat zu erneuern oder »ein Viertel der Organisation« zu erobern, sondern darum jeden Widerspruch im Gewerkschaftsapparat zu nutzen, um den Kontakt mit den noch rückständigen, in Illusionen gefangenen Kolleginnen und Kollegen herzustellen und zu halten, um sie zu unterstützen, wenn sie in Bewegung kommen und die Subatows und Hans Bergers vor sich her treiben. Um dem Inhalt revolutionärer Gewerkschaftsarbeit gerecht zu werden, darf vor den verschiedenen Formen, vom einfachen Mitglied bis zum ehrenamtlichen Funktionär oder Betriebsrat, nicht zurückgeschreckt werden. Die bisherige Handlungsweise hat nie darin bestanden, sich an Betriebsrats- und Gewerkschaftsfunktionen »anzulehnen«. Sie findet auch jetzt nicht »ihre Grenzen«, wo ihr der Rahmen einer rein ökonomischen Interessenvertretung zu eng wird, im Gegenteil!

Die Verschlechterung der objektiven Lage großer Bevölkerungsteile schafft die Voraussetzungen für die Ablösung sozialpartnerschaftlichen Denkens durch gewerkschaftliches

Zwei Stellungnahmen erreichten uns zu dem politischen Prozeß gegen Angehörige des ehemaligen SED-Politbüros, die erste aus Westdeutschland, die zweite aus den Neuen Bundesländern dieser Republik. Der unterschiedliche Erfahrungshintergrund setzt verschiedene Schwerpunkte in der Darstellung. Die Redaktion wird die Diskussion fortführen. ■

HAMBURG

Willkürjustiz? – Klassenjustiz!

Die Stellungnahme des Bundesvorstands der PDS zur Verurteilung von E. Krenz, G. Schaboswki und G. Kleiber und andere Äußerungen von PDS-Bundesvorstandsmitgliedern zu diesem Prozeß werfen ein Schlaglicht auf das politische Niveau der PDS-Führung.

Anstatt die politische Funktion, die die Prozesse gegen ehemalige DDR-Politiker für die herrschende Klasse in der BRD haben, zu erklären, nutzt der PDS-Bundesvorstand die Verurteilungen, um sich bei den bürgerlichen Parteien als „geläuterte Demokraten“ anzubiedern.

Wie anders ist es sonst zu erklären, daß in der Stellungnahme die Konstruktion der Staatsanwaltschaft, »die Angeklagten« seien politisch verantwortlich für die sogenannten Mauertoten, von der PDS aufgegriffen und betont wird, man habe sie deshalb schon im Januar 1990 aus der Partei ausgeschlossen.

Klassenbewußtsein. Dies geschieht aber keinesfalls automatisch. Lenins Argument, Kommunisten müßten selbst in den reaktionärsten Vereinen aufklärend und organisierend tätig sein, wenn sie dort proletarische oder halbproletarische Massen finden, trifft selbst auf die zweifellos reaktionären, zweifellos konterrevolutionären, von den westlichen Besatzungsmächten gegründeten DGB-Gewerkschaften zu. Wenn überhaupt Kolleginnen und Kollegen aufgrund von Unternehmerangriffen in Bewegung geraten, wenden sie sich dahin, wo sie Hilfe und Unterstützung erwarten. Das sind in der Regel die Gewerkschaften und nicht beispielsweise die DKP.

Soweit das unsere geringen Möglichkeiten zulassen, dürfen wir sie dort nicht dem Einfluß der »Agenten der Bourgeoisie«, den reaktionären Gewerkschaftsfunktionären überlassen. Dort werden die Beschäftigten die Erfahrung machen, daß ihre Interessen bei nächster Gelegenheit verraten werden, bevor auch nur der Versuch unternommen wird, sich gegen die Maßnahmen zu wehren, bzw. sich um Unterstützung außerhalb des Betriebs oder der Branche umzusehen. Diese kampflose Kapitulation bereitet auf lange Sicht den Boden für die Barbarei. Unsere Aufgabe ist es, uns dort, wo wir können, einzumischen, die Zusammenhänge zu erklären und Vorschläge zu machen, auf welche Weise sich die arbeitende Bevölkerung zur Wehr setzen kann. Nur wenn es der arbeitenden Bevölkerung gelingt, die Isolation zwischen Betrieben, Branchen und schließlich des nur-gewerkschaftlichen Kampfes zu überwinden, ihre eigene Kraft zu erkennen und den wirklichen Gegner ins Visier zu bekommen, kann die sozialchauvinistische und rassistische Propaganda zersetzt und der Weg für gewerkschaftliches und schließlich politisches Klassenbewußtsein freigemacht werden. ■

Einmal davon abgesehen, daß diesem Ausschluß keine innerparteiliche Diskussion vorausging, kam dies einer Vorverurteilung gleich, die die ehemaligen Genossen opfert und zum Abschuß für die Klassenjustiz freigibt, um opportunistischerweise die eigene Vergangenheit vergessen zu machen.

Wieweit Opportunismus und Anbiederung in Teilen der PDS gehen, macht die Erklärung des Bundestagsabgeordneten Manfred Müller deutlich, dem die Distanzierung des Bundesvorstands noch nicht weit genug geht: Er begrüßt den »Kompromiß zwischen einem Freispruch und dem Antrag der Staatsanwaltschaft (...) Dabei wurde auch berücksichtigt, wie die Hinterbliebenen der letzten Maueropfer einen Freispruch aufgenommen hätten. Das muß man dem Gericht zugute halten.« Damit hat er »die Leistung« vollbracht, die der große »Theoretiker« der PDS, Andre Brie, für die gesamte Partei fordert: Er ist in der BRD angekommen.

Völliges politisches Unverständnis über die Funktion der bürgerlichen Justiz als ein Instrument zur Aufrechterhaltung der herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse beweist der PDS-Vorstand, wenn er behauptet, die Gleichheit der Rechtsunterworfenen sei verletzt und damit die Gerechtigkeit des Rechtsstaates, die Regelgerechtigkeit bedeute. Damit habe sich »die deutsche Justiz auf eine schiefe Ebene drängen lassen.« Das Recht sei erniedrigt worden.

Hier unterstellt die PDS ein klassenneutrales, außerhalb der gesellschaftlichen Ordnung »schwebendes« Gesetz und

erkennt nicht, daß der Justizapparat immer schon ein Mittel der herrschenden Klasse war, ihre Ordnung vor ihren Gegnern, der klassenbewußten Arbeiterbewegung, zu schützen.

Rechtsbeugung, Rechtsverdrehung, »Lug und Trug« und offener Rechtsbruch sind der bürgerlichen Rechtsprechung nichts Äußeres, sondern gehören zu ihrem Wesen, dort, wo es der Unterdrückung und Vernichtung des politischen Gegners dient.

Ist für die PDS die seit über 100 Jahren existierende Klassenjustiz mit ihren Gefängnisstrafen, die sie gegen Bebel und Wilhelm Liebknecht und ihre Mitstreiter verhängt hat, in Vergessenheit geraten?

Bebel sprach schon damals, als er im Gefängnis saß, vom »politischen Eunuchentum« des liberalen Bürgertums, das Sozialistengesetz- und Verfolgung ohne Widerstand und Protest hinnahm. Diese Tradition der Rechtsprechung im Interesse der Klassenherrschaft setzte sich fort während des 1. Weltkrieges mit der Verhängung von Gefängnisstrafen gegen die Kriegsgegner, allen voran Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Der Justizapparat war stabile Stütze der Nazibarbarei; die Richter und Staatsanwälte der Volksgerichtshöfe und Sondergerichte haben Tausende von Todesurteilen ausgesprochen und zigtausende Regimegegner in die Todeslager geschickt – nach 1945 konnten sie nicht nur in Ruhe ihre Pensionen verzehren, sie besetzten auch erneut Schlüsselstellungen und Spitzenpositionen der Bundesrepublik; kein einziger der Nazirichter und -ankläger wurde jemals belangt.

Als Generalbundesanwälte, Ministerialdirigenten, Leiter von Dezernaten für sog. Staatsschutzdelikte waren sie vielmehr erneut zuständig für die Verfolgung von Klassegegnern: Die Gesamtzahl der polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der KPD und ihre tatsächlichen oder vermeintlichen Sympathisanten wird allein für den Zeitraum von 1951 bis 1961 auf über 150.000 geschätzt; das Tragen einer roten Nelke, die öffentlich vorgetragene Forderung nach einer Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung oder die Mitwirkung an Ferienaktionen der DDR für westdeutsche Kinder, die Teilnahme an internationalen Begegnungen in Ostblockstaaten reichten aus, um drakonische Freiheitsstrafen zu verhängen – von den gleichen Richtern, die schon unter Freisler, Himmler, Heydrich »Recht« sprachen.

Allein an der Person des die Anklage gegen Krenz leitenden Staatsanwalts Bernhard Jahntz läßt sich illustrieren, mit welchem Eifer die Justiz einerseits gegen linke Gegner der bürgerlichen Ordnung vorgeht, während sie die Nazis verschonte: Beides auf der gleichen juristischen Grundlage!

»Die Woche« berichtet in ihrer Ausgabe vom 15.08.97, daß Jahntz vor 18 Jahren mit den Ermittlungen gegen Richter und Staatsanwälte des nationalsozialistischen Volksgerichtshofes betraut wurde, von denen 1979 noch 110 Beschuldigte lebten. Nach 5 Jahren sich hinschleppender Ermittlungen brachte er eine Anklage zustande; der Beschuldigte brachte sich um. Danach wurden alle anderen Ermittlungen eingestellt.

»Die Woche« kommentiert diesen Vorgang wie folgt: »Unsinn wäre es, dem Staatsanwalt Jahntz persönlich anzukreiden, daß kein einziger der 577 Angehörigen des Volksgerichtshofs je verurteilt wurde, daß sich niemand für insgesamt 5243 Todesurteile verantworten musste. Zur kalten Amnestie hatte sich die Generation vor ihm verschworen.

Aber der Kontrast zum heißen Strafeifer heute fällt doch auf. Jahntz sagt: 'Die Fehler, die wir früher gemacht haben, werden heute nicht wiederholt'. Das heißt umfassend und zügig ermitteln, Erkenntnisse zentralisieren, zügig anklagen. 'Am 3. Oktober 1990', dem Tag der Vereinigung, 'saßen wir in den Startlöchern', sagt Jahntz.« (Die Woche, 15.08.97).

Warum aber dieser Verfolgungseifer gegenüber ehemaligen DDR-Repräsentanten? Dafür gibt es vor allem einen zentralen Grund:

Gesundheitsversorgung, Arbeitsplatz, Renten, Ausbildung, soziale Absicherung, selbst das Dach über dem Kopf – alles ist unsicher geworden; die Unzufriedenheit besonders unter der ostdeutschen Bevölkerung ist groß, immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in »parlamentarische Lösungen«. In den bürgerlichen Parteien, auch unter Vertretern der Wirtschaft, geht angesichts der Massenarbeitslosigkeit die Furcht um, daß sich die wachsende Unzufriedenheit zu aktivem Protest gegen die herrschende Eigentumsordnung wandelt. Deshalb müssen diejenigen, die sich nicht den bürgerlichen Verhältnissen unterordnen, kriminalisiert und möglichst in ihrer Existenz vernichtet werden, denn die herrschende Klasse erkennt die Gefahr, daß in der BRD Verhältnisse heranwachsen, in denen diejenigen wieder Gehör finden können, die am kommunistischen Standpunkt festhalten.

Das heißt muß, wie die Verteidiger von E. Krenz in ihren Plädoyers feststellten, die gesamte DDR in Prozessen kriminalisiert werden: »Am Ende soll die Erkenntnis stehen, daß die politische Führung der DDR aus einer Bande von Totschlägern bestand, die wegen der Schwere ihrer Verbrechen jahrelange Freiheitsstrafen anzutreten haben. Die sich hieraus zwangsläufig ergebende rigorose moralische Verdammung des ganzen Systems, das 40 Jahre von Verbrechern beherrscht worden sein soll, diskreditiert alles, was die DDR geschaffen hat. Wer auch immer und wann auch immer kommen wird und Kritik am bestehenden System unter Hinweis auf mögliche Errungenschaften der untergegangenen DDR äußern wird, dem werden die hiesigen Urteile entgegengehalten werden. Eine Rückkehr des Sozialismus gleich welcher Form gilt es zuverlässig zu verhindern.« (ND, 5.08.97)

Das ist auch der Grund dafür, weshalb die charakterlose Bettelei des PDS-Vorstands nach »Versöhnung« mit dem Klassegegner nicht auf fruchtbaren Boden fällt und ihm nichts nützen wird – es wird mehr verlangt: Auf den Knien rutschen und die politische Vergangenheit restlos abstreifen. Solange die sozialen Errungenschaften in der ehemaligen DDR immer noch einen Maßstab darstellen, nach denen die kapitalistischen Verhältnisse beurteilt werden, braucht die herrschende Klasse in der BRD weitere Prozesse, die den Sozialismus diskreditieren sollen.

Unmittelbar nach Ende des Prozesses erklärte der Berliner Generalstaatsanwalt Christoph Schaeffgen gegenüber der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: Auch wenn keine ähnlich spektakulären Fälle mehr zu erwarten seien, so hätten seine Staatsanwälte noch die Funktionäre des DDR-Leistungssports im Visier, außerdem noch die mittlere Befehls-ebene, die Regimentskommandeure.

Die Zeit für eine Generalamnestie sei noch nicht gekommen, erklärt ergänzend »Die Welt« am 27.8.97.

Nicht »Willkürjustiz«, wie Modrow meint, beherrscht die Rechtsprechung, sondern der bewußte und kalkulierte Wille,

den Klassengegner mit juristischen Mitteln zu vernichten, um die eigene Herrschaft aufrechtzuerhalten. Wieweit dieser Vernichtungswille geht, dafür gibt es auch heute noch aktuelle Beispiele: Seit teilweise mehr als 20 Jahren sitzen Menschen in Hochsicherheitstrakten, die – wie immer man zu ihren Taten stehen mag – Kinder einer Gesellschaft sind, die es bis heute nicht zustande gebracht hat, die gesellschaftlichen Grundlagen, die zum Naziterror geführt haben, zu beseitigen.

Auch wenn der RAF das Wissen und die Erfahrung fehlte, daß ohne die Eroberung der politischen Macht durch die unterdrückte Klasse Wirtschaft und Justiz vom Geist der bürgerlichen Klasse beherrscht sind, sie wollten die radikale Änderung der gesellschaftlichen Grundlagen, die den Nationalsozialismus erst ermöglicht haben, die Abrechnung mit den Kräften, die nach 1945 erneut die Macht im Staatsapparat und in der Wirtschaft übernahmen.

Wegen dieser »Gesinnung« werden ihnen elementare Rechte verweigert, sie werden isoliert, physisch und psychisch zerstört, abgeschottet in Hochsicherheitstrakten; dies alles ganz legal und auf der Basis von Gesetzen und Bestimmungen. Und diese Gesetze und Ausführungsbestimmungen sind wiederum die Grundlage für darüber hinausgehende Auslegungen und Interpretationen. Im Zusammenhang mit den politischen Gefangenen heißt das, daß sogar die medizinische Versorgung von teilweise lebensbedrohlich erkrankten Gefangenen verschleppt oder sogar gänzlich verweigert wird, und das mit der absurden Behauptung gerechtfertigt, es bestünde bei einer Untersuchung in einem Krankenhaus oder durch einen Arzt des Vertrauens die Gefahr einer Gefangenenbefreiung.

Derjenige interpretiert das Recht und setzt es um, der die Macht hat: Rechtsverhältnisse sind Machtverhältnisse! Aber offensichtlich haben etliche führende Genossen der PDS Illusionen in das Rechtsverständnis und die Vertragstreue von Vertretern der herrschenden Klasse der BRD, wenn sie moralisch beklagen, man verstoße mit den Aburteilungen gegen den Einigungsvertrag, in dem doch festgelegt sei, daß vor dem 3. Oktober 1990 begangene Straftaten nach dem Recht der DDR zu beurteilen sind.

Was kümmert die westdeutschen Richter, Staatsanwälte und Politiker noch »der Schnee von gestern«? Weiß die PDS denn nicht, das Vertragsbruch, austricksen, »über den Tisch ziehen« zum ganz normalen Geschäftsgebaren in der bürgerlichen Gesellschaft gehört?

Vor dem Zusammenbruch der DDR waren die Vertreter der herrschenden Klasse der BRD aus taktischen Gründen bereit, alles zu unterzeichnen, wenn es nur der Durchsetzung ihrer Interessen: Einverleibung der DDR und Zerstörung ihrer gesellschaftlichen Grundlagen, diene; damals mußte auch noch Rücksicht genommen werden auf die Sowjetunion. Diese Rücksichtnahme ist heute – angesichts der politischen Schwäche der sozialistischen Bewegung – nicht mehr nötig; da nützt es auch nichts, wenn Gorbatschow das deutsche Gericht an den Inhalt des Einigungsvertrages erinnert.

Wir waren niemals unkritisch gegenüber der sowjetischen Besatzungspolitik in Ostdeutschland, später der DDR, und der unter sowjetischem Einfluß stehenden von der SED praktizierten Politik; wir haben sie stets aus der weltpolitischen Lage und den herrschenden Klassengegensätzen – ausgedrückt im Ost-Westgegensatz – erklärt.

Aber unsere Kritik an den in der DDR und im Ostblock herrschenden Verhältnissen hatte nichts gemein mit den bürgerlichen Standpunkten – im Gegenteil – sie war ihnen entgegengesetzt, da wir grundsätzlich den Sozialismus gegenüber den Angriffen der bürgerlichen Klasse verteidigt haben.

Gegenüber diesen Angriffen verteidigen wir deshalb auch Krenz, andere Funktionäre der SED und der NVA. Ja, sogar Schabowski und Kleiber, die im Unterschied zur aufrechten Haltung von Krenz, die unseren Respekt verdient, das »mildere Urteil« einer devoten und unsolidarischen Haltung zu verdanken haben, denn in diesem Prozeß geht es nicht um die unterstellte Beteiligung an der Erschießung von Menschen; es geht um etwas ganz anderes: Mit Hilfe der Klassenjustiz soll verhindert werden, daß sich erneut eine sozialistische Perspektive entwickelt. Dieses offenzulegen ist die PDS-Führung offenbar nicht willens und nicht in der Lage. ■

(OST-) BERLIN

Politbüroprozeß

Seit Wochen beschäftigt der sogenannte „Politbüroprozeß“ die deutschen Medien. Die Wortwahl ist verräterisch: Die veröffentlichte Meinung geht wie selbstverständlich davon aus, daß es sich bei dem Spektakel um einen Prozeß gegen das politische Führungsgremium der DDR handelt, die angeklagten Personen sind eher zufällig – die heute unter 70-jährigen ehemaligen Politbüromitglieder, die noch als verhandlungsfähig gelten müssen.

Vorgeworfen wird drei Politbüromitgliedern mit sehr unterschiedlicher Verantwortung in der DDR Totschlag, ausgeübt von Soldaten an den Staatsgrenzen der DDR. Ein sehr ungewöhnlicher Vorgang, möglich nur in Deutschland, weil nur hier der ruhmlose Untergang eines sozialistischen Ansatzes zugleich der Sieg einer herrschenden bürgerlichen Klasse und ihres funktionierenden Staats- und Machtapparates darstellte. Man stelle sich etwa den gleichen Vorgang in Rußland vor, wo der ehemalige Amtskollege des in Deutschland verurteilten Schabowski heute der von deutschen Politikern hofierte Präsident ist.

Der Vorwurf des Totschlages gegen Krenz, Schabowski und Kleiber wird mit der Tatsache begründet, daß an den Grenzen der DDR bei illegalem Grenzübertritt von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. Das ist nun wahrlich keine Besonderheit der DDR. Das ist in vielen Staaten der Welt Gang und Gäbe. Die Besonderheit in der DDR bestand vielmehr darin, daß diese Ihren Bürgern keine Reisefreiheit gewähren konnte, weil sie, anders als immer behauptet, sich ihres Charakters als Staates der Arbeiter, Bauern und aller Werktätiger offensichtlich keineswegs sicher war. Dazu beigetragen hat aber auch die Politik der Bundesrepublik, die die DDR zwar ab 1971 als Staat anerkannte, deren Bürger aber nicht als Bürger der DDR. Dadurch wurde jeder DDR-Bürger, der, auf welchem Wege auch immer, in die BRD kam, zum Bundesbürger. Ohne das bundesdeutsche Staatsbürgerschaftsrecht, hätte die sogenannte »Republikflucht« für die meisten DDR-Bürger keinen Sinn gehabt.

Nun ist aber offensichtlich, daß man Politiker allein wegen der Beschränkung von Reisefreiheit kaum strafrechtlich verfolgen kann. Die strafrechtliche Verfolgung und

Aburteilung von Spitzenrepräsentanten der DDR ist aber notwendig, weil nur so erreicht werden kann, daß künftig im gesellschaftlichen Bewußtsein Sozialismus generell unter Regierungskriminalität subsumiert wird. Das Scheitern der DDR soll so dauerhaft zur Herrschaftssicherung in der BRD beitragen. Und es muß verhindert werden, daß die als Nostalgie verunglimpfte Erinnerung von ehemaligen DDR-Bürgern an die Verwirklichung sozialer Menschenrechte evtl. gegen die erhaltenen politischen Bürgerrechte, die sowieso ständig abgebaut werden (Asylrecht, großer Lauschangriff), aufgerechnet würden. 1989/90 hat der Bundeskanzler den Ostdeutschen blühende Landschaften versprochen. Mittlerweile bleibt nicht nur die Blüte im Osten aus, auch im Westen beginnt das Welken. Um so wichtiger wird die Kriminalisierung jeglicher wirklichen oder vermeintlichen Alternative. Die 1990 mehr oder weniger offen diskutierte Möglichkeit einer Amnestie zur Integration der ostdeutschen Eliten in die bundesdeutsche Gesellschaft hätte die soziale Integration der Gesamtbevölkerung in ein florierendes Gemeinwesen zur Voraussetzung. Das Fehlen dieser Voraussetzung macht die ideologische Konfrontation um so notwendiger. Damit diese nicht vordergründig als ideologisch sichtbar ist, wird sie in ein juristisches Gewand gekleidet. Der CDU-Rechtsaußen Lummer hat das offen auf den Begriff gebracht: »Das eigentliche Verbrechen war die Existenz der DDR«, und der Vertreter der Nebenkläger, Plöger, forderte ein Urteil, daß niemand jemals wieder auf die Idee komme, einen Arbeiter- und Bauern-Staat errichten zu wollen.

Der Prozeß selbst verlief entsprechend grotesk. Kleiber gab sich als Techniker und Wirtschaftsfachmann, der in Politik nicht involviert war. Schabowski hatte von nichts gewußt, fand den Prozeß aber fair und legte gegen das Urteil Berufung ein. Krenz, mit beschränktem politischen Blick aber aufrecht, bestand darauf, daß der Staat, dem er einst vorstand, keineswegs souverän und folglich die Sowjetunion an allem Schuld gewesen sei. Die Anwälte des bundesdeutschen Staates dagegen bestanden auf der Souveränität der untergegangenen DDR, die, solange diese bestand, von der BRD nie voll anerkannt wurde. Egon Krenz hat gar darauf verwiesen, daß er im Herbst 1989 einen Befehl zum Nicht-Schießen gegeben hätte und also der gute Mensch von Leipzig war - als ob damals noch irgend jemand auf seine Befehle gehört hätte.

Das Urteil – langjährige Haftstrafen – wurde mit einem Schießbefehl begründet, der nicht vorgelegt werden konnte, weshalb dann ein »ideologischer Schießbefehl« herhalten mußte. Der Prozeß ist dann auch unter Fachleuten heiß umstritten. Die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, Jutta Limbach, stellte fest, daß ihn die Mehrheit der deutschen Strafrechtsexperten als juristisch sehr fragwürdig ablehnte, während die Mehrheit der Staatsrechtler ihn gut heiße. Staatsräson als Grundlage strafrechtlicher Verurteilung – das nennt man gemeinhin ein politisches Urteil.

Egon Krenz beklagte dann auch den politischen Charakter des Prozesses – als hätte er nie etwas von Marxismus und Klassenjustiz gehört. Die PDS – schwankend zwischen dem erstrebten Image einer erneuerten demokratischen Partei auf der Basis des Grundgesetzes und dem Wähler schaffenden Nimbus des treuen Sprachrohres aller guten Ostdeutschen – beklagt den Schaden, den der Prozeß dem heiligen deutschen Rechtsstaat angetan habe. Sie bedient das Unbehagen, die Empörung und Wut ihrer Mitglieder über diesen Prozeß, wie über die Urteile gegen Grenzsoldaten, Lehrer und Arbeits-

richter der DDR, ohne die Dinge beim Namen zu nennen, um ihre in Aussicht stehende Regierungsfähigkeit nicht zu gefährden. Und so tut sie, als sei die bundesdeutsche Justiz bisher ein Hort von Gerechtigkeit und politischer Unabhängigkeit gewesen. Kein Wort über die Nazi-Juristen, die diese Justiz schufen und folglich nicht einen einzigen der Ihren anklagten. Kein Wort über FDJ- und KPD-Verbot und wüste Kommunistenhetze, kein Wort über Verurteilungen für Ferienfahrten in die DDR und Berufsverbote.

In der veröffentlichten Meinung wird die Notwendigkeit strafrechtlicher »Aufarbeitung von DDR-Unrecht« gern damit begründet, daß man die Fehler der Nachkriegszeit nicht wiederholen dürfe, als man die Nazi-Verbrecher eben nicht konsequent zur Verantwortung zog. Diejenigen, die so gern die Naziherrschaft mit der DDR gleichsetzen, vergessen aber zu erklären, weshalb deren Repräsentanten so völlig unterschiedlich behandelt werden – von der Beschäftigung im öffentlichen Dienst über die Renten bis zur strafrechtlichen Verantwortung. Der Grund liegt dabei auf der Hand. Das Bundesverfassungsgericht hat ihn in einem Urteil 1973 festgehalten, als es feststellte, daß sich die Bundesrepublik Deutschland nicht als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, sondern »als Staat identisch mit dem 'Staat Deutsches Reich' « ansieht.

Inzwischen »beweist« man Rechtsstaatlichkeit und Objektivität deutscher Gerichte: Die Richter, die Havemann verurteilt hatten, werden freigesprochen, und ein Rechtsradikal wird verurteilt, weil er auf DDR-Soldaten geschossen hat.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der die Ermittlungen gegen Krenz leitende Staatsanwalt einmal für die Ermittlungen gegen die Richter des »Volksgerichtshofes« verantwortlich war, von denen nicht einer sich vor Gericht zu verantworten hatte. So wie er damals Ermittlungen verschleppte und einstellte, so eifrig betrieb er sie jetzt: »Am 3. Oktober saßen wir in den Startlöchern.«

Es ist die Sternstunde der Demagogen, wenn heute die Repräsentanten eines Staates verurteilt werden, der, wie immer man ihn beurteilt, mit dem deutschen Faschismus und seinen Wurzeln radikal gebrochen hatte und soziale Menschenrechte verwirklichte, weil die braunen Barbaren ungestraft bleiben mußten. Das heuchelnde Moralisieren bedient sich erfolgreich der Totalitarismuskonzeption, der Gleichsetzung von Nazi-Diktatur und DDR-Sozialismus, verbunden mit der Heiligsprechung der bürgerlichen Demokratie als der besten aller möglichen Welten. Das entlarvend Demagogische dieser These liegt darin, daß diese Gleichsetzung die Grundlage für die juristische Ungleichbehandlung bildet: Der am Thälmann-Mord beteiligte SS-Mann Otto wurde von der bundesdeutschen Justiz freigesprochen, weil bei dem Mord seine Vorgesetzten anwesend waren und er deshalb davon ausgehen mußte, daß der Mord rechtmäßig gewesen sei. DDR-Grenzsoldaten werden verurteilt, weil sie auf der Grundlage von Gesetzen handelten, die sie hätten als Unrecht erkennen müssen!

Die Totalitarismuskonzeption, der heute kaum noch jemand öffentlich zu widersprechen wagt, wurde in Zeiten der Entspannung auch von bürgerlichen Wissenschaftlern durchaus kritisch betrachtet. Es gab dafür in der Regel zwei Argumente: Sie bedingt, erstens, konfrontative Folgerungen und sie läßt, zweitens, historische Differenzierungen bei der

Bewertung des Sozialismus nicht zu. Die heutige Wiederbelebung der Totalitarismuskonzeption erfolgt eben gerade wegen dieser beiden Gründe: Konfrontation zu allem, was nach Sozialismus auch nur entfernt riecht, und das Ausschließen historisch-differenzierter, objektiver Analyse der Geschichte. Deshalb bedarf es der Verurteilungen. (Nicht unbedingt der Vollstreckung der Urteile.)

Das jämmerliche Auftreten der meisten ehemaligen Führungsgrößen der DDR vor Gericht, das völlige Fehlen von Solidarität, das gegenseitige Denunzieren wird von den Medien gnußvoll vorgeführt und geradezu gefeiert. Das ist nur allzu verständlich. Diejenigen, die heute politisch gegen diese Prozesse wirken, begeben sich entweder, wie die PDS, auf das Glatteis der Verteidigung des Rechtsstaates oder aber sie verteidigen bedingungslos, wie die Kommunistische Plattform, zumindest die Angeklagten, die persönlich aufrecht, die DDR verteidigen, soweit sie es denn vermögen.

Was in diesem Zusammenhang völlig untergeht, ist die Feststellung, daß Krenz und Co. zwar nicht vor die bürgerlichen Gerichte der Bundesrepublik gehören, daß von ihnen aber sehr wohl Rechenschaft zu fordern ist von den ehemaligen Bürgern der DDR und insbesondere von deren Arbeiterklasse für ihr politisches Versagen bei dem ersten Versuch, Sozialismus zu gestalten. Man lese die Memoiren der ehemaligen Politbüromitglieder, man findet Selbstrechtfertigung und Anklagen gegen andere. Eine selbstkritische Analyse und ehrliche Rechenschaft wird man vergeblich suchen. Wer für eine sozialistische Perspektive eintritt, darf heute nicht nur die bedingungslose Einstellung der Prozesse gegen DDR-Bürger fordern, die nichts anderes taten, als die DDR zu gestalten, er muß auch dafür eintreten, daß diejenigen, die an führender Stelle die DDR repräsentierten, Rechenschaft ablegen für ihre Rolle bei der Deformierung der sozialistischen Gesellschaft und beim Untergang der DDR 5.10.97 ■

KORRESPONDENZEN

ZUR WAHLBETEILIGUNG DER HAMBURGER PDS-MEHRHEIT

Was war mit der PDS-Linken Liste?

Das Thema »Bürgerschaftswahlen in Hamburg« kann nicht abgehandelt werden, ohne auf die Auseinandersetzungen in der PDS um die Wahlbeteiligung des Hamburger Landesverbandes einzugehen. Die Mehrheit des Hamburger Landesverbandes hatte sich – wenn auch nur knapp mit 26 gegen 23 Stimmen – für eine Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen entschieden. Gregor Gysi war auf der Versammlung mit anderen führenden PDS-Repräsentanten des Bundesvorstandes vertreten und sie bemüht sich, die Versammlung von einer Beteiligung abzuhalten. Gysis wichtigstes Argument: Wenn es nur wenige Prozente für die PDS gibt, d.h. ein schlechtes Abschneiden erfolgt, dann schadet es der PDS bei den kommenden Bundestagswahlen. »Demokratisch-sozialistisch« erklärt der Parteivorstand, der Hamburger Landesverband bekäme weder personelle, noch finanzielle Unterstützung. So war es denn auch und es spricht für die Hamburger Mehrheit, daß sie sich diesen Methoden nicht beugte. In der bürgerlichen Gesellschaft ist zwar alles käuflich und dieses ständige Schielen und Streben nach gut bezahlten Posten hat schon mehr als eine sozialistische Partei von innen zersetzt. Gerade deshalb wurmt es die Partioberen, daß der Hamburger Landesverband den Beschluß an den Wahlen teilzunehmen gegen Bundestagsgruppen Mehrheit und Bundesparteivorstand durchgezogen hat. Parlamentarische Illusionen sind bei den Befürwortern der Teilnahme jedenfalls nicht vorhanden gewesen. Sie wollten sich aktiv in Wahlversammlungen einmischen und forderten auf, »dem Widerstand eine Stimme zu geben«. Das taten sie vor allem mit einem Plakat, das die bürgerlichen Medien und Parteien aufregte und mehr noch den Parteivorstand der PDS.

Der Bundessprecher der PDS, Hanno Harnisch, gab der Presse eine Erklärung, in der es hieß: »dumm, frech, instinktilos. Der Hamburger Verband, der schon gegen den Willen des Bundesvorstandes zur Bürgerschaftswahl antritt, scheint es auf einen Ausschluß aus der Bundestagsgruppe angelegt zu haben. Organisatorisch ist das möglich. Montag wird sich der

Bundesvorstand mit diesem Thema befassen.« Dann weiter: »Wir fordern die PDS Hamburg auf, die unsäglichen Plakate sofort von der Straße abzuräumen«. (siehe weiteren Bericht in dieser Zeitung)

Es kam sogar im Bonner Parlament zu einer »Auseinandersetzung« wegen dieses Plakats. Es lohnt sich, das amtliche Protokoll nachzulesen. Zu dieser Frage sagte Dr. Wolfgang Gerhardt, FDP u.a.: »...Bei dieser Gelegenheit weise ich darauf hin, daß die PDS in Hamburg ein Plakat aufgehängt hat, auf dem steht: 'Soldaten' – das ist ganz groß und in Schwarz gedruckt – 'benutzen zuweilen Schaufeln statt Gewehre und sind' – 'sind' wieder groß gedruckt – 'im militärischen Ernstfall staatlich ausgebildete Mörder'«.

(Paul Breuer (CDU/CSU): Unglaublich! – Josef Fischer (Frankfurt) Bündnis 90/Die Grünen): Mauerschützen!)

»Das ist aus 'Der bewachte Kriegsschauplatz' von Kurt Tucholsky. Dieses Zitat ist feige, weil man es selbst nicht zitiert. Es ist infam, und es ist unmenschlich gegenüber den Soldaten, die im Oderbruch den Menschen geholfen haben und die großen Respekt verdienen...«

Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/die Grünen) (...)

Das Wort hat der Kollege Gysi, PDS.

Dr. Gregor Gysi, PDS: »Herr Gerhardt, Sie haben ein Plakat der PDS in Hamburg angesprochen. Ich will dazu etwas sagen.«

(Paul Breuer (CDU/CSU): Entschuldigen sollen Sie sich!)

»Noch sind wir nicht soweit, daß Sie mir vorschreiben, was ich sage. Sie müssen sich schon anhören, was ich Ihnen dazu zu sagen habe.« (Beifall bei der PDS)

»Erstens hoffe ich, daß wir uns zumindest mit der FDP in der Frage einig sind, daß es richtig ist, daß das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, daß das Tucholsky-Zitat benutzt werden darf und zwar straffrei.«

(Joachim Hörster (CDU/CSU): Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

»Zweitens füge ich hinzu, daß das Plakat in Hamburg politisch falsch und töricht ist und daß das überhaupt nicht die Politik der PDS ist.« (Beifall bei der PDS)

»Wir würden das normalerweise auf einem Plakat weder zitieren noch – und das schon gar nicht – mit dem Einsatz der Bundeswehr im Oderbruch in Zusammenhang bringen.

Ich glaube, so deutlich hat sich hier noch nie jemand von einem Plakat seiner eigenen Partei distanziert, wie ich das in diesem Augenblick getan habe. Das könnten Sie nebenbei gesagt, durchaus einmal würdigen.«

(Beifall bei den Abgeordneten der PDS)

Selbst wenn die Damen und Herren Parlamentarier seinem Wunsch nach »Würdigung« gefolgt wären, glaubt er wirklich, daß sie ihn fortan respektieren würden? Durch seine Distanzierung verachten sie ihn um so mehr! Friedrich Engels hat seinem Genossen August Bebel 1879 geschrieben: »...Der deutsche Philister ist die inkorporierte Feigheit, er Respektiert nur den, der ihm Furcht einflößt. Wer sich aber liebes Kind bei ihm machen will, den hält er für seinesgleichen und respektiert ihn nicht mehr als seinesgleichen, nämlich gar nicht.«

Der Arbeitsausschuß des Landesverbands Hamburg der PDS steht zu seiner Sache, und das erzeugt Respekt, er hat sogar viel Zuspruch aus Ost – und – Westdeutschland bekommen, was von den »gestandenen« Politikern der PDS so offenbar nicht erwartet wurde.

Wie soll man die Lage nun beurteilen?

Wer argumentiert, die Hamburger könnten doch mit so einem Plakat keine Wählerstimmen gewinnen oder gar die 5 %-Grenze erreiche, beweist nur, daß er die Motive der Kontrahenten, des Hamburger Arbeitsausschusses und des Parteivorstands nicht kennt, daß er selber kleinbürgerlich-parlamentarisch denkt. In der Tat beweist dieses Plakat, daß die Hamburger Mehrheit eben keine parlamentarischen Illusionen hatte! Sie betrachteten ihre Kandidatur als politische Manifestation, sie wollten mit dem allgemeinen bürgerlichen Wahlschwindel gar nicht konkurrieren: einmal mehr Versprechungen, gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen zu wollen, gegen die Wohnungsnot, die Ausbeutung, die Gesundheitsreform, alles im Parlament? Ihre Motive sind ganz anderer Art: In der PDS, der sie angehören, tut sich ein politischer Streit darüber auf, wie die PDS zur bundesrepublikanischen Gesellschaft steht, welche Rolle sie in der BRD spielen sollte. Auf eine kurze, auch nicht erschöpfende Formel gebracht: Brie (Partei Vorstand) und seinesgleichen stellen der PDS die Aufgabe, in der BRD anzukommen, während die Hamburger sagen, die Partei müsse sich in Anerkennung des Klassengegensatzes in grundsätzliche Opposition zu den gesellschaftlichen Verhältnissen stellen. Dies drückt sich auch in unterschiedlichen Auffassungen über die »humanitären« Einsätze der Bundeswehr in Somalia, Jugoslawien, Albanien usw. aus.

Der Landesvorstand Sachsen der PDS gab unter der Überschrift: »Ein Sozialismus, der niemanden kränken soll?« eine Erklärung ab, von der Auszüge wiedergegeben werden:

»Einmal mehr zeigt sich, daß es nicht 'StalinistInnen', 'TraditionalistInnen' und 'Betonköpfe' sind, die den so oft beschworenen Gründungskonsens der PDS gefährden. Vielmehr verstehen die PDS-'Realos' unter dem 'Ankommen in der BRD' nicht die konkrete Auseinandersetzung mit dem herrschenden Zeitgeist, dem Geist der Herrschenden, sondern die eigene Etablierung in der ihnen zugewiesenen Ecke des politischen Establishments. Vor- und Nachteile einer Bundeswehr-Beteiligung an der UN/EU-Militärintervention in den bosnischen Bürgerkrieg hielten PDS-Bundestagsabge-

ordnete für abwägbar. Daß die Bundestags-Gruppe und die PDS nicht gegen den Kriegs-Einsatz der Bundeswehr im albanischen Bürgerkrieg aufgeschrien haben war kein Streit-Thema in der PDS, und damit, daß bundesdeutsche Gerichte DDR-Grenzsoldaten und ihre politisch Verantwortlichen als Mörder verurteilen, sollen die Mitglieder und WählerInnen der PDS auch leben können... Nur daß den begleitenden Triumph-Märschen zum Bundeswehr-Einsatz gegen das Oder-Hochwasser aus ihrer Partei heraus widersprochen wird, übersteigt nach Meinung einiger Bundesvorstandsmitglieder das Maß des Erträglichen!

Und natürlich soll Tucholskys ('unverfälscht' viel kategorischer Satz) nach Gregor Gysis Meinung juristisch straflos bleiben. Nur einen Grund zum Ausschluß aus der PDS soll er künftig abgeben! Offenbar hält das PDS-Wahlkampf-Management für notwendig, 1998 einen Sozialismus zur Wahl zu stellen, der nicht nur ein menschliches Antlitz hätte, sondern schon heute keinen Menschen mehr kränkt: 'Deutsche Soldaten sind doch keine Mörder, deutsche Unternehmer sind doch keine Ausbeuter, deutsche Hausbesitzer sind die besten Freunde ihrer Mieter...'«

Das Motiv des Plakates war einem Ruf vergleichbar, diejenigen in der PDS zu erreichen, die gegen den Untergang der PDS im parlamentarischen Sumpf und Kretinismus angehen wollen. Da sind solche, die sich nach Posten und Stellungen im parlamentarischen Sumpf der BRD drängeln, deshalb schnell zu Konzessionen an den bürgerlichen Staatsapparat bereit sind und sich lieb Kind machen wollen, und da sind aber auch andere, die sich deutlich von dem „Ankommen“ in der BRD distanzieren. (Dieser Trennungsstrich läuft übrigens auch durch die „Kommunistische Plattform“, wie es in Hamburg sichtbar wird, wo die KPf den Standpunkt der parteivorstandstreuen Minderheit vertritt.) Der Ruf bleibt nicht ohne Widerhall. Da rührt sich etwas in der Mitgliedschaft bundesweit, was der Parteivorstand nicht erwartete. Nicht nur aus den alten Bundesländern kommen Sympathieerklärungen an die Hamburger Rebellen und die Bitte, ihnen die beanstandeten Plakate zukommen zu lassen, sondern auch aus den neuen Bundesländern.

Was besagt das Wahlergebnis?

5.300 Wähler haben sich durch ihre Stimmabgabe zum Klassenkampf und zur sozialistischen Opposition der PDS bekannt. Die Frage steht so: Wer hat für die Zukunft der Arbeiterbewegung und des Sozialismus in Deutschland mehr Gewicht: Die 5.300 oder die Wählermasse, die noch den Glauben in sich trägt, mittels des Stimmzettels Abgeordneten und Parteien den Auftrag geben zu können, die Mißstände in dem verfaulenden kapitalistischen System zu beseitigen? Trotz ihrer ohne Zweifel noch vorhandenen Unerfahrenheit, sind diese »Jungen« Vorboten eines Wiedererwachens kritischen Klassenbewußtseins in Partei und Gewerkschaften, das von ihren Vorgängern und Kontrahenten so oft in Verruf gebracht wurde und wird. Mögen sie auch manche taktischen Fehler machen, ihre Vorgänger und jetzigen Kontrahenten in der Parteiführung und Partei haben noch weitaus größere gemacht. Man sehe nur, wie der Parteivorstand mit Finanzmitteln diejenigen unterstützt, die sich politisch auf seine Seite stellen. Oder wie er in Kasernenhofmanier befehlen will, das Hamburger Plakat »sofort von den Straßen abzuräumen«. Was soll man über jene sagen, die den Verfall der DKP und SED stillschweigend hingenommen

haben, um ihre Stellung in Gesellschaft, Partei, Gewerkschaften und Hochschulen nicht zu gefährden? Ganz abgesehen von jenen, die von der sozialistischen Bewegung gelebt haben und dann die Sache des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse im Stich ließen und lassen, um in das Lager unserer Gegner überzulaufen?

Ein Leserbrief

Unter Bezugnahme auf den Bericht in der vorigen Ausgabe der „Arbeiterpolitik“ über die Landesversammlung der PDS in HH schrieb ein Leser: »Es ist kleinliche Krittelei und wirkt abschreckend auf potentielle PDS-Wähler. Was für eine Wortwahl: Gysi erlebte sein Waterloo (...) Wenn man die Frage, wieviel Procente die PDS bei der Bürgerschaftswahl bekommt und wieviel Prozent schädlich sind für die kommende Bürgerschaftswahl, so abwinkend behandelt (...) bewegt man sich aber weiterhin im Sektiererkreis. Tatsächlich wirkt die Hamburger PDS heute wie ein politischer Arm der RAF-Reste und des Schwarzen Blocks (...) Was von dort kommt (d.h. dem Landesverband HH), hält viele Menschen davon ab, Mitglied der PDS zu werden.«

Da dies eine Auffassung ist, die auch andere ausdrücken, muß dazu Stellung genommen werden. Der Ausdruck »Waterloo« ist zugegebenermaßen unangemessen und zu hoch gehängt. Aber der Maßstab, der die politischen Fragen an Wahlarithmetik knüpft oder an der Zahl, wieviele Wähler es wohl werden, mißt, ist kleinbürgerlich. Die sozialistische und kommunistische Bewegung hat in ihren Anfängen und nach den oft erlebten Rückschlägen sich immer nur auf wenige stützen können. Waren das Sektierer, weil sie das sozialistische Ziel nicht aus den Augen verloren? Waren Marx und Engels, Liebknecht und Luxemburg auch Sektierer?

Leider erwähnt der Briefschreiber nicht, daß auf der besagten Landesversammlung auch erklärt wurde: Was auch immer gegen Gysi von seiten der herrschenden Politiker vorgetragen wird, so werden wir ihn trotz unterschiedlicher politischer Meinungen verteidigen. Das ist ein anderes Verhalten als das oben von Gysi geschilderte im Bundestag. Auch Gysi hat das Recht, eine andere Meinung zu haben als z.B. der Hamburger Landesausschuß. Nur, um wieviel klüger wäre es gewesen, wenn der Parteivorstand oder Gysi zu den Hamburgern gesagt hätte: Wir geben euch finanzielle Unterstützung, auch wenn wir politisch anderer Meinung sind. Warum bleibt der Parteivorstand der politischen Auseinandersetzung fern, wie es jetzt auch aus Niedersachsen berichtet wird?

Zu dem Ausgang der Bürgerschaftswahlen gab es eine Reihe von Presseverlautbarungen aus den Reihen der PDS, die (fast) alle eines gemeinsam haben: Die Sorge um den Einzug in den Bundestag in Fraktionsstärke, d.h. die 5%-Hürde. In keiner der uns vorliegenden Erklärungen finden wir ein Nachdenken über die Aufgaben der PDS-Parlamentarier oder eine Diskussion über die Ausübung des Bundestagsmandats unter den gegenwärtigen Bedingungen. Der Grund ist nicht etwa vorhandene Einigkeit, sondern umgekehrt! Uneinigkeit in den aktuellen politischen Fragen, die aber nicht mit der Partei- oder Wählerbasis diskutiert werden. Das war schon bei der Enquete-Kommission so, das ist in der Frage des »humanitären« Einsatzes der Bundeswehr in und mit der Nato und in anderen Fragen nicht anders.

In einem Presse-Info, unterzeichnet von Parteivorstandsmitglied J. Bischoff und M. Meuche-Mäker (Mitarbeiter der Bundestagsgruppe der PDS, Regionalbüro Hamburg) heißt es: »Wir, die wir die Kandidatur ablehnten, sehen uns darin bestätigt, daß es nicht gelang, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen und das Profil der PDS als sozialistischer Partei zu entwickeln.«

Ein sozialistisches Profil soll also erst entwickelt werden und dazu will man mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, sie »ernst nehmen« und »mit ihnen nach realistischen Auswegen (...) suchen.« Während also die Partei sich um den Einzug in den Bundestag um Mandate in Konkurrenz mit anderen Parteien sorgt, fehlen ihr offenbar noch »Profil« und »sozialistische Perspektiven«. Diese erhofft sie sich offenbar von einem »Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern«.

Nicht etwa, daß der Einzug in den Bundestag falsch wäre, aber was sind denn die politischen Aufgaben der Bundestagsabgeordneten der PDS? Ist es nicht an der Zeit, daß die Parteibasis mit ihren Wahlkreisabgeordneten darüber berät, bevor sie mit den »Bürgern« »nach realistischen Auswegen suchen« will? Geschieht das nicht, bleibt die parlamentarische Tätigkeit in Postenjägerei und Leerlauf stecken. ■

HAMBURG

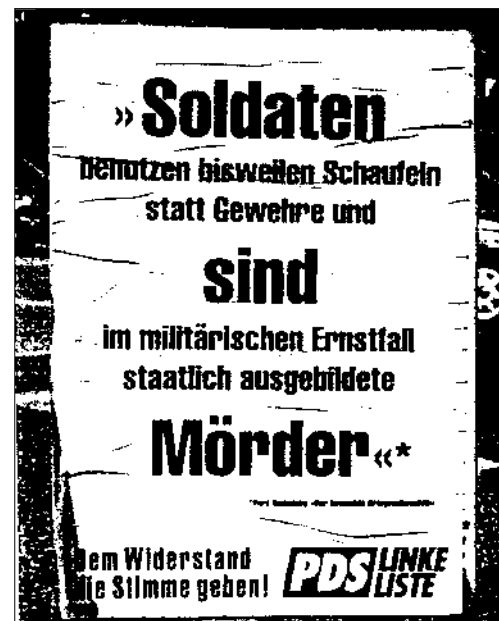
Ein PDS-Plakat offenbart innerparteiliche Differenzen

Die politischen Auseinandersetzungen um die Teilnahme der Hamburger PDS an der Bürgerschaftswahl am 21. September 1997 sprengen immer mehr den Rahmen einer stadt-internen Angelegenheit. Die Befürworter einer Wahlbeteiligung (als knappe

Mehrheit gegenüber der Minderheit und gegen den Bonner Parteivorstand) müssen auf eigenen Füßen stehen, das heißt politisch als auch finanziell.

Das monatelang anhaltende Hickhack zwischen beiden Seiten erfuhr jetzt in den letzten Tagen einen neuen Höhepunkt. Die Befürworter, also die Hamburger PDS-Mehrheitler hatten mit einem Plakat und dem Text: »Soldaten

benutzen bisweilen Schaufeln statt Gewehre und sind im militärischen Ernstfall staatlich ausgebildete Mörder« nicht nur den Zorn des politischen Gegners provoziert, sondern auch PDS-Bundestagsabgeordnete und Parteivorstand. Daß sich Verteidigungsminister Rühle angesprochen fühlt, »...die PDS hat Angst vor der Beliebtheit unserer Soldaten im Osten, die eine ganze Region vor dem Hochwasser gerettet haben. Damit zeigt die PDS wie-



der einmal ihr wahres , antidemokratisches Gesicht« (»Bild«, 3.9.1997), oder daß Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) die Hamburger als »Mauerschützen!« bezeichnet, oder daß ein Oberfeldwebel der Hamburger Führungsakademie sich »zutiefst in seinen Gefühlen, seiner Ehre und Menschenwürde verletzt« fühlt (»Mopo«, 12.9.1997), können wir nachvollziehen, weil diese Leute mit ihrem politischen Gegner gar nicht anders umgehen können. Daß aber PDS-Bundestagsabgeordnete und Parteivorstand ihre Hamburger Genossen mit der Erklärung vor dem Bundestag »Ich glaube, so deutlich hat sich hier noch nie jemand von einem Plakat seiner eigenen Partei distanziert, wie ich das in diesem Augenblick getan habe. Das könnten Sie, nebenbei gesagt, durchaus einmal würdigen. (Beifall bei Abgeordneten der PDS)« so bloßstellen, beweisen erneut, daß etliche PDS-Abgeordnete immer noch um jeden Preis in der BRD »ankommen« möchten. Denn wie ist es sonst erklärbar, daß Demokratische Sozialisten vor bürgerlichen Bundestagsabgeordneten in dieser Form um Ansehen und Anerkennung betteln?

Die Aussagen von Bundeswehrsoldaten: »Dies war die erste sinnvolle Arbeit in der gesamten Bundeswehrzeit«, deckt sich mit Aussagen von Soldaten zur Hamburger Flutkatastrophe 1962. Diese Soldatenkritik an der Bundeswehr unterstreicht einmal mehr die gute und wertvolle Arbeit von jungen Menschen bei Hilfe und Verhinderung von Naturkatastrophen. Sie beantwortet damit aber nicht gleichzeitig und eindeutig ihren Standpunkt zum SFOR-Einsatz in Bosnien. Aber Jubel auch hier wünschen sich Regierung, Großteile des Parlaments und die herrschende Klasse. Denn gerade auf dem Balkan werden wichtige US- und Westeuropa-Interessen erkämpft und verteidigt.

Darum ist das PDS-Plakat in Hamburg eines der wenigen im Wahlkampf, daß konkret zu aktuellen Ereignissen Stellung nimmt und mit keinem Wort die humanitäre Arbeit der Soldaten an der Oder weder kritisiert noch verunglimpft. Allerdings – wem in der PDS die ganze politische Richtung der Hamburger Mehrheitler nicht paßt, der findet auch ein Haar in der Suppe. So der PDS-Parteisprecher Harnisch, der im Zorn gegen die Plakatschreiber wettet: »Dumm, frech und instinktlos« (»taz«, 12.9.1997), mit der Parteiausschluß-Keule droht und meint, »daß sie (die Hamburger PDS, die Red.) mit diesen Plakaten die ganze Welt gegen sich aufbringt« (»Bild«, 11.9.1997). Abgesehen davon, daß Hanno Harnisch im Harnisch die Maßstäbe entgleiten, wenn er Wichtigkeit und Bedeutung seiner Partei in der Weltgeschichte ein wenig übertreibt, denn noch ist die PDS nicht der Nabel der Welt – so können er und seine politischen Freunde sich wohl am wenigsten damit abfinden, weil sie erkennen müssen, daß nicht nur die Hamburger Mehrheitler, sondern auch andere Gruppierungen und Mitglieder in der PDS damit beginnen, sich eigene und nicht nur verordnete Gedanken über den politischen Kurs ihrer Partei zu machen.

Entschuldigten sich Bartsch und Brie als Sprecher des PDS-Vorstandes bei Bundeswehrsoldaten noch anfangs vom Inhalt des Plakats »als Arroganz und Menschenverachtung« (»PDS-Pressedienst«, 10.9.1997), deuten neuere Aussagen daraufhin, an einen Parteiausschluß werde nicht gedacht... »dies wäre destruktiv und ein Rückfall in SED-Zeiten« (»ND«, 11.9.1997) und von Harnisch, »jemand lege es darauf an, daß sich ein PDS-Parteitag, erstmals mit dem Ausschluß eines westlichen Landesverbandes befassen solle« (wie

oben), daß eine kontroverse Diskussion in der Partei begonnen hat. Briefe im »Neuen Deutschland« und an die Hamburger PDS belegen es. Briefe aus Brandenburg und Sachsen verteidigen die politische Haltung der Hamburger Mehrheitler. »Vor- und Nachteile einer Bundeswehrebeteiligung an der UN/EU-Militärintervention in den bosnischen Bürgerkrieg hielten PDS-Bundestagsabgeordnete für abwägbar. Daß die Bundestagsgruppe und die PDS nicht gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr im albanischen Bürgerkrieg aufgeschrien haben, war kein Streitthema in der PDS...« (»Erklärung«, PDS-Landesverband Sachsen, Landesvorstand, 11.9.1997).

Wir müssen die politische Haltung der Mehrheitler in der Hamburger PDS und deren Freunde in der BRD unterstützen, unabhängig davon, ob wir in der Vergangenheit oder auch in der Zukunft in allen politischen Fragen übereinstimmen oder übereinstimmen werden. 21.9.1997 ■

SACHSEN

Taxi-Verbot für Ausländer

Wenn ein Ausländer in Zittau, einer sächsischen Kleinstadt direkt an der Grenze zu Polen und Tschechien, ins Taxi steigt, gibt es vier Möglichkeiten für das, was dann passiert. Eine davon ist eher unwahrscheinlich, die anderen kommen mindestens häufiger vor.

1. Der Ausländer wird auf schnellstem Weg dort hingebacht, wo er hin will.

2. Das Taxi wird unterwegs vom Bundesgrenzschutz gestoppt und der Fahrgast überprüft. Hält er sich illegal in Deutschland auf, sieht es schlecht aus für ihn. Aber auch für den Taxifahrer, denn der wird nun der »Einschleusung von Ausländern« verdächtigt.

3. Der Taxifahrer fährt mit dem Ausländer los und benachrichtigt über Funk in verschlüsselter Form den Grenzschutz, der dann eingreift.

4. Der Fahrer lehnt es ab, den Ausländer zu fahren.

In Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben Bundesgrenzschutz und andere Behörden viel damit zu tun, daß Leute aus Polen und Tschechien unerlaubt über die Grenze nach Deutschland kommen. Gejagt werden aber nicht nur Illegale, sondern auch »Schleuser« und »Schlepper«, und dabei sind in letzter Zeit vor allem Taxifahrer ins Schußfeld geraten. Nach einem Bericht der »Frankfurter Rundschau« (23. 8. 1997) wird z. B. in Sachsen zur Zeit gegen 22 Fahrer ermittelt, in Brandenburg gab es seit 1994 mindestens 42, meist durch den Grenzschutz eingeleitete Ermittlungsverfahren. Einige Taxifahrer wurden von Gerichten verurteilt, es gab Verwarnungen, aber auch Gefängnisstrafen (bis zu 4 Jahren und 2 Monaten). Die Rechtmäßigkeit einiger dieser Urteile wird von Kritikern bestritten. Sie meinen, daß der Grenzschutz, manche Richter und andere Institutionen Druck auf die Taxifahrer ausüben, um sie zu „Informellen Mitarbeitern“ bzw. »Erfüllungsgehilfen« des Staates im Kampf gegen »illegale Grenzübertritte« zu machen.

Die Industrie- und Handelskammer Dresden veröffentlichte im Mai dieses Jahres Verhaltens-Empfehlungen für Taxiunternehmen im Grenzgebiet. Vorangegangen war eine Beratung mit Staatsanwaltschaft, Grenzschutzamt, Landratsamt, Straßenverkehrsamt, Führerscheinstelle und dem

Landesverband Taxi-/Mietwagenverkehr. Die Kammer schrieb u. a.: »Bei Aufnahme der Fahrgäste achten Sie bitte auf das äußere Erscheinungsbild, Kleidungszustand und andere äußere Auffälligkeiten, die den Verdacht zulassen, daß es sich um Personen handeln könnte, die sich illegal aufhalten. Der Aufnahmeort und der Zielort spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Besteht für den Fahrer der Verdacht, daß eine Straftat vorliegt, sollte er im eigenen Interesse die Möglichkeit der internen Information an den Bundesgrenzschutz oder eine Polizeidienststelle nutzen. Der Bundesgrenzschutz empfiehlt eine telefonische Kontaktaufnahme über Code . . . In diesem Zusammenhang noch ein Hinweis: Erfolgt während der Beförderung eine Kontrolle der Fahrgäste und wird eine Straftat festgestellt, so ist mit einer Ermittlung wegen Straftatsverdacht gegenüber dem Taxifahrer zu rechnen.«

Ähnlich heißt es in einem Flugblatt des Bundesgrenzschutzes u. a.: »Nehmen Sie keine offensichtlich illegal eingereisten Personen in Ihrem Taxi mit!« Es folgt eine Aufzählung der Strafen, die es für »Mitwirkung an illegalen Grenzübertritten« gibt.

Genau auf der Linie von Grenzschutz und Handelskammer liegt ein Urteil, das ein Zittauer Amtsrichter im März dieses Jahres gegen einen Taxifahrer gefällt hat. Der einschlägig vorbestrafte Mann war überprüft worden, als er drei Jugoslawen, die sich unerlaubt in Deutschland aufhielten, im Wagen hatte. Der Richter warf ihm vor, er hätte »eine besondere Sorgfalt bei der Auswahl seiner Fahrgäste walten lassen« müssen. Außerdem »hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, durch einen Anruf beim Bundesgrenzschutz die Personen überprüfen zu lassen«. Indirekt verstieg sich der Amtsrichter sogar zu der Behauptung, daß, wer als Ausländer im Landkreis Löbau-Zittau längere Strecken mit dem Taxi fährt, eigentlich nur ein Illegaler sein kann.

Das Urteil – 1 Jahr und 4 Monate Gefängnis – verunsicherte Kollegen des Zittauer Taxifahrers in ihrem Rechtsverständnis. In einem Brief ans Landratsamt schrieb die Taxi-Centrale Centrum: »Wir bitten . . . um Bestätigung, daß generell ausländische Personen abgelehnt werden können . . . Oder erhalten wir . . . Polizeivollmacht zur Personenkontrolle von ausländischen Bürgern?« Das Landratsamt verneinte diese Frage, empfahl stattdessen aber eine »gewisse Vorsicht« und versprach Nachsicht, falls ein »rechtmäßiger Fahrgast« Anzeige erstatte, weil er nicht befördert worden sei. »Im Falle einer Ordnungswidrigkeitsanzeige wird die Situation entsprechend eingeordnet und entlastend betrachtet werden.« (Zitate nach »FR«, 15. 8. 1997)

Im Gegensatz zu seinem sächsischen Landesverband ist der Bundeszentralverband Personenverkehr, in dem sich die Mehrheit der deutschen Taxiunternehmen zusammengeschlossen hat, dagegen, daß Fahrer zu »Gehilfen des Bundesgrenzschutzes« gemacht werden. Besonders die Strafandrohung sei »absolut unhaltbar«. Sie führt, wie ein Zittauer Taxifahrer berichtete, dazu, daß »mindestens 40 Prozent der Kollegen überhaupt keine Ausländer mehr mitnehmen – höchstens noch den Vietnamesen, den man kennt.« (Zitate nach »FR«, 23. 8. 1997) Befragungen vor Ort, so die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration in Berlin, ergaben: Entweder werden Ausländer abgelehnt oder der Grenzschutz wird eingeschaltet. Die Gesellschaft ist deswegen dafür, diese Praxis juristisch auf den Tatbestand der Volksverhetzung hin zu überprüfen. 6.10.97, HJS. ■

■ NACH EINEM BESUCH

ZWISCHEN DEM 16. UND 19. SEPTEMBER:

Bericht aus der Oderregion

Der folgende, von uns leicht gekürzte, Bericht wurde uns von Genossinnen der PDS zur Verfügung gestellt:

Bericht von einem Gespräch mit Genossen aus Frankfurt/Oder und Eisenhüttenstadt und einer Besichtigung in der Ziltendorfer Niederung.

Auf Einladung der Kreis- bzw. Gebietsverbände in Frankfurt/Oder, Eisenhüttenstadt und Schwedt besuchte ich die Region, um mich über die Ursachen und Folgen des Hochwassers zu informieren.

Die ca. 8.000 ha Ackerland im Oderbruch und in der Ziltendorfer Niederung entstanden unter Friedrich dem Großen. Durch Dämme, die zum großen Teil als »schwimmende Dämme« ausgelegt sind, was immer die Gefahr eines Grundbruches beinhaltet, entstand im westlichen Teil des Urstromtales der Oder fruchtbares Ackerland, das vor allem der Versorgung Berlins mit Agrarprodukten diente und auch dient. Siedlungskerne entstanden auch zu jener Zeit in dem Gebiet. Holländische Deichbauer leiteten damals das Unternehmen. Mittels Schöpfwerken muß nach wie vor die Feuchtigkeit reguliert werden.

Bei dem Sommerhochwasser hat sich gerächt, daß die Entwässerungsgräben in den letzten Jahren nicht so gepflegt wurden, wie es sein muß, daß z.B. die Randbepflanzung nicht gemäht wurde. Seit der Wende gibt es keine gesetzliche Grundlage mehr, wer für Betreuung, Unterhaltung und Reparaturen an den Schöpfwerken finanziell zuständig ist. Auch für die Deiche läßt sich eine schlechtere Pflege als zu DDR-Zeiten feststellen. Es fand keine regelmäßige Beweidung durch Schafe statt. Diese ist notwendig, um zum einen eine kurze und feste Grasnarbe zu haben, so daß im Falle eines Hochwassers Schadstellen leicht gesehen werden können. Zum anderen sorgen die Schafe für eine Verdichtung von kleineren Schwachstellen, wie sie etwa Gänge von Maulwürfen darstellen. Eine Pflichtweidung durch Schafe besteht seit der Wende nicht mehr.

Auch in personeller Hinsicht ist die Lage heute schlechter als zu DDR-Zeiten. Ehemals 80 Flußmeister wurden auf 20 reduziert. Es erfolgte keine Ausholzung des Vorlandes mehr, was die Gefahr in sich birgt, daß bei solch hohen Wasserständen wie im Juli große Bäume entwurzelt werden und von der Strömung wie Rammböcke gegen den Deich getrieben werden. Ein weiteres Problem ist, daß in den letzten Jahrzehnten sich viel Material im Oderbett und in den Bühnenfeldern abgesetzt hat, so daß das Fassungsvermögen heute wesentlich geringer ist als vor 30 oder 40 Jahren. Beide müßten dringend ausgebaggert werden, wobei sich das Problem stellt, daß Polen und Deutschland gemeinsam dafür verantwortlich sind und man sich wohl nicht über die Finanzierung einigen kann bzw. Polen nicht das notwendige Geld hat. 1967 wurde die Oder zuletzt ausgebaggert, aber nur von Frankfurt abwärts. Zuständig dafür ist der Bund.

Diese Faktoren haben dazu beigetragen, daß das Hochwasser noch dramatischer wurde, als es eh schon war.

Nach Auskunft der Meteorologen kommt eine Wetterlage wie dieses Jahr durchschnittlich nur alle 50 Jahre vor. In Polen und Tschechien fielen 500l/qm innerhalb von fünf

Tagen, das Jahresmittel liegt in den Gebieten bei 640l/qm. Die kahlen Gebirge in Tschechien und Polen (Waldsterben!) ließen das Wasser dann entsprechend schnell in die Oder fließen.

Dies alles gemeinsam führte zu diesen hohen Wasserständen – in Frankfurt lag der Pegel 17cm über dem höchsten Stand in den letzten hundert Jahren.

Für Außenstehende stellt sich die Frage, wieso – auch aus Medienberichten zu entnehmen – so spät reagiert wurde. Gab es doch schon 14 Tage, bevor das Hochwasser Deutschland erreichte, starkes Hochwasser in Tschechien und in Teilen Polens. Diese 'Verschleppung' hat nach Auskunft von Genossen vor Ort mehrere Ursachen gehabt.

1. Das Oder-Hochwasserzentrum hat seinen Sitz in Breslau und stand mit als erstes unter Wasser – war damit also nicht mehr arbeitsfähig, so daß keine offiziellen Informationen mehr zwischen den Anrainerstaaten flossen.

2. Nach der Wiedervereinigung wurde das aus DDR-Zeiten stammende Kartenmaterial der Region vernichtet, da es als veraltet angesehen wurde, ohne daß aktuelles Kartenmaterial mit Höhenlinien geschaffen wurde. Dies führte auf deutscher Seite zu Fehlberechnungen, die dazu führten, daß man glaubte, man hätte viel mehr Zeit, als es tatsächlich der Fall war.

3. Die Mentalität der Menschen, die nicht wahrhaben wollten, daß das diesjährige Hochwasser eine stärkere Gefahr darstellen könnte als das übliche Sommerhochwasser.

Der Einsatz kam erst in Gang, nachdem Helmut Kohl in Eisenhüttenstadt zur Einweihung des neuen Walzwerkes bei EKO war und er sich in Ratzdorf über die Lage informierte. Dabei muß ihm die dortige Bürgermeisterin die in den Tagen zuvor entstandene Dramatik der Lage klar gemacht haben. Zuvor war das nicht gelungen, weil sowohl Kohl als auch Verteidigungsminister Rühle im Urlaub waren. Erst nach dem Kanzlerbesuch lief die Logistik der Bundeswehr an, und die Hilfsmaßnahmen großen Stils von außen setzten ein. Dazu sagen die Genossen vor Ort, daß das Zusammenspiel der militärischen und zivilen Hilfskräfte gut und problemlos funktionierte und der Oderbruch ohne die Unterstützung durch die Menschen in Uniform dieses Mal wohl kaum zu halten gewesen wäre.

Die Bundeswehr konnte in der Region und vermutlich weit darüber hinaus einen großen Imagegewinn verbuchen. Kritisch gesehen wird jedoch, daß dieser Einsatz als Werbung für die Bundeswehr und für Forderungen nach einer besseren Ausstattung derselben genutzt wird. Es wird auch gefragt, wieso in solch einer Situation das Technische Hilfswerk nicht umfangreichere Hilfe leisten kann, da es doch das eigentliche Instrument für Katastropheneinsätze ist bzw. sein sollte.

Regulierung von Schäden – Verteilung der Spenden

In der Ziltendorfer Niederung hat sich ein Spendenausschuß gebildet, der die Verteilung der Mittel überwacht und steuert. Es wurden drei Kategorien gebildet, die nacheinander abgearbeitet werden sollen:

- unmittelbar betroffene Bürger,
- Gewerbe und Handwerksbetriebe,
- Eigentümer eines Zweitwohnsitzes oder eines Kleingartens in dem betroffenen Gebiet.

Die Arbeit des Spendenausschusses funktioniert gut. Auch für nicht versicherte und in diesen Kategorien nicht

erfaßte Gebäude und Einrichtungen findet sich die Möglichkeit einer Entschädigung. So hat etwa die Stadt Braunschweig der Thälmannsiedlung ein neues Dorfgemeinschaftshaus zugesagt. Das alte, das zur DDR-Zeit in Gemeinschaftsarbeit entstanden ist, ist stark beschädigt.

Die von der PDS gesammelten Gelder werden schwerpunktmäßig eingesetzt werden, in erster Linie für öffentliche Einrichtungen wie etwa Jugendbegegnungsstätten, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in dem sehr viel härter betroffenen Polen.

Ausblick

Nachdem das Hochwasser zurückgegangen ist, wollen doch die meisten Menschen bleiben, lediglich einige Ältere, die Angst vor möglichen Schulden haben, von denen sie wissen, daß sie sie nicht mehr abzahlen können, tragen sich mit dem Gedanken fortzugehen.

Die Bevölkerung sträubt sich gegen mehr Polderraum und die Aufgabe von Teilen des Oderbruchs, ein seit 250 Jahren besiedeltes Gebiet. Der Standpunkt der PDS vor Ort ist, die bestehenden Siedlungskerne zu schützen, also keinen Rückbau vorzunehmen, aber eine zusätzliche Besiedelung und vor allem Zersiedelung zu verhindern.

Neue und höhere Deichbauten schieben künftiges Hochwasser noch stärker nach Polen, deshalb darf es solche Bauten nur bei gleichzeitiger Schaffung von Ausgleichsgebieten geben. Hier wird es auf eine saubere Abstimmung mit Polen ankommen. Ein erster Schritt könnte das geplante internationale Institut darstellen, das von Umweltministerin Merkel und dem polnischen und tschechischen Umweltminister verabredet wurde. Wichtig wäre hier jedoch eine Regierungsunabhängigkeit. ■

FRANKFURT

»Die spanischen Gewerkschaften haben auch ihren Schulte«

So kommentierte ein Zuhörer treffend den Redebeitrag von Carlos Rodriguez beim Forum »Protest ohne Alternativen« im Frankfurter DGB-Haus am 7. Juni 1997. Carlos Rodriguez gehört dem Vorstand der spanischen Schüler- und Studentengewerkschaft »Sindicato de Estudiantes« und dem kritischen Flügel (sector critico) der Gewerkschaft Arbeiterkommissionen an. Nachfolgend der Wortlaut.

»Wie Ihr vielleicht schon wißt, haben seit dem letzten Herbst in Spanien die wichtigsten Mobilisierungen der Jugend seit dem Kampf gegen den imperialistischen Golfkrieg im Jahre 1991 stattgefunden. Hintergrund hierfür war die Absicht der konservativen Regierungspartei PP, den Haushalt für das staatliche Bildungswesen zu kürzen und gleichzeitig die Ausgaben für die Subventionierung privater und kirchlicher Bildungsträger zu erhöhen.

Die Antwort der spanischen Jugend war überzeugend. Fünf Generalstreiks an den Schulen und Hochschulen, an denen sich insgesamt 2 Millionen Jugendliche beteiligten, überwiegend Arbeiterkinder, um das öffentliche, staatliche Bildungswesen zu verteidigen.

Wir von der Schüler- und Studentengewerkschaft waren uns darüber im klaren, daß wir, allein auf uns gestellt, uns nicht durchsetzen und die Bildungspolitik der Regierung

ändern konnten. Uns war klar: dies war nur durch die volle Mobilisierung aller im Bildungsbereich Tätigen, der Eltern, Lehrer und Schüler zu erreichen.

Allerdings waren die Führer der Bildungsgewerkschaften innerhalb der großen Gewerkschaftsverbände UGT und CCOO nicht bereit, einen Generalstreik für das gesamte Bildungswesen auszurufen. Dieser Schmuskurs gegenüber der Regierung wird aber nicht nur im Bildungsbereich gefahren. Ich kann Euch davon berichten, weil ich neben meinem Studium noch arbeiten muß und daher auch in der Gewerkschaft CCOO organisiert bin.

Durch Druck von unten sahen sich die Gewerkschaftsverbände gezwungen, am 11. Dezember 1996 einen 24stündigen Generalstreik im Öffentlichen Dienst gegen Lohnstopp durchzuführen. Diese Mobilisierung war ein Erfolg und hätte der erste Schritt sein können, um die Bewegung auf die öffentlichen Industriebetriebe hin auszuweiten. Doch was taten die Gewerkschaftsführer? Sie riefen stattdessen nur einstündige Warnstreiks aus – schön verzettelt, mal eine Stunde in einem Bereich, einen Tag später anderswo, einen Tag im Gesundheitswesen, einen anderen im Bildungswesen. Dies ist für die spanische Arbeiterschaft nichts Neues: die geringe Kampfbereitschaft der Führung gegenüber Regierung und Arbeitgebern hat eine jahrelange Tradition.

Nach dem Generalstreik im Januar 1994 gegen die von der damaligen sozialistischen Regierung eingebrachten Reformen im Arbeitsrecht verzichteten UGT und CCOO auf weitergehende Mobilisierung etwa durch 48stündigen Generalstreik. Stattdessen traten die Gewerkschaftsführer Mendez und Gutierrez im Fernsehen gemeinsam mit dem Präsidenten des Unternehmensverbandes auf und beschworen den »sozialen Frieden«. Wenn auch der Streik ein Erfolg war, so forderten sie nun die Arbeiter auf, gegen die Verschlechterungen beim Arbeitsrecht nicht auf der Straße vorzugehen, sondern betriebsbezogen zu verhandeln.

Diese Taktik war für die Arbeiterklasse fatal: denn so konnte die »Reform« der PSOE-Regierung nicht gestoppt werden, die Zahl ungeschützter Arbeitsverhältnisse nahm sprunghaft zu, es wurden Zeit- und Leiharbeitsfirmen gegründet, und die Arbeitslosenquote von 23 Prozent konnte so nicht gesenkt werden.

Dadurch hat sich aber eine große Kluft in den Gewerkschaften, speziell bei den Arbeiterkommissionen (CCOO) aufgetan. Beim letzten Gewerkschaftstag der CCOO vor anderthalb Jahren entwickelte sich eine interne Opposition in der CCOO, die unter Führung von Marcelino Camacho und Agustin Moreno steht und auf die Unterstützung von rund 40% der Delegierten zählen konnte. Aber der Apparat der CCOO unter der Führung von Antonio Gutierrez teilte Schläge gegen den kritischen Flügel aus und begann eine Säuberung. Marcelino Camacho wurde als Ehrenpräsident der CCOO abgewählt, kritische Einzelgewerkschaften und Untergliederungen innerhalb der CCOO wurden aufgelöst, und viele Gewerkschafter wurden ausgeschlossen. Diese Säuberungen dauern noch an.

Das Argument der Gewerkschaftsführer gegen eine Fortsetzung des Kampfes im Jahr 1994 lautete: Wir können doch nicht die eigene sozialistische Regierung zu Fall bringen und dazu beitragen, daß die Rechten wieder an die Macht kommen, denn dann greifen sie die Arbeiterklasse noch mehr an.

Jetzt haben wir aber seit einem Jahr eine rechte Regierung in Spanien. Und was war die Einstellung der Gewerkschafts-

führer? Sie haben fünf verschiedene Pakte und Bündnisse mit der Regierung und den Arbeitgebern abgeschlossen, darunter Dinge, die sie niemals mit der PSOE gemacht hätten. Vor allem eine Rentenreform und eine neue Reform des Arbeitsrechts. Der Rentenpakt vom letzten Oktober bringt eine Kürzung der Renten für kommende Generationen zwischen 8 und 23 Prozent. Der Pakt über eine Reform des Arbeitsrechts wurde im März unterzeichnet und brachte eine Senkung der Entschädigungssumme bei Arbeitsplatzverlust sowie eine Aufweichung des Kündigungsschutzes.

Die Gewerkschaftsführer haben die Logik der Arbeitgeber geschluckt: wenn Lohnkosten gesenkt und Entlassungen erleichtert werden, dann – glauben sie – hätten die Unternehmer keine Angst mehr vor Neueinstellungen und festen Arbeitsverhältnissen. Dies ist aber ein Irrtum. Wenn die spanischen Arbeitgeber keine Investitionen in industrielle Arbeitsplätze vornehmen, dann deshalb, weil der spanische Markt gesättigt ist und sie ihre Waren nicht mehr gewinnträchtig absetzen. Sie investieren lieber an der Börse oder in Investmentfonds, wo sie bessere Profitchancen sehen.

Gleichzeitig akzeptieren die Gewerkschaftsführer die Logik des »kleineren Übels«, so etwa nach dem Motto: »wir haben nicht das Beste erreicht, aber das Schlimmste verhindern können«.

Es ist offenkundig, daß die Arbeiter anders denken als die Gewerkschaftsführer. Denn in den letzten Jahren gab es für sie Lohnopfer, Arbeitszeitverlängerung und -intensivierung, und dies alles in der verzweifelten Hoffnung, so den Arbeitsplatz retten zu können. Doch die Opfer bringen gar nichts, denn die Betriebsschließungen und Angriffe gehen weiter.

Ihr kennt alle das Beispiel von Renault in Frankreich. In Spanien wollte die Regierung letzten November die Subventionen für den Steinkohlebergbau in der Provinz Leon streichen. Dies provozierte spontan einen Generalstreik in der gesamten Region, Straßenblockaden und Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizei. Aus Angst vor einer Ausweitung des Kampfes machte die Regierung einen Rückzieher, und die Bergarbeiter siegten.

Bei der jüngsten Maikundgebung wollte die Gewerkschaftsführung ihre Mitwirkung an der Reform des Arbeitsrechts feiern lassen, stattdessen buhten 15.000 Arbeiter die Führung von CCOO und UGT aus. Daher mußten die Führer die Lautstärke ihrer Verstärkeranlage aufdrehen, um überhaupt noch gehört zu werden.

Die Regierung Aznar ist sehr schwach. Sie hatte bei der letzten Parlamentswahl nur einen Stimmenvorsprung von 300.000 gegenüber der PSOE und ist im Parlament auf die Unterstützung durch baskische, katalanische und kanarische bürgerliche Nationalisten angewiesen. Zur Durchsetzung ihrer Politik gegen die Arbeiter und Jugendlichen stützt sie sich auf die Gewerkschaftsspitze; sie wagt nicht, diese direkt anzugreifen.

Mit einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik hätten die Vorhaben von Regierung und die Unternehmerschaft gestoppt werden können. Aber nun hält sich die Regierung mit Hilfe der Gewerkschaftsführer, doch wie lange noch? Die Krise in Europa wird tiefer. Die britischen Unternehmer hoffen, daß sie ihre Produkte in Frankreich verkaufen können, weil sie gar nicht alle im eigenen Land absetzen können. Die spanischen Unternehmer hoffen, ihre Waren in Deutschland absetzen und ihre Profite beibehalten zu können. Die europäischen Kapitalisten hoffen auf gute Konjunktur in den

Nachbarländern, um dadurch die eigene Volkswirtschaft ankurbeln zu können. Wenn wir uns obendrein noch vor Augen führen, daß die Ausbeutung der Arbeiterklasse größer geworden ist und viel am sogenannten „Sozialstaat“ gekürzt wurde, dann stellt sich uns eine Frage: Wer soll all die Waren denn kaufen? Die Arbeitslosen? Die kurzfristig Beschäftigten? Die unbefristet Beschäftigten mit ihren gekürzten Löhnen?

Diese gesamte Politik wird im Namen von Maastricht gemacht. Sie soll einer Festigung und Ausdehnung der Macht der europäischen Konzerne gegenüber der amerikanischen, japanischen und südostasiatischen Konkurrenz dienen und birgt die Gefahr einer Rezession in Europa in sich, was zu einer Auflösung der europäischen Union führen könnte.

Große Kämpfe der Arbeiter und Jugendlichen sind in ganz Europa unvermeidlich. Dabei werden viele Gewerkschaftsführer auch gegen ihren Willen gezwungen werden, sich an die Spitze dieser Bewegungen zu stellen. Ob es zu Siegen oder Niederlagen kommt, wird davon abhängen, wie stark sich linke Kräfte in den Gewerkschaften durchsetzen können.

Ich habe bereits erwähnt, daß es in Spanien eine Säuberung gegen den von Marcelino Camacho geführten kritischen Flügel gibt. Angesichts der Angriffe des Apparates haben einige Kollegen gefragt, ob wir nicht gleich alle austreten und neue Gewerkschaften gründen sollen. Camacho hat darauf geantwortet: Wir müssen in den CCOO bleiben und weiter kämpfen. Wir müssen eine Oppositionsströmung organisieren, um die Mehrheit zu gewinnen.

Der Apparat hat nur Satzungen, Staatsgelder und bürokratische Kontrolle. Wenn wir auf die Kraft von Millionen Arbeitern und Jugendlichen zählen können, dann wird uns keine Kraft auf Erden mehr stoppen können. 25.9.97 ■

»junge Welt« – »jungle World«

Nachtrag zur Spaltung einer Redaktion in »links« und »Szene«

Die Auseinandersetzung um den Weg der »jungen Welt« kündigte sich bereits Monate vor ihrem Ausbruch u.a. in der Jubiläumsausgabe vom 12. Februar 1997 in gegensätzlichen Erklärungen ihres Geschäftsführers sowie Besitzers der Mehrheitsanteile der »Verlag 8. Mai GmbH« Dietmar Koschmieder und ihres Chefredakteurs Klaus Behnken an. Koschmieder forderte eine »antikapitalistische Zeitung« mit Orientierung auf die sozialen Konflikte insbesondere der neuen Bundesländer und warnte vor dem Abdriften in die Buntheit und Beliebigkeit einer »Mini-taz«, Behnken bezeichnete eben diese Buntheit und die Vielfalt der Berichte und Meinungen als Voraussetzung für das Überleben der Zeitung. Gleichzeitig wurde in mehreren Kampagnen um neue Leser geworben, um die Weiterexistenz des Blattes zu sichern.

Wer erwartet hatte, daß die Leser, um die es ja wohl geht, in offener Diskussion der unterschiedlichen Standpunkte in

die Auseinandersetzung um den Kurs der Zeitung einbezogen würden, um auf sie gestützt inhaltliche und personelle Korrekturen einzuleiten, sah sich stattdessen Ende Mai mit der Mitteilung konfrontiert, Behnken als Chefredakteur sei mit sofortiger Wirkung beurlaubt, Koschmieder übernehme zusätzlich zur Geschäftsführung fürs erste auch dessen Aufgaben. Daß Koschmieder jedoch Behnken im Gegenzug die Feuilletonleitung anbot, machte deutlich, daß mit Behnken »der Sack geschlagen« wurde, wo der »Esel« gemeint war: Jürgen Elsässer, dessen »'kommunistischer' Antikommunismus« Gegenstand nachstehender Korrespondenz ist.

Die Form, in der seitens der Geschäftsleitung die auf Behnkens Entlassung folgende Auseinandersetzung geführt wurde, unterschied sich allenfalls durch ihre Heftigkeit von der vergleichbarer Konflikte in einem x-beliebigen Blatt der bürgerlichen Presse: »Andererseits muß die unternehmerische Handlungsfreiheit für die Geschäftsführung soweit erhalten bleiben, daß zwei Dinge uneingeschränkt realisiert werden können: a) den notwendigen Überschuß zu erwirtschaften, und b) Strukturen, die formalrechtlichen Voraussetzungen entsprechen.«

18 Kolleginnen und Kollegen solidarisierten sich mit ihrem beurlaubten Chefredakteur, besetzten die Redaktionsräume und gaben als Protestblatt erste Ausgaben der »jungle World« heraus, die je einmal als Beilage zur »tageszeitung« (taz) und zum »Neuen Deutschland« (ND) erschien. Die Geschäftsleitung zog mit dem verbliebenen Redaktionsteil in ein anderes Stockwerk um und produzierte eine Notausgabe der »jungen Welt«. Den Streikenden wurde gekündigt.

Vermittlungsversuche seitens IG Medien (dju) und Einzelpersonen waren von vornherein zum Scheitern verurteilt. Soweit sie unternommen wurden, basierten sie entweder auf einer Fehleinschätzung des Konflikts wie seitens der dju, deren Vorsitzender Gunter Haake am 22.5.97 in einem Brief an die Kolleginnen und Kollegen beider Seiten schrieb: »Es wäre verheerend, wenn die 'junge Welt' (wie viele politische Gruppen im westlichen Teil der Republik zuvor) an letztlich belanglosen Meinungsverschiedenheiten scheitern würde.« Oder die Vermittler sympathisierten unausgesprochen mit der einen oder anderen Seite (»links« oder »Szene«) und agierten deshalb entsprechend halbherzig. Worum es wirklich ging, die Trennung vom Elsässer-Flügel, blieb den meisten verborgen. Sie wurde weder von Koschmieder noch von Behnken und schon gar nicht von Elsässer selbst artikuliert. Daß die Geschäftsleitung sich auf Gespräche einließ, diente lediglich dem Zweck, einige der abtrünnigen Redaktionsmitglieder auf ihre Seite zurückzuholen. Als das mißlang und sich die Abtrünnigen allen Appellen und Schlichtungsversuchen zum Trotz bis Anfang Juni nicht wieder am alten Arbeitsplatz einfanden, wurden die Kündigungen fristgemäß wirksam – mit Auszahlung der Maigehälter und einer Einmalzahlung von 2000,- DM.

Inzwischen erscheint neben der Tageszeitung »junge Welt«, die dabei ist sich zu reorganisieren, als Wochenblatt die »jungle World«.

Nachstehende Stellungnahme, deren Abdruck von den Herausgebern der »junge Welt« abgelehnt wurde, erreichte uns bereits am 30.5.97, also während der Auseinandersetzung um den weiteren Weg der Zeitung. Der spontane und entsprechend polemische Beitrag erscheint uns deshalb auch heute noch wichtig, weil er den Kern der Auseinandersetzung trifft. 10.10.97 Red. ■

Der »kommunistische« Anti-kommunismus des Herrn Elsässer

Vier Bemerkungen zur »jungle World«

1. »Wir Kommunisten...«

Jürgen Elsässer, der in jW-Kommentaren schon gern mal die Formulierung »Wir Kommunisten« gebrauchte, macht seinen innerredaktionellen Gegenspielern in der ND-Fassung der »jungle World« (der Passus fehlt in der taz) den Vorwurf, der Kommunistischen Plattform der PDS »nahezustehen«. Während er noch versichert, es gehe ihm »nicht darum, Kommunisten oder die Kommunistische Plattform schlecht zu machen«, stellt er diese Plattform als politischen Buhmann hin, obwohl sie bisher kaum kommunistische Politik gemacht hat, was Jürgen Elsässer genau so weiß wie Holger Becker.

Natürlich ist Elsässer nicht gegen den Kommunismus, wenn man denn seine »linke« Boheme so nennen wollte, ansonsten aber nennt er ihn »hohle Theorie und Religionserersatz«. Unbekümmert um ihre tatsächlichen politischen Positionen werden in der »jungle world« Elsässers Gegenspieler in der Redaktion als orthodox-kommunistisch und rückwärtsgewandt gebrandmarkt, noch dazu als DDR-nostalgisch und – welcher Graus für »Antinationale« – als nationalbol-schewistisch! Der Unsinn hat Methode und ist darauf berechnet, über die Medien die herrschenden antikommunistischen Emotionen und Reaktionen zu mobilisieren. Verweist doch bereits die Nennung solcher Epitheta auf abgründige moralische Verwerflichkeit und zieht das Anathema automatisch nach sich. Nicht genug der Stereotype: Linksdogmatisch – wie könnten Parteikommunisten anders sein? – wollten sie den bisherigen angeblich »linksradikalen Pluralismus« der jW aufheben und sie in ein auf Linie gebrachtes Vereinsorgan der Kommunistischen Plattform und des Marxistischen Forums verwandeln. Doch selbst orthodoxe Kommunisten wolle er im Spektrum eines »linksradikalen Pluralismus« als Facette geduldet wissen, verkündet Ivo Bozic herablassend, aber hier widerstreitet ihm Elsässer: Wer nicht antinational sei – so folgert er messerscharf –, der sei nicht einmal antifaschistisch und schon gar nicht unabhängig-links. Letzteres aber fungiert im Selbstverständnis des Elsässer-Flügels der Redaktion als Kriterium des gerade noch Zulässigen im Redaktions-Konsens. Unabhängig wovon?

2. Kolonisatoren-Mentalität

Leider ist die Kolonisatoren-Mentalität gegenüber der untergegangenen DDR nicht auf Treuhandmanager und von ihnen favorisierte Geschäftemacher beschränkt, sondern zeichnet im breiten Spektrum der westdeutschen Gesellschaft auch nicht wenige sich als links verstehende Menschen aus. Inge Viett hat in ihrer Autobiographie die Häme und die intellektuelle Hehlermentalität gegeißelt, mit welcher bürgerliche Linke der Bundesrepublik die Zerstörung und den Untergang der DDR begleitet haben. Die autistische Wahrnehmungsweise, die ordinäre Heuchelei und der pseudointellektuelle Hochmut dieser »Linken« fanden in der Redaktion der jW ihren Ausdruck in der verächtlichen Abqualifizierung der aus der DDR stammenden und sozialistisch gebliebenen Redakteure als »Deppen aus dem Osten«, die den überlegenen Standard der Westlinken immer noch nicht kapiert hätten.

Wider besseres Wissen behauptet Elsässer in der taz-Version der »jungle World«: »Der Streit hat nichts mit einer Ost-West-Polarisierung zu tun«, das sei ein Hintertreppengerücht. Leider ist es keines, auch wenn der Streit nicht darauf zu reduzieren ist. Aber er hat sehr wohl damit zu tun, nämlich

– mit der Mentalität jener Westlinken, die ihre Unkenntnis der DDR-Geschichte und der DDR-Erfahrungen ihrer Kollegen so narzißtisch wie ignorant verklären und verächtlich auf diese Erfahrungen herabsehen;

– mit jener durch jahrzehntelanges Sektierertum eingefleischten arroganten Massenverachtung, die glaubt, sich um diese gar nicht erst bemühen zu müssen;

– mit der Übertragung in der Bundesrepublik tradierter sektiererischer Grabenkämpfe zwischen den westdeutschen Linken und des Fraktionshasses;

– mit jener sektiererischen Enge und Rechthaberei, die sich nur selbstbespiegelt und ausstellt;

– mit der in der DDR völlig unbekanntenen Praxis markt-berechneter Selbstinszenierung, gespreizter Eitelkeit und pseudomoralischer Selbstergriffenheit;

– mit der Vorliebe für jene politisch-kulturellen Spielwiesen, auf denen man sich eine Nische in der verfluchten kapitalistischen Gesellschaft eingerichtet hat und sie als Subkultur pflegt.

Wenn Elsässer in der taz-Version der »jungle World« schreibt, auch die Redaktionsmehrheit wolle die Ostberichterstattung ausbauen und verbessern, so spricht sich die kolonialisatorische Mentalität gerade hierin aus. »Unter welchem Blickwinkel über ostdeutsche Themen berichtet werden soll«, ist die entscheidende Frage, er meint aber, jedenfalls nicht unter dem der Ostdeutschen selbst. Natürlich ist der aus dem Westen stammenden Mehrheit der Redaktion genau bekannt, wo die Mehrheit der jW-Leser zu finden ist. Doch deren Erfahrungen, deren Standpunkte, deren Interessen und deren Forderungen interessieren sie wenig: Wenn schon die Masse der DDR-Bevölkerung sich nach dem Westen orientiert hat, so mögen die Ostlinken das doch bitte sehr auctun!

3. Der Antifaschismus und das unverbesserliche deutsche Volk

Wer nicht glaubt, daß der ganze Plunder, den die deutsche Gesellschaft in den Köpfen der Menschen hervorbringt, »die Deutschen« schlechthin zu Rassisten macht, der muß wohl selber einer sein. Wer nicht glauben will, daß dem ganzen deutschen Volk der Faschismus schon von Natur aus in den Knochen steckt, der kann gar kein Antifaschist sein. Wer davon ausgeht, daß eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft nur durch die Menschen eben dieser Gesellschaft möglich ist und sich um deren Gewinnung, Überzeugung und Mobilisierung bemüht, der ist ein Nationalbol-schewist.

Herr Elsässer vertritt die Absurditäten eines solchen »antinationalen« Standpunktes mit Vehemenz. Darin spricht sich ein analytisches Unvermögen hinsichtlich der kapitalistischen Klassengesellschaft, des Imperialismus der Gegenwart, des Faschismus und seiner Wurzeln aus, mehr aber noch die sektiererische Selbstzufriedenheit jener, die das Volk für keine wirkliche Veränderung mehr gewinnen, sondern bloß noch denunzieren und bestrafen wollen. Herr Elsässer hat den Antifaschismus nicht gepachtet, aber er

scheint es zu glauben, wenn er innerredaktionelle Auseinandersetzungen um das eingeschränkte Politikverständnis mancher antifaschistischer Kräfte als »Angriff auf den Antifaschismus« brandmarkt.

Der Logik seines »antinationalen« Nationalismus aber folgen auch Elsässers Auffassungen von den Konsequenzen des Kampfes gegen den Antisemitismus für eine linke Zeitung. Einen jüdischen Faschisten könne es danach überhaupt nicht geben, eine solche Behauptung wäre glatter Antisemitismus. Einen Politiker jüdischer Herkunft nach seiner Politik zu bezeichnen oder einen jüdischen Schurken einen Schurken zu nennen, das ist bitte nach Herrn Elsässer für eine linke Zeitung eine Unmöglichkeit, denn auch das wäre Antisemitismus.

Man sieht, was sich als superpolitisch spreizt, wird durch das Denken in nationalistischen Schablonen unpolitisch. Der Antifaschismus wird so zu einem Kampf nicht gegen gesellschaftliche Kräfte und deren Interessen, sondern gegen den böartigen Charakter des deutschen Volkes. Elsässer teilt die Denkstrukturen der Nationalisten, nur daß er die Zensuren anders verteilt.

4. Bunt und beliebig, statt radikal kapitalismuskritisch

Die Autoren der »jungle World« geraten ins Schwärmen, wenn es gilt, das farbenfreudige Kaleidoskop der bisher linkspluralistischen Zeitung zu preisen: Da gab es Anhänger der kritischen Theorie und kommunistische Ketzler, Linksfeministinnen und Ökosozialistinnen, Gewerkschaftslinker, Autonome und Antinationale. Die Geschäftsführung aber wolle den Pluralismus knacken und neu sortieren. Orthodoxe Kommunisten und Nationalbolschewisten sollten künftig dominieren. In der Idylle von der bunten Mischung spricht die »jungle World« unfreiwillig eine gravierende Schwäche der bisherigen jW aus; nämlich ihre politische Unverbindlichkeit, die Beliebigkeit und Belanglosigkeit vieler Farbtupfer.

Statt sich energisch und offen den sozialen Problemen des Landes und insbesondere ihrer Leser zuzuwenden, geriet die jW nicht selten zum pseudolinken taz-Abklatsch. Statt ungeschminkt über die kapitalistische Wirklichkeit zu informieren, schienen manche Autoren sie zum »Szeneblatt« eitler Selbstbespiegelung umgestalten zu wollen. Die Zahl der Beiträge, die klischeehaftes Halbwissen oder arrogantes Beserwissen an die Stelle zuverlässiger Information und fachlich kompetenter Analyse setzten, war groß. Die Verantwortung für das öffentliche Wort und die Eitelkeiten der Selbstdarstellung verhielten sich umgekehrt proportional.

Die »jungle World« lobt die Harmonie in der Vielfalt, in der angeblich die überwiegende Mehrheit der Reaktion die Blattlinie der Chefredaktion geteilt habe. Hinter dieser Legende wird die Tatsache versteckt, daß es in der Redaktion keine selbständige Verantwortung der einzelnen Ressortleiter im Rahmen eines Redaktionskonzepts gab und Chefredakteur Behnken immer selbstherrlicher über die Köpfe der Ressorts hinweg regierte. Hinter Elsässers Lob der Offenheit des bisherigen Chefredakteurs aber, der darauf verzichtet habe, seine Kritik administrativ durchzusetzen, steht, daß Behnken nicht mehr als Moderator die Vielfalt bündelte oder ausglich, sondern zunehmend zum Resonanzboden des Herrn Elsässer wurde. Möge Werner Pirker mehr Leitartikel geschrieben haben, der faktische Chefredakteur in allen ent-

scheidenden politischen Fragen war Elsässer – und dessen doktrinäre Haltung ist dem Blatt gar nicht bekommen.

Nachwort:

Die junge Welt ist als Medium in diesem Land unverzichtbar. Die konstruktive Umgestaltung ihres Profils verdient alle Unterstützung und Solidarität! Sie kann aber nur gegen jene gerettet werden, die den Vorsatz verkündeten, eine andere als »ihre« junge Welt von innen und außen mit allen Kräften zu bekämpfen (Elsässer). Es blieb nicht beim Vorsatz: In der gegenwärtigen Existenzkrise der jW handeln sie tatsächlich nach dem Motto – Wenn diese Zeitung nicht unser sein wird, dann in den Orkus mit ihr! – und verbündeten sich zu diesem Zweck mit all jenen zuvor beschimpften bürgerlichen Medien, die die jW lieber gestern als heute zugrunde gerichtet sehen möchten. Taz und ND würden gern die Leserschaft der jW übernehmen und teilen bereits das Fell des Bären auf, der sich gerade aufzurappeln im Begriff ist. Angesichts solcher Bündnisse ist zu fragen, ob nicht wenigstens einige Redakteure des Elsässer-Flügels langsam begreifen, wofür sie wirklich eintreten und was sie tatsächlich bewirken.

MM., Berlin ■

BUCHBESPRECHUNG

Voilà - ein Mensch !

Das zeitliche Zusammentreffen der Prozeßfarce gegen jene Offiziere des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, die Anfang der 80er Jahre den RAF-Aussteigern ein Asyl in der DDR organisierten, und dem Erscheinen der Autobiographie von Inge Viett mag zufällig sein. Die gegensätzlichen politischen Haltungen von Staatsanwaltschaft und angeklagten Offizieren im Prozeß einerseits und die Stellungen der Autorin in ihrem Buch und in den Medien andererseits sind es nicht.

Als eine Reihe von RAF-Angehörigen Anfang der 80er Jahre einsahen, daß ihr Kampf um gesellschaftliche Veränderungen, um menschlichere Verhältnisse auf dem eingeschlagenen Wege politisch in eine Sackgasse geführt hatte, und sie mit der politischen Konzeption des bewaffneten Kampfes als »Selbstverwirklichung« gebrochen hatten, bot die DDR ihnen ein Asyl an. Fürwahr, es war kein politisches Exil unter Bedingungen, die den Exilanten unter ihren eigenen Namen öffentlich volle Bürgerrechte gewährt hätte, wie es der DDR als der politischen Alternative zur BRD wohl angestanden hätte. Die DDR tat dies weder uneigennützig noch öffentlich, sie beugte sich dem ideologischen Druck ihrer Verfemung als »Terroristen«. Und hier liegt auch eine Wurzel dafür, daß heute die angeklagten MfS-Offiziere ihre solidarischen Handlungen, die sehr direkt dem politischen Sicherheitskonzept der DDR entsprachen, – heute als nützliche Hilfe für die Bundesrepublik reklamieren möchten. Aber, zur Ehre der DDR sei es gesagt, sie hat sie aufgenommen.

Inge Viett nahm und nimmt unter jenen, den zehn DDR-Exilanten der RAF, eine besondere Stellung ein. Obwohl gerade sie am konsequentesten die politische Konzeption der

Inge Viett:
Einsprüche! Briefe aus dem Gefängnis,
Edition Nautilus,
Hamburg 1996, 160 S.
Nie war ich furchtloser. Autobiographie,
Edition Nautilus,
Hamburg 1997, 319 S.

RAF als Sackgasse erkannt und mit ihr gebrochen hatte, weigerte sie sich, die politischen Motive ihres früheren bewaffneten Kampfes zu verleugnen. Alle unter neuem Namen in der DDR lebenden ehemaligen Mitglieder der RAF wurden noch vor dem staatlichen Ende der DDR vom bundesdeutschen Staatsschutz verhaftet und dann in der BRD vor Gericht gestellt. Von ihnen hat nur eine einzige die angebotene Kronzeugenregelung nicht in Anspruch genommen: Inge Viett. Ihre Briefe berichten, wie selbst ihre Anwälte sie zu dieser Lösung drängten. Obwohl Viett bereits 1982 politisch mit der RAF gebrochen hatte, war sie nicht bereit, ihre ehemaligen Gefährten zu belasten und erst recht nicht, sich vom politischen Inhalt ihres Lebens loszusagen.

Inge Viett war aber auch die einzige, die ihr Leben in der DDR als Chance zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit unter anderen Bedingungen ansah, bei unveränderten Zielen und ungebrochenem Wollen. Mit der geschärften politischen Wahrnehmungsfähigkeit der eigenen politischen Erfahrungen, mit kritischer Distanz, aber voller Sympathie und aktiver Teilnahme an der Lösung der Entwicklungsprobleme der DDR begriff sie deren schwieriges Ringen um die Durchsetzung einer antikapitalistischen Alternative zur BRD vielfach besser als viele »gelernte« DDR-Bürger und schlug sich gerade deshalb mit ihren Nöten, Bedrängnissen und Dummheiten herum. Der Vorwurf, diese Asylanten seien vom politischen Kampf in eine Schrebergartenidylle geflüchtet, stimmt für sie am allerwenigsten. Ihren klaren, nüchternen Blick ließ sich Inge Viett erst recht nicht trüben, als die DDR, ihre Errungenschaften und ihre Geschichte systematisch destruiert wurden, kannte sie doch die Akteure dieser Zerstörung aus eigener Erfahrung viel besser als jene DDR-Bürger, die hinter der Mauer verspießert waren und die BRD nach deren Fernsehpropaganda beurteilten. Je klarer Inge Viett dies durchschaute, um so schmerzlicher schnitt ihr die Flucht vieler DDR-Bürger in Selbsttäuschung und schändliche Unterwürfigkeit ins Fleisch.

Ihre 1996 veröffentlichten »Briefe aus dem Gefängnis« richteten sich vor allem gegen die Selbsttäuschungen und die schändliche Unterwürfigkeit vieler DDR-Bürger, die zur Bemäntelung ihrer Ratlosigkeit oder ihrer Kapitulation so gern den einschmeichelnden Lügen der neuen alten Herren glauben wollten. Die Briefe spiegeln, mit welcher Voraussicht und mit welcher Trauer Inge Viett diese Zerstörung und Selbstzerstörung erlebte. Sie sind eine faszinierende Lektüre, sie berühren durch den moralischen und intellektuellen Mut ihrer Autorin unter Bedingungen, unter denen ihre Gefährten sich der politischen Resignation und Schlimmerem ergaben. Viett überzeugt durch ihren nicht vernebelten Sinn und ihre klare, nüchterne Analyse des Geschehens, und das durch eine Frau, die nicht zur Theoretikerin geboren, sondern sehr lebenspraktisch ist. Man möchte mit dem französischen Aufklärer ausrufen »Voilà, un homme!«

Inge Viett war Mitglied der »Bewegung 2. Juni« in Westberlin, jener angeblich kleineren Schwester der RAF. 1972 und 1975 verhaftet, konnte sie beide Male aus dem Gefängnis ausbrechen. 1975 war sie an der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz beteiligt, 1978 an einer nur halb erfolgreichen Gefangenenbefreiung. 1981 schoß sie in Paris einen sie hartnäckig verfolgenden Polizisten nieder. 1982 in die DDR übergesiedelt, lebte sie in Dresden und Magdeburg. Noch vor dem staatlichen Ende der DDR wurde sie 1990 verhaftet, gewaltsam in die BRD überführt und 1992 zu 13 Jahren Haft

verurteilt. Sie kam im Januar 1997 frei, da ihr frühere Haftzeiten angerechnet worden waren.

In ihrer Autobiographie legt Inge Viett keine Geschichte des »2. Juni« und keine Analyse der Fehler der RAF vor. Sie beschreibt einfach ihr Leben und damit auch ihre Empfindungen in allen durchlebten Konflikten. Wer sensationelle Enthüllungen oder unbekanntes historisches Material erwartet haben sollte, wird hier nicht viel finden. Inge Viett ist ihrer Ausbildung und ihrer Neigung nach keine Geschichtsschreiberin. Ihr nüchterner kritischer Sinn aber paart sich mit dem moralischen Mut eines ehrlichen, gerechtigkeitsliebenden Menschen, der entwürdigende Unterdrückung so ausreichend am eigenen Leibe erfahren hat, daß er sie noch hinter jeder Schminke erkennt. Sie hat sich weder von der Angst, noch vom Zwang und auch nicht vom nationalistischen Massenrausch nach 1989/90 die Sinne vernebeln lassen und sich im uferlosen Morast alltäglicher Verlogenheit dieser bürgerlichen Gesellschaft Maßstäbe für Menschenwürde bewahrt. Ihr wacher Sinn verlieh ihr bereits in der Illegalität die Fähigkeit, selbst dort, wo sie intellektuell und politisch nicht mehr argumentieren konnte, jede Spur von Verlogenheit aufzuspüren.

Nüchtern und ohne Sentimentalität schildert die Autorin ihr Leben im Untergrund, ihre Aktionen und »Geschehnisse«, die Geiselnahme und die Ausbrüche aus dem Gefängnis, die Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsfront und zur DDR-Staatssicherheit, vor allem aber die inneren Probleme einer Bewegung, die sich zum Kampf auf Leben und Tod gegen den bürgerlichen Staat entschlossen hat und zunehmend feststellen muß, daß ihr die sie tragende politische Basis entwindet.

Mich fesselten an Inge Viets Autobiographie vor allem zwei Gedanken: die Differenz zwischen der »Bewegung 2. Juni« und der RAF und die Kritik an der verächtlichen Haltung der »bürgerlichen Linken« gegenüber der DDR.

Die »Bewegung 2. Juni« und die RAF

Im Moabiter Gefängnis nach den Beziehungen innerhalb der Guerillagruppe gefragt, erhielt der Interviewer von den einsitzenden (männlichen) Gefangenen zur Antwort: »In der Bewegung 2. Juni unterdrücken die Frauen die Männer und die Arbeiter die Studenten«. Der Scherz enthielt ein Gutteil Wahrheit. Es gab in der Gruppe eine Übermacht entscheidungsfreudiger Frauen, einem Mann wurde kein Rollenvorsprung zuerkannt. Und die vehemente Entfaltung der Eigenständigkeit dieser Frauen führte zur umfassenden Entwicklung von Fähigkeiten, wie sie Männer von Frauen nicht gewöhnt waren. Auch das studentische Privileg, sich durch intellektuelle Vorteile Positionen zu verschaffen, war hier durch die praktische Erfahrung unwirksam geworden.

Die politische Spezifik der »Bewegung 2. Juni« beleuchtet Viett, indem sie die Kritik der RAF an ihr benennt. Die RAF erhob den Anspruch, die allein wirklich revolutionäre Kraft zu sein und sah im »2. Juni« eine ungeliebte Konkurrenz. »Wir müssen auf dem Niveau des Gegners angreifen, sagte die RAF, und wir fanden: auf dem Niveau der fortschrittlichen Teile der Massen. Massentick und Opportunismus war das für die RAF«, schreibt Inge Viett darüber. Die RAF kritisierte die Aktionen der verächtlich als »Spaßguerilla« bezeichneten »kleinen Schwester« als bedeutungslos, deren massenorientiertes Konzept als opportunistisch und politisch defensiv.

Vietts Kritik an der RAF ist die Kritik einer ehemaligen Aktivistin des bewaffneten Kampfes. Aber sie bekennt offen, sie mochte sie nicht, vor allem nicht den lieblosen, zersetzenden Umgang miteinander, der Unterwerfung unter den Ausschließlichkeitsanspruch und die Gleichheit des Denkens, der Bedürfnisse und Motive forderte, da nur so die bürgerlichen Strukturen eigenen Denkens und Fühlens überwunden werden könnten. Viett empfand dies als einschüchternd, ja erschlagend, aber sie fand keine Argumente, zumal die Pose der Unantastbarkeit jede wirkliche Diskussion und echtes Vertrauen ausschloß. Bis zur Entscheidung, die RAF zu verlassen und in die DDR zu gehen, hat Inge Viett ihr so kritisches wie schweigsames Verhältnis zur RAF nicht lösen können.

Ihr Hauptvorwurf an die RAF aber lautet: politische Verantwortungslosigkeit. Die RAF habe – paradigmatisch am Beispiel der Entführung Schleyers – in ihren politischen Operationen ausschließlich militärische Lösungen erwohnen und war auf ihr Hasardieren nicht einmal selbst vorbereitet. Eindringlich beschreibt Inge Viett, wie leicht sich hinter dem Doktrinarismus der RAF auch Positionskampf und ungestilltes Anerkennungsbedürfnis, aufgeblähtes Selbstbewußtsein und chaotisches politisches Bewußtsein ohne jede Eigenständigkeit breitmachen konnten. Die Phraseologie vom bewaffneten Kampf als Selbstverwirklichung aber konnte den politischen Bankrott einer Bewegung, die nicht mehr auf das Veränderungsbedürfnis der Massen setzte, nicht überdecken.

Die fehlende Massenbasis war in arrogante Massenverachtung umgeschlagen. »Du suchst den Mief der Massen«, warf die RAF Inge Viett vor, ließ aber selbst ihren Mangel an politischer und organisatorischer Verankerung nicht gelten, sie vermißte ihn nicht einmal. Wenn aber das »RAF-Sein« zur Nischen-Existenzform verkommen und zum Selbstzweck erhoben wurde, nachdem man de facto das Ziel politischer Veränderung preisgegeben hatte, so wurde dies stets doktrinär überspielt. So ist es nicht verwunderlich, daß Viett sich fragen mußte: Warum sprechen sie nie offen über sich selbst?

Die Potenzen der »Bewegung 2. Juni«, die immer nur Katalysator sein wollte, hatten sich 1976 erschöpft. Damit war ihrer kleinen Guerillagruppe die politische Basis verlorengegangen. Nach der Verhaftung der meisten Mitglieder 1980 wurden ihre Reste schließlich von der RAF übernommen. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als die RAF selbst eine Krise erlebte, weil acht ihrer Mitglieder aufgehört hatten, im bewaffneten Kampf ihre politische Perspektive zu sehen. Doch die Modalitäten dieser Übernahme bezeichnen schärfer als jede explizite Kritik die Differenzen. Die RAF konnte eine Integration nur als völlige Unterwerfung und Selbstverleugnung des »2. Juni« verstehen. Inge Viett aber verkörperte die Geschichte der »Bewegung 2. Juni«, damit war sie für die RAF eine Ikone, die gestürzt werden mußte. Das »Auflösungspapier« des »2. Juni« ist nicht von ihr, sondern von der RAF geschrieben und publiziert worden, ein Gipfel an Verlogenheit. Doch Inge Viett konnte damals der RAF keine innovative politische Kritik, sondern nichts als Regression entgegensetzen.

2. Die »bürgerlichen Linken« und die DDR

Die Häme, mit der die bürgerlichen Linken der BRD die Zerstörung und den Untergang der DDR begleitet haben, ist

nicht erst 1989/90 entstanden. Sie entstand viele Jahre vor jener Zäsur und wurde eifrig gepflegt. Viett beschreibt die autistische Wahrnehmungsweise, die ordinäre Heuchelei und den pseudointellektuellen Hochmut jener vermeintlich Linken gegenüber der DDR. Nach 1989/90 aber stimmten sie in das Triumphgeschrei ihrer angeblichen Todfeinde ein und werteten sich in den staatsnahen Medien der BRD auf, indem sie die sozialistische Gesellschaft zusätzlich erniedrigten: »Wir waren die Fundamentalopposition im Westen, es steht uns zu, euch zu verachten.« Die Autorin spricht zu Recht von einer intellektuellen Hehlermentalität und schreibt über sie: »Die Linken im Westen haben keinen Begriff davon, wie schwer ihr Mangel an Erfahrung mit der sozialistischen Realität wiegt. Die Geschichte wird ihnen keine neue Gelegenheit bieten. Sie denken in ihrem Hochmut sogar, daß sie es sich leisten können, dies gar nicht als Mangel erkennen zu müssen ... Sie kämpften immer mit der existentiellen Nabelschnur am Kapitalismus und kennen nichts anderes.«

Die Nabelschnur blieb entscheidend: Diese »bürgerlichen Linken« wollten teilhaben an den materiellen Möglichkeiten des Kapitalismus mit dem ständigen Wissen, daß diese Resultat räuberischer Beziehungen sind. Sie wollten lieber in der imperialistischen Wirklichkeit leben, als in der Dürftigkeit des Kampfes dagegen. Eben dies nennt Viett ihre Hehlermentalität. Sie aber ergriff »sinnlich und politisch« diese Chance, »aus der Kapitalgeschichte wieder Menschengeschichte werden zu lassen.« Dabei erwiesen sich ihre Erfahrungen mit dem Kapitalismus in Westeuropa als geschärfte Instrumente, die Wirklichkeit der DDR kritischer und zugleich gründlicher zu sehen als die meisten DDR-Bürger selbst und vor allem als jene bürgerlichen Linken, die nur die eigenen linkslibertär geprägten Abneigungen durch sinnliche Anschauung bestätigt wissen wollten. Inge Viett aber blieb nicht in dem Widerspruch zwischen Verwirklichung und Verkümmern sozialistischer Ziele stecken, sie griff ein. Daher empfindet sie »die Auslöschung sozialistischer Existenz, ... (den) tiefen Sturz der Menschen in die soziale und politische Unwürdigkeit, in die existentielle Desorientierung, in Erniedrigung und Brutalisierung« als »viel gemeiner und quälender als die Vernichtung meiner persönlichen Freiheit, die damit zusammenhängt.«

Von bundesdeutschen Medien wurde Inge Viett zur »Top-Terroristin mit besonders grausiger Handschrift« gestempelt. Über die politische, intellektuelle und moralische Redlichkeit so »Urteilender« braucht hier nichts gesagt zu werden, wohl aber über die der Autorin. Aus den Briefen wie aus der Autobiographie dieser so apostrophierten »Terroristin« spricht eine starke und ungebrochene Frau, die sich die Lust zu leben und zu kämpfen bewahrt hat, eine Frau, die seit ihrer Kindheit rebellischen Herzens und voller Ambitionen auf eigene und anderer Befreiung gewesen ist. Sie weiß, daß unterwürfiges Konvertitentum nicht nur die Würde, sondern auch die Wahrheit beschädigt, wenn sie schreibt: »Ich bin parteilich, subjektiv und emotional. Nur auf diese Weise hab ich mir eh und je die Welt erschlossen, mich den Menschen zugewandt und haben sich die Menschen mir zugewandt. Ich sehe keinen Grund, den historischen Verlauf der Geschichte und meine darin eingebettete Lebenszeit mit den Augen der derzeitigen Triumpatoren zu betrachten. Es sind die Augen von Betrügnern, Dieben und Räubern, deren kollektives System davon lebt, sich über Schwächere herzumachen.«

M.M., Berlin ■